

Leistungssteigerung durch Entschleunigung?



Foto: Universität Göttingen

Ulrike Beisiegel

ist Professorin für Biochemie und Präsidentin der Universität Göttingen.

Der Begriff Entschleunigung hat im Wissenschaftssystem eine ganz besondere Bedeutung gewonnen. Die Reaktionen darauf sind kontrovers: Während ein Teil der Wissenschaftler im Sinne der Entschleunigung mehr Zeit und Raum für kreative Forschung und Lehre einfordert, verbinden andere damit Fortschrittsverweigerung und Trägheit.

Immer schneller sollen wir immer mehr Ergebnisse produzieren, mit aufwendigeren Technologien und bei zunehmender Interdisziplinarität und Komplexität. Das ist Be- und nicht Entschleunigung und viele Wissenschaftler haben den Eindruck, dass sie als ‚Versager‘ gelten, wenn sie sich dieser Entwicklung entziehen. Der Wunsch nach Entschleunigung wird, auch von jungen Wissenschaftlern, immer mit dem Zusatz geäußert: ‚Das können wir uns gar nicht leisten‘. Mich bewegt dabei – auch aufgrund meiner Erfahrung als Ombudsperson – die Frage: Wo bleibt bei der zunehmenden Komplexität und Geschwindigkeit die Sorgfalt und Selbstreflexion? Wo bleibt die Zeit für den Anspruch der Wahrheitssuche, die Basis aller Wissenschaft sein soll? Wo bleibt die Zeit zum Lesen, Denken oder Diskutieren? Und wo bleibt der Spaß am schwierigen und dadurch auch langsamen Prozess des Erkenntnisgewinns?

Die notwendige Professionalisierung der Universitäten ist an vielen Stellen in eine den akademischen Anforderungen nicht mehr gerecht werdende Ökonomisierung umgeschlagen, die den Ansprüchen an exzellente Wissenschaft nicht mehr gerecht wird und in der wenig Platz ist für den notwendigen Freiraum zum Denken.

Aber ist weniger nicht doch mehr? Wenn die Zahl der Publikationen stärker steigt als der Erkenntnisgewinn, können viele Publikationen keine substanziellen Ergebnisse mehr enthalten und es wird immer zeitaufwendiger zu entscheiden, welche Arbeiten lesenswert sind. Wenn Wissenschaftler keine Zeit mehr haben, Ergebnisse zu verifizieren und kritisch zu diskutieren, wenn Gutachter nicht mehr ausreichend Zeit zur kritischen Analyse der zugrunde liegenden Methoden haben, stellt sich die Frage nach der Qualitätserhaltung. Wenn die Zahl der Publikationen die Leistung bestimmt und die Höhe der Drittmittel wichtiger wird als die Projektinhalte, müssen wir uns fragen, ob wir die richtigen Anreize im wissenschaftlichen Wettbewerb setzen. Die Kombination aus Zeitmangel und fehlgesteuertem Erfolgsdruck wirkt sich auf die Qualität der Forschung aus, verführt zur Nachlässigkeit und Unredlichkeit im Umgang mit Daten und es leidet die Ehrlichkeit – nicht zuletzt auch die Ehrlichkeit gegenüber sich selbst.

In diesem Sinne ist meine Antwort auf die im Titel gestellte Frage ein eindeutiges Ja! Da wissenschaftliche Höchstleistungen durch individuelle Kreativität sowie zeitintensive Denk- und Diskussionsprozesse entstehen, erreichen wir mit einer Entschleunigung im Wissenschaftssystem eine deutliche Qualitäts- und Leistungssteigerung.

Inhalt

STANDPUNKT

- Ulrike Beisiegel
497 **Leistungssteigerung durch Entschleunigung?**

NACHRICHTEN

- 500 **Merkel: Milliarden für die Lehre**

WETTBEWERB

- Mathias Binswanger
504 **Künstliche Inszenierung**
Über Wettbewerbe in Forschung und Lehre
- Rolf Stürner
506 **Die Gefahr der Perversion**
Wettbewerb und Gesellschaftsstruktur
- Ludolf v. Wartenberg
510 **Universales Prinzip**
Die Chancen des Wettbewerbs für Wirtschaft
und Gesellschaft
- Richard Münch
512 **Sieger und Besiegte**
Wie der ökonomische Wettbewerb zunehmend
den wissenschaftlichen kolonisiert
- Josef H. Reichholf
516 **Wettbewerb und Kooperation**
Eine evolutionsbiologische Perspektive
- Doris Fischer
518 **Kein einheitlicher Markt**
Chinas Weg zum Kapitalismus

IM GESPRÄCH

- Peter Frankenberg
520 **„Der Elfenbeinturm ist geschliffen“**
Ein Gespräch über Politik und Wissenschaft

Wettbewerb



Foto: picture alliance

Wettbewerb gehört zum Leben. So geht es in der Evolution z.B. um den Kampf um Ressourcen und in der Wirtschaft um den größten Marktanteil. Auch in der Wissenschaft ist viel vom Wettbewerb die Rede. Übersieht man dabei aber die Eigenarten des genuin wissenschaftlichen Wettbewerbs um Erkenntnisfortschritt?

Wettbewerb. 504

Im Gespräch



Foto: picture alliance

the Institute of Techno

Professor Frankenberg war Hochschul-lehrer und Rektor, darüber hinaus gemessen an der Exzellenz-Initiative der erfolgreichste Wissenschaftsminister der Nachkriegszeit. Ein Gespräch über Politik und Wissenschaft.

„Der Elfenbeinturm ist geschliffen“ 520

Impressum

18. Jahrgang in Fortführung der Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes (43 Jahrgänge)

Herausgegeben im Auftrage des Präsidiums des Deutschen Hochschulverbandes
ISSN: 0945-5604; erscheint monatlich

Deutscher Hochschulverband

Präsident:

Bernhard Kempfen, Univ.-Professor, Dr.

Vizepräsidenten:

Johanna Hey, Univ.-Professorin, Dr.
(1. Vizepräsidentin)

Bernd Helmig, Univ.-Professor, Dr.
Josef Pfeilschifter, Univ.-Professor, Dr.
Ilona Rolfes, Univ.-Professorin, Dr.
Ulrich Schollwöck, Univ.-Professor, Dr.
Daniela Wawra, Univ.-Professorin, Dr.

Ehrenpräsident:

Hartmut Schiederemair, Univ.-Professor, Dr.

Geschäftsführer:

Michael Hartmer, Dr.

Geschäftsstelle des

Deutschen Hochschulverbandes:

Rheinallee 18-20, 53173 Bonn,
Tel.: (0228) 902 66-66; Fax: (0228) 902 66-80

E-Mail: dhv@hochschulverband.de
Internet: www.hochschulverband.de

Forschung & Lehre Kuratorium:

Manfred Erhardt, Professor, Dr.
Wolfgang Frühwald, Univ.-Professor, Dr.
Horst-Albert Glaser, Univ.-Professor, Dr.
Peter Heesen
Max G. Huber, Univ.-Professor, Dr.
Hans Mathias Kepplinger, Univ.-Professor, Dr.,
Steffie Lamers
Franz Letzelter, Dr.
Reinhard Lutz, Dr.
Johannes Neyses, Dr.

Karl-Heinz Reith
Kurt Reumann, Dr.
Joachim Hermann Scharf, Prof. Dr., Dr., Dr. h.c.
Hartmut Schiederemair, Univ.-Professor, Dr.
Andreas Schlüter, Dr.
Joachim Schulz-Hardt, Dr.
Hermann Josef Schuster, Dr.
Werner Siebeck
Margret Wintermantel, Univ.-Professor, Dr.

Redaktion:

Felix Grigat, M. A. (verantwortl. Redakteur)
Michael Hartmer, Dr.
Friederike Invernizzi, M.A.
Ina Lohaus
Vera Müller, M. A.

Atomausstieg



Foto: picture alliance

Für die einen liegen die Argumente gegen die Kernenergie auf der Hand: sie ist nicht wirklich beherrschbar, zu groß ist das mit ihr verbundene Risiko, und auch die Frage der Endlagerung ist weiterhin ungeklärt. Für die anderen bleibt die Kernenergie auch nach dem beschlossenen Ausstieg eine notwendige Form der Energiegewinnung.

Pro & Contra 524

Medizin



Foto: picture alliance

Wie ist es um das Verhältnis von Ärzten und Pharmafirmen bestellt? Ist die Annahme von Geschenken und Vergünstigungen vertretbar? Und wird die medizinische Versorgung alter Menschen künftig möglich und bezahlbar sein? Kann das Ehrenamt den Notstand kompensieren? Beiträge zu wichtigen Fragen.

Medizin 528

PRO & CONTRA ATOMAUSSTIEG

Wolf Schluchter

- 524 **Für den Atomausstieg**
Über ein Memorandum von Wissenschaftlern

Gerd Ganteför

- 526 **Folgeschwere Entscheidung**
Ein Plädoyer für die Kernkraft

MEDIZIN

Klaus Lieb

- 528 **Wenn der Vertreter kommt**
Über die Verbindungen von Ärzteschaft und Pharmaindustrie

Michael Feld

- 532 **Die Währung Ehre**
Über die Zukunft der medizinischen Versorgung alter Menschen

INGENIEURWISSENSCHAFTEN

Manfred Nagl | Kirsten Rüssmann

- 534 **Erfolgreich mit dem Dr.-Ing.**
Untersuchung zur Ingenieurpromotion an der RWTH Aachen

KOOPERATIONEN

Sebastian Braun

- 536 **Produktiv mit dem Gemeinwesen verknüpft**
Bildungsbezogenes Engagement von Unternehmen

AUSTRALIEN

Matthias Maiwald

- 538 **Ein Plagiatsfall anderer Art**
Der Transfer von Lehrmaterialien zwischen Universitäten

RUBRIKEN

- 540 **Forschung: Ergründet und entdeckt**
542 **Zustimmung und Widerspruch**
543 **Lesen und lesen lassen**
544 **Entscheidungen aus der Rechtsprechung**
545 **Steuerrecht**
546 **Karriere**
555 **Akademischer Stellenmarkt**
571 **Fragebogen II: Zu Ende gedacht – Ursula Gather**
572 **Exkursion**

Design-Konzept:

Agentur 42, Mainz

Titel-Foto:

Fotolia

Grafik und Layout:

Robert Welker

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Martin Hellfeier, Dr., Rechtsanwalt im Deutschen Hochschulverband
Sven Hendricks, Dr., Rechtsanwalt im Deutschen Hochschulverband
Wiltrud Christine Radau, Dr., Rechtsanwältin im Deutschen Hochschulverband

Birgit Ufermann, Rechtsanwältin im Deutschen Hochschulverband
Beiträge, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

»Pronuntiatio sermonis in sexu masculino ad utrumque sexum plerumque porrigitur.« (Corpus Iuris Civilis Dig. L, 16, 195)
Zitierweise: Forschung & Lehre

Verlag und Redaktion:

Rheinallee 18-20, 53173 Bonn
Tel.: (02 28) 902 66-15

Fax: (02 28) 902 66-90
E-Mail: redaktion@forschung-und-lehre.de
Internet: www.forschung-und-lehre.de

Druck:

Saarländische Druckerei und Verlag GmbH, 66793 Saarwellingen

Bezugsgebühr:

Abonnement 70,00 Euro zzgl. Porto. Für Mitglieder des DHV durch Zahlung des Verbandsbeitrages. Einzelpreis 7,00 Euro zzgl. Porto.

Bankverbindung:

Commerzbank AG Bonn
Kto.-Nr. 0 268 367 200 | BLZ 370 800 40

Anzeigenabteilung:

Gabriele Freytag, Tel.: (0228) 902 66-39
Angelika Miebach, Tel.: (0228) 902 66-23
Rheinallee 18-20, 53173 Bonn
Fax: (0228) 902 66-90
E-Mail: anzeigen@forschung-und-lehre.de

Preisliste Nr. 40 vom 1.1.2011

Forschung & Lehre wird auf chlorfreiem Papier gedruckt und ist recyclebar.

Druckauflage:

28.933 Exemplare (IVW 1/2011)



Nachrichten

Merkel: Milliarden für die Lehre

Wegen des erwarteten Ansturms auf die Universitäten aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht

ZAHL DES MONATS

9,3 Prozent

des Bruttoinlandsprodukts hat Deutschland im Jahr 2009 für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben.

Quelle: Statistisches Bundesamt

will die Bundesregierung 1,5 Milliarden Euro zusätzlich für die Hochschulen ausgeben. Damit würden in den Jahren 2011 bis 2015 insgesamt 4,7 Milliarden Euro in die Förderung der Hochschulen investiert. Auch die Länder würden nach Auskunft von Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Mittel für die zweite Phase des Hochschulpakts aufstocken. Bis zum Jahr 2015 sei mit 45 000 bis 54 000 zusätzlichen Studienanfängern zu rechnen. Die

Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern hatte bereits im März die Aufstockung der Mittel beschlossen.

Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Professor Margret Wintermantel, sagte, jetzt komme es darauf an, das zusätzliche Geld möglichst schnell an die Hochschulen weiterzuleiten, damit der große Ansturm von Studienanfängern zum Wintersemester bestmöglich bewältigt wer-

den könne. Die Hochschulen seien in den zurückliegenden Jahren ihrer Verantwortung mehr als gerecht geworden, indem sie doppelt so viele Studienanfänger aufgenommen hätten wie der Hochschulpakt vorsah. Sie seien dabei auch finanziell in Vorleistung gegangen, da die vollständigen Mittel aus dem Hochschulpakt von Bund und Ländern immer erst bereitgestellt werden, lange nachdem die Studierenden eingeschrieben sind.

Mobile Nachwuchswissenschaftler

Nachwuchswissenschaftler orientieren sich in ihrem Arbeitsalltag immer mehr über die Landesgrenzen hinaus. Sie tauschen sich mit ausländischen Wissenschaftlern aus, beteiligen sich an internationalen Gesprächen oder forschen selbst für eine gewisse Zeit im Ausland. Jeder vierte Nachwuchswissenschaftler hat bereits mindestens einen Monat im Ausland geforscht; insgesamt war jeder zweite Nachwuchswissenschaftler bereits einmal berufsbedingt im Ausland.

Dies geht aus einer Befragung des HIS-Instituts für Hochschulforschung (HIS-HF) im Auftrag des Bundesbildungsministeriums (BMBWF) hervor. Das Durchschnittsalter der etwa 5 500 befragten Nachwuchswissenschaftler beträgt 32 Jahre.

Über 80 Prozent der Nachwuchswissenschaftler weisen demnach in ihrer gesamten Biographie (Schule/Studium/Erwerbstätigkeit) Auslandsaufenthalte auf. Besonders mobil als Forscher sind Naturwissenschaftler, Sozial- und Politikwissenschaftler sowie Geisteswissenschaftler. Von denjenigen, die noch nicht forschungsbezogen im Ausland waren, äußert die Mehrzahl generell Interesse an einem Aufenthalt im Ausland.

Gut drei Viertel der Befragten haben Kontakte zu Wissenschaftlern außerhalb ihres Heimatlandes. Die wichtigsten Kontaktländer sind die USA, Frankreich, Großbritannien und die Schweiz. Auch in die Nachbarländer Niederlande, Österreich und Italien bestehen vergleichsweise häufig Kontakte.

EU-Forschungsförderung: Mehr Aus- als Einzahlung

Stärker als jedes andere Politikfeld profitiert die Forschung in Deutschland von der Europäischen Union. Nach Angaben der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) steigt das Forschungsrahmenprogramm der EU zunehmend in seiner Bedeutung als Quelle für Drittmittel für deutsche Forschungseinrichtungen und für das Forschungssystem insgesamt. Die deutschen Hochschulen haben nach den GWK-Zahlen 2008 fast neun Prozent ihrer Drittmittel von der EU eingeworben. Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen lag der Anteil sogar zwischen 7 und 19 Prozent.

Deutsche Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen warben bis En-

de 2010 fast ein Fünftel (18,6 Prozent) der Mittel ein, die im Rahmenprogramm für den gesamten europäischen Forschungsraum zur Verfügung stehen. Dieser Rückfluss entspreche vollständig dem deutschen Finanzierungsbeitrag. Auch über den finanziellen Aspekt hinaus profitiert Deutschland laut GWK vom Forschungsrahmenprogramm. Das zeigten die zahlreichen Kooperationen und der Austausch mit universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in ganz Europa. Durch die Exzellenzförderung durch den Europäischen Forschungsrat sei eine Lücke in der europäischen Förderlandschaft geschlossen worden, was gleichfalls der deutschen Forschung zugute komme.

Koch-Mehrin wird Doktorgrad entzogen

Die FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin hat nach der Kritik deutscher Wissenschaftsorganisationen ihren Rückzug vom Forschungsausschuss des EU-Parlaments verkündet. Koch-Mehrin, der Mitte Juni wegen Plagiaten der Dokortitel aberkannt worden war, werde laut Medienberichten in einen anderen Ausschuss wechseln. Zuvor hatte die Allianz der Wissenschaftsorganisationen in Deutschland Koch-Mehrin zum Verlassen des Ausschusses aufgefordert.

Koch-Mehrin prüft laut Tagesschau rechtliche Schritte gegen die Aberkennung ihrer Doktorarbeit. Die Politikerin verwies darauf, dass die Mängel ihrer Doktorarbeit schon ihren Gutachtern bekannt gewesen seien. Sie hätten die Ungenauigkeiten, Oberflächlichkeiten und das Fehlen von Belegen gerügt.

Dennoch habe der Promotionsausschuss ihr im Jahr 2000 in voller Kenntnis aller eklatanten Schwächen ihrer Arbeit den Dokortitel verliehen. „Die wissenschaftlichen Ergebnisse meiner Arbeit sind bis heute unstrittig und beruhen auf meiner eigenen wissenschaftlichen Leistung“, wird Koch-Mehrin zitiert.

Der Promotionsausschuss der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg hatte zuvor beschlossen, Koch-Mehrin den Dokortitel zu entziehen. Dies sei nach Mitteilung der Universität das Ergebnis einer mehrwöchigen Untersuchung der Dissertation, einer schriftlichen Stellungnahme und einer persönlichen Anhörung Koch-Mehrins. Das vom Promotionsausschuss geprüfte Material belege eindeutig, dass die im Jahre 2000 vorgelegte Dissertation über die Lateinische Münzuni-

on 1865-1927 in „substanziellen Teilen“ aus Plagiaten bestehe. Demnach finden sich auf rund 80 Textseiten der Dissertation über 120 Stellen, die als Plagiate zu klassifizieren seien. Diese Plagiate stammten aus über 30 verschiedenen Publikationen, von denen zwei Drittel nicht im Literaturverzeichnis aufgeführt worden seien. Die Quantität und Qualität der nachweisbaren Plagiate lege „zwingend“ die Schlussfolgerung nahe, dass diese Dissertation keine „selbständige wissenschaftliche Arbeit“ im Sinne der Promotionsordnung der Fakultät und des Landeshochschulgesetzes darstelle. Es könne kein Zweifel daran bestehen, dass sich Koch-Mehrin in ihrer Dissertation fremdes geistiges Eigentum angeeignet und als das eigene ausgegeben habe, heißt es in der Mitteilung der Universität.

Kempen: „Akkreditierungsrat stellt sich selbst ins Abseits“

Als „bizarr und grotesk“ hat der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes (DHV), Professor Bernhard Kempen, die Entscheidung des Akkreditierungsrates bezeichnet, Studiengänge, die wahlweise den Abschluss BA/MA oder Diplom anbieten, nicht mehr zu akkreditieren. Es gebe keinen vernünftigen Sachgrund, bei Studiengängen, die unter Anerkennung und nach Maßgabe der BA/MA-Struktur aufgebaut sind, die Vergabe des Diplomes zu untersagen. Der Akkreditierungsrat wolle mit seiner Entscheidung offenbar in eine neue Eskalationsstufe eintreten und als Liquidator des Diploms in die Geschichtsbücher eingehen.

Dies sei nach Ansicht Kempens umso unverständlicher, als auch in anderen Bologna-Signatarstaaten wie in

Österreich und in den skandinavischen Ländern Diplomgrade weiter verliehen würden. „Das Diplom ‚made in Germany‘ hat eine über hundertjährige Erfolgsgeschichte. Diplomabsolventen sind bei der Wirtschaft im In- und Ausland begehrt“, sagte Kempen. Dass sich ausgerechnet Wirtschaftsrepräsentanten auf die Fahnen schreiben, dem Diplom als einer weltweit anerkannten Marke den Garaus zu machen, sei ebenso absurd wie lächerlich.

Studenten sollen sich nach Ansicht Kempens von der Ankündigung des Akkreditierungsrates jedoch nicht verunsichern lassen: „Angesichts der Tatsache, dass nicht akkreditierte Studiengänge ohne Beanstandung weiterlaufen, geht die Drohung der Nichtakkreditierung ins Leere“. Für die Qua-

lität eines Studienganges bürgt die Universität mit ihrem Ruf, nicht der Akkreditierungsrat.

Die Politiker in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen sollten den Fehdehandschuh, den ihnen der Akkreditierungsrat hinwerfe, aufgreifen und den Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Akkreditierung aufkündigen, so Kempen weiter. Der Akkreditierungsrat in seiner jetzigen Form gehöre in die Mottenkiste. An die Stelle einer in Agonie befindlichen Struktur muss ein modernes, autonomes und von den Hochschulen selbst verantwortetes Qualitätsmanagementsystem, wie in Rheinland-Pfalz, treten. Die Hochschulen seien selbst in der Lage, Studieninhalte und Abschlussbezeichnungen festzulegen.

KOMMENTAR

Rückrufaktion

Die Firma Toyota hat seit 2010 weltweit vier Millionen Autos u.a. wegen klemmender Gaspedale zurückgerufen. Aufgrund des Imageverlustes fiel der einstige Branchenprimus im weltweiten Absatz auf (bislang) Platz 3 zurück.

An der deutschen Universität passiert zurzeit Vergleichbares. Eine Promotion nach der anderen wird zurückgerufen. Jeder Fall beschädigt das Image der Universität. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die Folgen dieses Erschütterungsprozesses werden die Universitäten in Form unsinniger Gesetzesvorschläge (flächendeckende Graduiertenkollegs) und mittels Verteilungsentscheidungen zu ihren Lasten zu spüren bekommen. Die Hinweise auf 99 Prozent redlicher, sauberer Promotionen, die (bislang) verheerenden Folgen für die beruflichen Karrieren der Ertappten und der Hinweis auf die Auto-katharsis des Wissenschaftssystems sind ebenso richtig wie hilflos in dieser Vertrauenskrise. Und selbst der generalpräventive Effekt auf zwei Millionen Studierende, die täglich nur ein paar Klicks vom Plagiat entfernt sind, bedarf noch des Beweises.

Jede Rückrufaktion, so wichtig und notwendig sie ist, bleibt das öffentliche Eingeständnis, dass die Qualitätssicherung der Universität versagt hat. Die dreiste Angriffsverteidigung von Frau Koch-Mehrin will sich dieses Versagen zunutze machen. Dabei sind Nichtwissenschaft (Plagiate) und schlechte Wissenschaft zwei Paar Schuhe.

Michael Hartmer

GROSSBRITANNIEN

Strafaktion

Staatliche Grundschulen mit unzureichenden Bildungsergebnissen sollen nach dem Willen des britischen Bildungsministers Gove künftig zwangsweise geschlossen, aus der Verantwortung der Lokalbehörden genommen und anschließend als „freie Akademien“ mit privater Unterstützung wieder eröffnet werden. Dies berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die Methode, gescheiterte oder schlecht funktionierende staatliche Schulen mit einem neuen Status und der Beteiligung privater Geldgeber zu versehen, sei schon von der Labour-Regierung für weiterführende Schulen praktiziert worden. Die gegenwärtige konservativ-liberale Regierung hat dieses Programm beschleunigt und auf die Grundschulen ausgedehnt.

Musikhochschulen fordern mehr Geld für Lehrbeauftragte

Die Rektoren der 24 deutschen Musikhochschulen fordern laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung von den Ländern mehr Geld für ihre Lehrbeauftragten. Außerdem wollen sie zusätzliche Stellen und Entscheidungsgewalt über die Honorare, die sie ihren Dozenten zahlen. Ein Ziel sei es, die Situation der freien Dozenten zu ver-

bessern. Die Lehrbeauftragten an Musikhochschulen klagen seit langem über ihre Situation. Sie verdienen deutlich weniger als festangestellte Dozenten und hätten keine Sicherheiten. Aufträge würden immer nur für ein Semester erteilt. Dabei sei der Anteil der Freiberufler an Musikhochschulen deutlich höher als an Universitäten.

Erfolgreiche Medizinstudenten

Bis zum Prüfungsjahr 2009 haben fast 95 Prozent der Medizinstudenten mit Studienbeginn 2000 ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, schlossen auch in den Fächergruppen Veterinärmedizin mit einer Erfolgsquote von 89 Prozent, Kunst/Kunstwissenschaften mit 87 Prozent und Sport mit 82 Prozent sehr viele Studenten ihr Studium erfolgreich ab. Dabei handelt es sich um Studiengänge mit starken Zulassungsbeschränkungen, wie einem Numerus Clausus oder einer Begabtenprüfung.

In der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften lag die Er-

folgsquote bei 80 Prozent, in den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften waren es 77 Prozent. Rund 73 Prozent der Studenten schlossen ihr Studium erfolgreich in den Ingenieurwissenschaften ab. Die niedrigsten Erfolgsquoten wurden in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften mit 69 Prozent und Mathematik/Naturwissenschaften mit 66 Prozent erreicht. Zum Prüfungsjahr 2009 hatten fast 76 Prozent aller Studenten eines Erststudiums mit Studienbeginn 2000 ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. Knapp ein Viertel (24 Prozent) hatten das Studium noch nicht oder ohne Abschluss beendet.

Erstmals Forschungsrating für technikwissenschaftliches Fach

Der Wissenschaftsrat hat erstmals ein Forschungsrating für ein technikwissenschaftliches Fach vorgelegt. Demnach überzeugt die Elektro- und Informationstechnik an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland mit hoher Forschungsqualität. Ein breites Fundament guter bis sehr guter Forschungsleistungen zusammen mit einer herausragenden Spitzenforschung mache das überzeugende Leistungsniveau aus. In allen untersuchten Teilbereichen der Elektro- und Informationstechnik gebe es sehr gute bis herausragende Forschung. Bemerkenswert sei die Drittmittelstärke der Elektro- und Informationstechnik. Zwischen 2004 und 2008 haben demnach die teilnehmenden 47 Einrichtungen nahezu zwei Milliarden Euro an Drittmitteln ausgegeben, die knapp zur Hälfte von Unternehmen und zu einem Viertel von Bund und Ländern stammen.

Nach Ansicht des Wissenschaftsrates ermöglicht das Forschungsrating eine differenzierte Betrachtung des Fachs. „Die Differenzie-

rung nach vier Teilbereichen der Elektro- und Informationstechnik bei der Bewertung der Forschungsqualität ist ein Novum“, erklärte Professor Reinhard Hüttl, Vorsitzender der für die gesamte Pilotstudie verantwortlichen Steuerungsgruppe des Wissenschaftsrates. „Damit konnte eine zentrale Empfehlung des Wissenschaftsrates zur Weiterentwicklung des Forschungsratings umgesetzt und die Vergleichbarkeit der Bewertungsgrundlage erhöht werden.“

Nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Mai 2008 wird das Forschungsrating zurzeit auch in einem geisteswissenschaftlichen Fach erprobt. Ausgewählt wurde hierfür die Anglistik/Amerikanistik. Die Bewertungsgruppe hat ihre Arbeit Anfang dieses Jahres aufgenommen und wird Ende 2012 ihre Ergebnisse vorlegen. Im Jahr 2009 hatte der Verband der Historiker abgelehnt, an einem solchen Forschungsrating des Wissenschaftsrates teilzunehmen. Dies wurde u.a. damit begründet, dass die Kriterien unklar und die Konsequenzen nicht absehbar seien.

Protestgründung

Als Antwort auf radikale Kürzungen bei geisteswissenschaftlichen Studiengängen an staatlichen Universitäten in Großbritannien soll ab Herbst 2012 das New College of the Humanities (NCH) in Bloomsbury den Lehrbetrieb aufnehmen. Das meldet die Süddeutsche Zeitung. Das Londoner Privatinstitut wurde ohne staatliche Zuschüsse gegründet und bietet sowohl geisteswissenschaftliche als auch Jura- und

Wirtschaftsstudiengänge an. Zu den Dozenten gehören einige der bekanntesten angelsächsischen Akademiker, die selbst einen Teil der zehn Millionen Pfund Gründungskapital beigesteuert haben. Das gewinnorientierte Unternehmen wird die Studenten achtzehntausend Pfund pro Jahr kosten. Die Studienbeiträge liegen damit doppelt so hoch wie an britischen staatlichen Universitäten.

Fundsachen

Feuerzangenbowle

„Es ist überaus irritierend: Erst in den Masterstudiengängen werden die Lehrenden fachlich stärker gefordert, und sie sind daher oft motivierter, aber sie finden sich vor einer kaugummikauenden, lauten Schulklasse wieder. Junge Mädchen spielen mit ihrem iPhone, Zettelchen werden geschrieben und durch den Raum geschickt. Die Jungs surfen im Facebook. Die Dozenten bekommen Spitznamen. Der Lärmpegel ist manchmal enorm, das ‚Blaumachen‘ fest etabliert, wer sich zu oft meldet, wird ab und zu als Streber beschimpft.“

Frank Berzbach in dem Beitrag „Jetzt kommen die Kinder“; zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Juni 2011

Parallele

„Vor einigen Jahren, Karajan lebte noch, fragte ein Journalist einen Orchestermusiker der Wiener Philharmoniker: ‚Was dirigiert Karajan denn heute abend?‘ Der Musiker: ‚Was er dirigiert, weiß ich nicht. Wir spielen Beethovens Fünfte.‘ Etwas ähnliches ließe sich auch über Hochschulen sagen.“

Peer Pasternack; zitiert nach Das Hochschulwesen, Ausgabe 2/2011

Gesellschaftsspiegel

„Das klingt jetzt so heroisch, aber: Der Schauspieler hat nach meinem Verständnis den gesellschaftlichen Auftrag, durch seine Begabung dem Publikum im Shakespeareschen Sinne den Spiegel vorzuhalten. Dafür wird er von der öffentlichen Hand bezahlt, dafür wird dieses ungeheuer altmodische System am Leben gehalten.“

Intendant und Regisseur Dieter Dorn; zitiert nach Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. Juni 2011

Oma

„Wir sind unverbraucht, erst 20 Jahre alt, wir wollen noch was erreichen. Die alte Oma nebenan, die vor 100 Jahren von den Briten gegründete University of Hongkong, bekommt auf jeden Fall

Lösungsvorschlag

„Am besten ist es, in Dänemark Arzt und in Deutschland Patient zu sein.“

Franz-Joseph Barthmann, Präsident der Landesärztekammer Schleswig-Holstein; zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Juni 2011

ihre Staatsrente. Wir dagegen sind die jungen Wilden.“

Professor Reinhard Renneberg, Hongkong University of Science and Technology, laut QS-Ranking die beste Hochschule Asiens; zitiert nach Die Zeit vom 9. Juni 2011

Bayerisches Arizona

„Stoiber habe ich ja nur noch als Staatssekretär im Kabinett erlebt. Der erste Streit mit Stoiber betraf die Denkmalpflege. Er hatte kein Gefühl dafür. In seiner Zeit wurde der Etat für Denkmalpflege fast halbiert. Das nehme ich ihm sehr übel. Um Bayern zu erhalten, muss die Denkmalpflege eine starke Stellung haben. Da darf man Dörfer nicht so formlos werden lassen, dass am Ende Oberbayern auch in Arizona liegen könnte.“

Professor Hans Maier, bayerischer Kultusminister von 1970 bis 1986; zitiert nach Süddeutsche Zeitung vom 18./19. Juni 2011

Qual

„Wozu quält man Studenten mit den Hauptsätzen der Thermodynamik und den Grundlagen der Energietechnik, wenn letztendlich die Entscheidungen über die künftige Energieversorgung von Juristen, Soziologen, Germanisten und Theologen getroffen werden?“

Professor Dr.-Ing. Eckhard Wiederuh; zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Juni 2011

Verschlossene Tür

„Das Schwierige und Dunkle einer Wissenschaft bemerkt nur der, der sich ihr zugewandt hat. Denn es bedarf ja eines gewissen Grades von Intelligenz, um festzustellen, daß man nichts weiß, und man muß schon eine Türe aufmachen wollen, um zu merken, daß sie uns verschlossen ist.“

Michel de Montaigne (1533-1592)

Konsequent umgesetzt

„Aus der Vergangenheitsperspektive ist ein Teil der heutigen Erwerbsbevölkerung so hochgradig berufsqualifiziert, wie dies Menschen noch nie waren. Zugleich aber sind sie vergleichsweise ungebildet. Richter sprechen Recht, dessen Geschichte sie nicht kennen und das sie philosophisch nicht verorten können; Ökonomen verfassen Lehrsätze, ohne eine rechte Vorstellung von der Psyche des Menschen zu haben; Manager managen Unternehmen, ohne jemals mit ethischen Wertesystemen in Berührung gekommen zu sein. Wenn Grundsätze des Utilitarismus kompromisslos umgesetzt worden sind, dann hier: im Bildungsprogramm des ausgehenden Industriezeitalters.“

Professor Meinhard Miegel; zitiert nach dem Buch „EXIT: Wohlstand ohne Wachstum“; Berlin 2010

Künstliche Inszenierung

Über Wettbewerbe in Forschung und Lehre

| MATHIAS BINSWANGER | „Wettbewerb“ war in den letzten Jahren bis hin zur Exzellenzinitiative mit ihrem kompetitiven Charakter das Mantra in Hochschul- und Wissenschaftspolitik. War und ist das für die Wissenschaft angemessen? Oder geht es dabei eher um ein großes Spektakel? Eine Kritik.

In vielen Bereichen der Wirtschaft gibt es keine oder nur unvollständig funktionierende Märkte. Deshalb ist man im Zuge einer zunehmenden Wettbewerbsgläubigkeit über die letzten Jahrzehnte auf die fatale Idee gekommen, künstliche Wettbewerbe zu inszenieren, um so die angeblich überlegene Effizienz der Marktwirtschaft bis in den hintersten Winkel jeder öffentlichen und privaten Institution voranzutreiben. Mit missionarischem Eifer werden überall Leistungsanreize gesetzt, doch was dabei als Leistung herauskommt, ist in Wirklichkeit ein gigantischer Unsinn.

Ein Markt lässt sich nicht künstlich inszenieren. Künstlich inszenieren lassen sich nur Wettbewerbe, aber diese sorgen im Gegensatz zu einem funktionierenden Marktwettbewerb nicht dafür, dass die Produktion optimal auf die Bedürfnisse der Nachfrager angepasst ist. Nur wo Wettbewerb und Markt zusammenfallen und Marktwettbewerb herrscht, kann die von Adam Smith erstmals beschriebene „unsichtbare Hand“ unter bestimmten Bedingungen über das Preisystem wirken und für Effizienz sorgen. Bei Wettbewerben ohne Markt ist das hingegen nicht der Fall. Statt an den Bedürfnissen der Nachfrager orientieren

sich die Produzenten eines Produktes oder einer Leistung an irgendwelchen Kennzahlen oder Indikatoren, die für den Erfolg im Wettbewerb maßgebend sind. Die Ausrichtung an diesen Kennzahlen führt jedoch nicht zu Effizienz, sondern sorgt für perverse Anreize, die dann folgerichtig auch perverse Resultate ergeben. Da werden von Wissenschaftlern mit Fleiß und Akribie jedes Jahr in Tausenden von Fachzeitschriften über Hunderttausende von Seiten Fragen beantwortet, deren Antwort niemand wissen will. Immer mehr junge Menschen werden als Studenten in Hochschulen über lange Jahre ausgebildet, um irgendwelche Bachelors und Masters zu erwerben, die nichts zu ihrem Können in ihrem zukünftigen Berufsleben beitragen. Und es werden immer mehr medizinische Untersuchungen und Tests für die Prävention von Krankheiten durchgeführt, die nie eintreten.

Je mehr, desto besser?

Diese Entwicklungen sind aber, so wird uns gesagt, zentral für unseren Wohlstand und unser persönliches Wohlbefinden. Je mehr Fachartikel publiziert werden, je mehr Menschen studieren, je mehr medizinische Untersuchungen wir haben, desto besser gehe es uns. Nur



Foto: picture-alliance

leider ist das nicht der Fall. Die Produktion von Unsinn schafft zwar Arbeitsplätze, doch verhindert sie gleichzeitig die Produktion der qualitativ wertvollen Erzeugnisse, die tatsächlich benötigt werden. Sinn wird durch Unsinn verdrängt, Qualität durch Quantität und die Freude an einer Tätigkeit durch Zuckerbrot und Peitsche. Auf diese Weise ist eine neue Wettbewerbsbürokratie entstanden, welche die alte Beamtenbürokratie abgelöst hat. Doch die neue Bürokratie ist viel raffinierter, da sie unter dem Deckmantel von Markt, Wettbewerb und Effizienz daherkommt.

Besonders gravierend sind die sinnlosen Wettbewerbe neben dem Gesundheitswesen in den Bereichen Wissenschaft und Bildung. Seit der Zeit der Aufklärung findet Forschung überwiegend an Universitäten bzw. an deren In-



AUTOR

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten und Privatdozent an der Universität St. Gallen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Makroökonomie, Finanzmarkttheorie, Umweltökonomie und in der Erforschung des Zusammenhangs zwischen Glück und Einkommen.

stituten statt und der Staat beschränkte sich darauf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erlassen. Was die wissenschaftliche Arbeit betraf, so übten sich die zuständigen staatlichen Gremien mit Ausnahme einiger unrühmlicher Zwischenepisoden (Nazizeit) in vornehmer Zurückhaltung. Man hatte das aus heutiger Sicht geradezu ungeheuer anmutende Vertrauen, dass die Forscher selbst am besten wissen, womit sie sich konkret beschäftigen sollen.

»Die neue Bürokratie ist viel raffinierter, weil sie unter dem Deckmantel von Markt und Wettbewerb daherkommt.«

Forscher erkennbar war, wer die Niete und wer das Genie darstellte. „Das Au-

ßerordentliche ist das seltene Resultat durchschnittlicher Forschung und erst die breite Qualität, die aus dem Mittelmaße wächst, beschert uns am Schluss die große Leistung“ meint dazu der

ten her. Universitäten müssen sich nämlich sowohl in Forschungswettbewerben als auch in Bildungswettbewerben bewähren, um so bei den immer weiter um sich greifenden Rankings vorne mit dabei zu sein.

Universitäten, die sich nach außen als großartige Tempel der wissenschaftlichen Exzellenz darstellen, sind intern zu Kindergärten verkommen, wo Professoren sich gegenseitig mit Publikationslisten und der Menge eingeworbener Forschungsgelder zu übertrumpfen versuchen. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit werden Projekt- und Publikationsolympiaden veranstaltet, wobei die Gewinner dann statt Medaillen mit Elite- und Exzellenzstatus, Befreiung von Lehrverpflichtungen und im „besten Fall“ auch noch mit höheren Salären belohnt werden. Und das, obwohl viele Projekte und Publikationen für den Rest der Menschheit nicht die geringste Bedeutung besitzen und diese „Wissenschaftsolympiaden“ auch nicht annähernd den Unterhaltungswert von Olympischen Spielen besitzen.

Das Fazit aus diesen Überlegungen ist eindeutig: Schluss mit diesen künstlichen Wettbewerben. Sowohl in Wissenschaft, Bildung als auch im Gesundheitswesen entstehen qualitativ gute Arbeit und Höchstleistungen dadurch, dass man fähigen und motivierten Menschen die Chance gibt, sich in einer möglichst freien, stimulierenden Umgebung zu entfalten. Deshalb ist es kontraproduktiv, Wissenschaftler, Professoren, Lehrer oder Ärzte unter den Generalverdacht der Leistungsverweigerung zu stellen und in jedem ein potentiell schwarzes Schaf zu vermuten, aus dem man eine gute Leistung mit einem Zuckerbrot herauskitzeln oder mit der Peitsche herausprügeln muss. Auf diese Weise verdrängt man erstens die intrinsische Motivation der eigentlich begabten und motivierten Menschen, wodurch echte Höchstleistungen mehr und mehr ausbleiben. Und zweitens holt man aus unmotivierten und/oder wenig fähigen Menschen selbst mit noch so großen Zuckerbroten und drohend schwingenden Peitschen keine Höchstleistungen heraus. Was diese dann wirklich produzieren, ist quantitativ messbarer Unsinn, den niemand braucht, während die wahre Qualität immer mehr verdrängt wird.

Zu diesem Thema liegt vom Autor das im Herder-Verlag 2010 erschienene Buch „Sinnlose Wettbewerbe – Warum wir immer mehr Unsinn produzieren“ vor.



Generell war man sich der Tatsache bewusst, dass man den besten wissenschaftlichen Köpfen eines Landes nicht von außen aufoktroyieren kann, wofür sie sich interessieren sollen und wie und wo sie Forschung betreiben müssen. Aus diesem Grund wurde die Tätigkeit von Professoren und anderen Forschenden kaum systematisch erfasst und bewertet, denn man ging davon aus, dass diese aus eigenem Antrieb heraus gute Arbeit leisten. In vielen Fällen stimmte das, manchmal aber auch nicht. Das Resultat waren gewaltige Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Forschenden, die jedoch den Wissenschaftsbetrieb nicht weiter störten. Wissenschaftliche Genies und wissenschaftliche Nieten bevölkerten gemeinsam die Forschungslandschaft, wobei es längst nicht immer schon zu Lebzeiten der

Wissenschaftsphilosoph Jürgen Mittelstrass.

Quantitativ messbarer Unsinn

Inzwischen hat der Staat seine Zurückhaltung gegenüber den Universitäten aufgegeben und aus einst stolzen Bastionen unabhängigen Denkens sind Umsetzungs- und Ausführungsorgane staatlicher Programme und Initiativen geworden. Es gilt wieder der Lenin zugeschriebene Ausspruch: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Damit die knappen Mittel „effizient“ eingesetzt werden, zwingt der Staat die Universitäten und die zur „Wissensproduktion“ und „Bildungsproduktion“ angestellten Professoren mit ihrem wissenschaftlichen Anhang auch zur ständigen Teilnahme an künstlich inszenierten Wettbewerben. Und das gleich von zwei Sei-

Die Gefahr der Perversion

Wettbewerb und Gesellschaftsstruktur

| ROLF STÜRNER | **Das Vergleichen und Kräfteressen von Ideen und Produkten beruht auf einer langen Tradition in westlichen Zivilisationen. In welcher Art und Weise und mit welchen Zielen findet Wettbewerb in der heutigen Gesellschaft statt? Eine kritische Bestandsaufnahme.**

Jedem, der über Wettbewerb schreibt und redet, muss der sehr beschränkte Neuigkeitswert seiner Gedanken nur zu klar sein. Dies gilt vor allem dann, wenn er sie nicht fach- oder systemterminologisch einkleidet, sondern allgemeinverständlich darzustellen versucht. Die einfache Sprache lässt den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Stellenwert des Wettbewerbsdenkens und der Grundstruktur einer Gesellschaft deutlicher werden. Gerade diese enge Verquickung sollte aber davor bewahren, den Schalmeienklängen systemtheoretischer Versuchungen zu erliegen – ganz unabhängig von ihrer Provenienz. Denn die grundsätzlichen Parameter der Gestaltung menschlichen Zusammenlebens erweisen sich auf dem Niveau praktischer Vernunft als durchaus übersichtlicher und weniger variantenreich, als theoretische Modelle dies zuweilen glauben machen wollen.

Regulierung und Zweck des Wettbewerbs

Es gibt keine freiheitliche Gesellschaftsstruktur, die nicht Wettbewerb zwischen ihren einzelnen Akteuren einschliesse. Wettbewerb ist notwendige Folge freiheitlichen Denkens und Handelns. Der freie Austausch von Ideen und Produkten führt zu einem Kräfteressen und

Vergleichen, das die wirtschaftliche, wissenschaftliche und soziale Innovationskraft erhöht. Diese Erkenntnis, für die sich Wirtschaftswissenschaftler und ihre rechtswissenschaftlichen Epigonen gerne auf Hayek zu berufen pflegen, ist Gemeingut einer langen sozial- und geistesgeschichtlichen Tradition westlicher Zivilisation, und es wäre töricht, sie bestreiten oder auch nur in Frage stellen zu

»Hat der Mensch dem Wettbewerb zu dienen oder der Wettbewerb dem Menschen?«

wollen. Die Auseinandersetzung gilt vielmehr der Art und Weise und den Zielen des Wettbewerbs. Einig ist man sich darin, dass jeder Wettbewerb der Regeln bedarf. Unter dem Schlagwort der „Ordnungspolitik“ verbergen sich dann aber völlig unterschiedliche Konzeptionen, die vom engmaschigen Regelwerk bis zur Vorstellung weitgehender Selbstregulierung reichen. Weithin umstritten ist die Frage nach den Grenzen wettbewerblichen Verhaltens, wie sie sich vor allem bei der Elimination von Mitwettbewerbern stellen kann. Ist sie ein heilsamer und förderungswürdiger gesellschaftlicher Prozess, oder hat besser das Prinzip „Leben und Lebenlassen“ zu gelten? Und schließlich bleibt die Kardinalfrage,

ob der Mensch dem Wettbewerb zu dienen habe oder der Wettbewerb dem Menschen. Ist sein Zweck zuvörderst Profitmaximierung und Wohlstandsmehrung in erster Linie für die Erfolgreichen oder steht er nicht gleichermaßen im Dienste des Ringens um soziale Gerechtigkeit? Dient er letztendlich nicht auch und nicht zuletzt der Förderung menschlicher Erkenntnisfähigkeit auf der Suche nach Wahrheit? Im Zeitalter weltweit konkurrierender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Systeme drängt sich zu alldem noch der Eindruck einer brutalen Selbstregulierung auf globaler Ebene auf, die sich alleine am wirtschaftlichen Erfolg als geeigneter Basis politischer und militärischer Macht orientiert – eine der wenigen Konstanten der Weltgeschichte, deren Bedeutung die Globalisierung eher gestärkt als geschwächt hat.

Wettbewerb und Motivation

Wer hier Orientierung sucht und dabei die Lösung in einem stimmigen Gesamtkonzept gefunden zu haben meint, wie es ein monistisches System zu bieten vermag, wird Enttäuschungen erleben. Dies liegt in der Vielfalt der Motivation menschlichen Handelns begründet. Menschliche Aktivität kann Profitmaximierung ebenso leiten wie reine Freude an kreativer Schöpfung, präpotente Geltungssucht ebenso wie bloße Erkenntnis- und Wahrheitssuche, Selbstverwirklichung gleichermaßen wie die Befriedigung aus dem Zusammenwirken mit anderen oder der Dienst an der Allgemeinheit, Egoismus wie Altruismus.

Verfehlte Ideologisierung

Soweit vermeintliche wissenschaftliche Erkenntnis oder politische Programmatik versuchen, menschliches Handeln all-



AUTOR

Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürmer ist Direktor am Institut für deutsches und ausländisches Zivilprozessrecht an der Universität Freiburg. Bei C.H. Beck erschien 2007 sein Buch „Markt und Wettbewerb über alles? – Gesellschaft und Recht im Fokus neoliberaler Marktideologie“.



Foto: picture-alliance

gemein oder in einzelnen Wirkungsfeldern mehr oder weniger auf eine Motivation festzulegen und die Gestaltung gesellschaftlicher Bereiche an dieser Motivation auszurichten, entsteht eine Ideologie, die nicht nur die Wirklichkeit verfehlt und verzerrt, sondern auch den Menschen mit ihrem Fühlen und Denken nicht mehr gerecht wird. Die Gewichtung der Motive menschlichen Handelns mag zwar in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen verschieden sein, die Motivation in einer freien Gesellschaft bleibt aber trotzdem stets komplex. Eine Volkswirtschaft, deren Unternehmer, Manager und Arbeitnehmer nur „Profitmaximierung“ ins Zentrum ihres Wirkens stellen und alle anderen Motivationsformen ausblenden, wird scheitern – nicht nur – systemimmanent gedacht – wegen fehlender „Nachhaltigkeit“ der Profitmaximierung, sondern weil die dienende Funktion des gewinnmaximierenden Wettbewerbs für die Menschen einer Region und die Menschheit überhaupt ebenso verkannt ist wie die integrative Funktion gemeinsamer Arbeit. Alle Modelle der letzten Jahrzehnte im Unternehmens- und Finanzmarktbereich, die diesen Zusammenhängen nicht gerecht geworden sind, haben spürbar versagt und Zusammenbrüche provoziert. Die deregulierenden Gesetzgeber Europas und der europäischen Nationen haben

»Eine Volkswirtschaft, die nur Profitmaximierung ins Zentrum ihres Wirkens stellt, wird scheitern.«

Wettbewerb und wissenschaftliche Motivation

Im Wissenschaftsbereich mag bei angewandten technischen Wissenschaften das Ziel gewinnbringender Umsetzung mit ein starkes Motiv sein können. Auf vielen anderen Feldern dominiert aber traditionellerweise der Wettbewerb um die tragfähige Erkenntnis und die Wahrheit. Das alte Motto meiner mehrfachen Gastuniversität Harvard ist „Veritas“, auf dem alten Kollegengebäude meiner Heimatuniversität Freiburg steht als Wahlspruch: „Die Wahrheit wird Euch frei machen“. Die Motivation freier Wissenschaft besteht nach diesem Verständnis im Wettbewerb um Erkenntnis und Wahrheit. Dieser Wettbewerb braucht neben Freiheit teilweise durch-

Börse in New York

aus Anregung und Ansporn, Wissenschaftler nützen den Freiraum von sich aus nicht immer und stets zur intensiven Suche nach besserer Erkenntnis.

Fehlsteuerung durch verordnete Parameter

Allerdings erweisen sich viele Versuche zur Stimulierung von Wettbewerb als fragwürdig, weil sie von der klassischen wissenschaftlichen Motivation eher wegführen. Profitmaximierende Markterfolge beim Absatz forschungsbedingter innovativer Produkte, Markterfolge von Veröffentlichungen und Lehrdarbietungen bei zahlenden Abnehmern, numerische Erfassung von Forschungs- und Ausbildungsergebnissen mögen begleitende Indikatoren erfolgreichen Bemühens um bessere Erkenntnis und Lehre sein. Die Quantifizierung von Qualität hat aber deutliche Grenzen. Sicher gibt es keine Qualität ohne Quantität. Die Quantifizierung erlaubt aber keine letztlich tragfähige Qualitätsaussage, sondern führt bei entsprechender Gewichtung zu sich laufend selbstverstärkender Fehlsteuerung weg vom eigentlichen Erkenntniszweck des Wissenschaftsbetriebs.

Deutungshoheit durch Evaluation

Monitoring und Evaluation durch andere Wissenschaftler knüpfen zwar eher an

Qualitätskriterien an, bergen aber die unverkennbare Gefahr der Dominanz einzelner Schulen und Strömungen bis hin zur Oligopolisierung in sich. Die Ablehnung aller Projekte unter konzeptioneller Federführung der Rechtswissenschaften im Rahmen der Exzellenzrunden bietet hierfür gutes Anschauungsmaterial und steht in krasssem Gegensatz zu Einfluss und Vorbildfunktion gerade der

»Große Gedanken entstehen nicht selten in einer Atmosphäre, die dem Wettbewerb ausweicht.«

deutschen Rechtswissenschaft in vielen anderen Rechtskulturen. Evaluation lässt sich auch als Mittel im Kampf um die Deutungshoheit von Disziplinen einsetzen. Sie führt dann zum Uniformismus. Im Bereich der Lehre kann sich z.B. unter dem Druck herrschender didaktischer Strömungen eine Reader- und Power-Point-Kultur entwickeln mit einer fatalen Tendenz zur Fast-Food-Mentalität. In der Forschung können sich Förderungskartelle bilden.

Wettbewerbsfreier Raum für freie Forschung?

Die wettbewerbliche Stimulation im Rahmen notwendigerweise stets fragwürdiger Koordinaten darf in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht so weit getrieben werden, dass nicht mehr Raum und Mittel für zunächst einmal „wettbewerbsfreie“ Forschung verbleiben. Den schöpferischen Gedanken kann Wettbewerbsdruck auch ersticken. Wie analysierte doch Josef Haydn die Bedeutung seiner Zeit auf Esterhaz mit ihrer Abgeschirmtheit? „Niemand in meiner Nähe konnte mich an mir selbst irre machen oder quälen, und so musste ich original werden.“ Nicht jeder Forscher und Gelehrte ist ein Haydn oder Einstein seines Faches, aber große und weiterführende Gedanken entstehen nicht selten in einer Atmosphäre nahezu autistischer Einsamkeit, die dem Vergleich und Wettbewerb bewusst ausweicht. Wettbewerbsbesessenheit kann zur Perversion des Wettbewerbs in „Award“-Systemen und wissenschaftlicher Planwirtschaft führen. „Wir

müssen die Universitäten fit machen, damit Deutschland wieder Spitze ist und wir mehr Jobs haben.“ Dieser Slogan, wie er in Jahren deutscher Depression um die Jahrtausendwende so oder ähnlich aus politischem Munde zu hören war, formuliert allenfalls ein Element notwendiger Unruhe, taugt aber nicht als Zeitanzeige der bildungspolitischen Uhr. Die jüngste Gegenwart hat ihn auch bereits widerlegt. Denn Ergebnisse der Exzellenzinitiative als Folge bildungspolitischer Geschäftigkeit können in der gerade wieder prosperierenden produzierenden Wirtschaft noch gar nicht angekommen sein. Es sind die oft geschmähten, weiter zurückliegenden Jahrzehnte mit ihrer vermeintlichen Geruhsamkeit und Verkrustung in Forschung und Bildung, die sich als eine sehr zuverlässige Grundlage wirtschaftlicher und nicht zuletzt auch gesellschaftlicher Behauptungsfähigkeit erwiesen haben. Die freie Forschung und Lehre in deutschen akademischen Forschungs- und Bildungsstätten hätte eigentlich einen Vertrauensvorsprung ohne allzu viele gängelnde Vorgaben verdient.

Anzeige

platzstifter gesucht



Was haben die Professoren Gerhard Ertl, Wolfgang Frühwald, Theodor Hänsch, Klaus von Klitzing und Peter Sloterdijk gemeinsam? Sie sind **platzstifter** in der Rheinallee 20 in Bonn, der Heimat der Deutschen Universitätsstiftung und des Deutschen Hochschulverbandes.

Und was haben Sie gemeinsam mit diesen **platzstiftern**? Einen Platz in einer Reihe mit den Leuchttürmen der deutschen Wissenschaft. Machen Sie sich und dem Deutschen Hochschulverband zu seinem 60. Geburtstag ein Geschenk und unterstützen Sie gleichzeitig die Deutsche Universitätsstiftung. Stiften Sie einen Seminarplatz mit Ihrem Namen, mit einer gut sichtbaren Stifterplakette auf einem der 40 Seminarplätze. Ab 2011 wird die Rheinallee 18/20 Veranstaltungsort für einen Großteil der DHV-Seminare mit über 1.700 Teilnehmern pro Jahr. Die Sitzungssäle werden für alle wichtigen Veranstaltungen des DHV und der Deut-

schen Universitätsstiftung genutzt. Ihr guter Name wird vieltausendfach präsent sein und wahrgenommen. Für Ihre Spende von 1.000,- Euro erhalten Sie eine Spendenbescheinigung, Einladungen zu Veranstaltungen der Universitätsstiftung und werden auf der Wall of Fame im Foyer des Hauses geehrt.

Neben den 40 Plätzen können Sie auch den vier wichtigsten Veranstaltungssälen, Seminar- und Coachingräumen mit Ihrem guten Namen zusätzlichen Glanz verleihen. Bitte sprechen Sie uns an, um weitere Informationen zu erhalten.

Nähere Informationen bei

Cornelia Kliment | Deutsche Universitätsstiftung | Rheinallee 18-20 | 53173 Bonn
Tel. 0228 / 902 66 43 oder unter kliment@deutsche-universitaetsstiftung.de

www.deutsche-universitaetsstiftung.de

**DEUTSCHE
UNIVERSITÄTS
STIFTUNG**

GESUCHT:

Nachwuchs- wissenschaftler/in des Jahres 2011

academics zeichnet jährlich den/die Nachwuchswissenschaftler/in aus, der/die durch **herausragendes Engagement, zukunftsweisende Ideen oder beispielhaftes Handeln** Wissenschaft und Forschung nachhaltig positiv beeinflusst hat.

Die wissenschaftliche Fachrichtung ist unerheblich. Es gilt eine Altersbeschränkung von 35 Jahren bei Bewerbungsschluss. Der Preis ist mit 2.000 € dotiert und wird nicht zweckgebunden vergeben.

Vorschläge und Selbstbewerbungen werden bis zum **30. September 2011** entgegengenommen.

*Alle Informationen finden Sie unter:
www.academics.de/nachwuchspreis*

Universales Prinzip

Die Chancen des Wettbewerbs für Wirtschaft und Gesellschaft

| LUDOLF V. WARTENBERG | Wettbewerb ist die zentrale Antriebskraft einer dynamischen Wirtschaft. Er sorgt für Innovation und Veränderung, zerstört aber auch Althergebrachtes. Ist diese Zerstörung nur negativ oder geht es um „schöpferische Zerstörung“? Verursacht die mit dem Wettbewerb verbundene Wachstumsphilosophie mehr Schaden als Nutzen? Fragen an einen Kenner der deutschen und internationalen Wirtschaft.

Forschung & Lehre: Ihre langjährige Tätigkeit beim BDI und Ihre umfangreichen Kontakte haben Ihnen über Jahre wertvolle Einblicke in die Möglichkeiten des Wettbewerbs in Wirtschaft und Gesellschaft gegeben. Wie sieht Ihrer Meinung nach die Zukunft aus?

Ludolf v. Wartenberg: Wettbewerb, das habe ich in meiner langjährigen Verbandstätigkeit immer wieder erfahren, ist eine der ganz zentralen Antriebskräfte einer dynamischen Wirtschaft. Er sorgt für Innovation und Veränderung, er stellt tradierte Positionen infrage – im Dienst des Neuen und des Besseren. Wettbewerb wird aber auch oft unter-

schätzt in seinen ökonomischen Wirkungen. Dies liegt unter anderem auch an der „unsichtbaren Hand des Marktes“, die den Wettbewerb führt. Gelegentlich wird Wettbewerb auch als lästig und störend empfunden, gerade weil er der größte Feind des Altbewährten ist und Erbhöfe gar nicht erst entstehen lässt.

F&L: Wettbewerb zerstört also auch?

Ludolf v. Wartenberg: Die von Joseph Schumpeter geprägte Begrifflichkeit von der „schöpferischen Zerstörung“ bringt dies auf den Punkt. Hinter dieser schöpferischen Zerstörung steht die treibende Kraft des Wettbewerbs, zuerst die des erfinderischen Innovationswettbewerbs, dann die des nachahmenden Imitationswettbewerbs. Dass demjenigen, dessen lieb gewonnene Marktposition durch den Wettbewerb zerstört wird und der sich in der Folge enorm anstrengen muss, um wieder in eine führende Marktposition zu gelangen, der Wettbewerb nicht gefällt, lässt sich nachvollziehen. Vor diesem Hintergrund hat es auch in der Wirtschaft selbst immer wettbewerbskritische, ja sogar wettbewerbsfeindliche Haltungen gegeben. Ich hatte das große Glück, dass meine Amtszeit als BDI-Hauptgeschäftsführer in eine Periode fiel, in der die deutsche Industrie im Großen und Ganzen nicht nur ihren

Frieden mit dem Wettbewerbsprinzip gemacht hatte, sondern sich in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit zum Wettbewerb bekannte und auf den Märkten auch entsprechend wettbewerbsorientiert agierte.

F&L: Dies war nicht immer so?

Ludolf v. Wartenberg: Nein, in seiner Gründungs- und Anfangsphase war der BDI weniger ein Hort des Wettbewerbs als vielmehr eine Art Kartellverein, dessen wirtschaftspolitische Interessenvertretung sich eher der Verhinderung und der Eindämmung des Wettbewerbs verschrieben hatte als dessen Beförderung. Auch wenn diese Zeiten mittlerweile längst Geschichte sind, so kann der

»Künstliche Unterscheidung zwischen qualitativem und quantitativem Wettbewerb führt nicht weiter.«

Wettbewerb doch nicht als für alle Zukunft garantiert betrachtet werden. Er muss stetig aufs Neue gesichert werden, denn auch die heutige globale Welt ist durch vielfältige Bestrebungen gekennzeichnet, den Wettbewerb zu unterbinden oder zu umgehen.

F&L: Nach Ansicht des Sozialwissenschaftlers Meinhard Miegel hat sich die Wachstumsphilosophie für die Wirtschaft erschöpft, weil sie mehr Schaden verursache, als Vorteile bringe. Ist damit der Wettbewerbsgedanke obsolet?

Ludolf v. Wartenberg: Meinhard Miegel nimmt in seinem aktuellen Bestseller „Exit“ die Gedanken des Club of Rome von 1972 auf und postuliert neue Grenzen des Wachstums. Wenn man sein



Dr. Ludolf v. Wartenberg, langjähriger Hauptgeschäftsführer des BDI (1990-2006)

Buch aufmerksam liest, sticht einem jedoch schon bald ein kapitaler Denkfehler des Miegelschen Wachstumskon-

»Dieser weltumspannende Standortwettbewerb prägt heute die Globalisierung und den ökonomischen Strukturwandel.«

zepts ins Auge. Wachstum ist bei Miegel ausschließlich quantitatives, d.h. rein mengenmäßiges Wachstum. Immer mehr von dem Gleichen, als ob dies ein Wachstum wäre, das heute von irgendjemandem angestrebt würde. Ein solches rein quantitatives Wachstum stößt natürlich in einem begrenzten Lebensraum, wie ihn die Erde nun einmal darstellt, an natürliche Grenzen. Wachstum, wie es heute in Form der realen, d.h. inflationsbereinigten Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts gemessen wird, misst in Wahrheit keine quantitativen, das heißt mengenmäßigen Veränderungen. Insofern führt auch die künstliche Unterscheidung zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum nicht weiter. Das reale BIP ist per definitionem eine qualitative Größe. Beim Wachstum geht es um die Schaffung von Werten. Und Werte ergeben sich als Produkt von Mengen und Preisen. Bei der Preisbereinigung geht es lediglich darum, inflationäre Preissteigerungen, denen keine Wertsteigerung entspricht, auszuschließen. Das, was übrig bleibt, das reale Wirtschaftswachstum, ist eine qualitative Größe. Es spiegelt den Wert wider, den die Wirtschaftssubjekte aufgrund ihrer individuellen Präferenzordnungen den erzeugten Gütern und Leistungen beimessen. Wachstum in diesem Sinne kennt keine natürlichen Grenzen, es geht auch nicht zwangsläufig mit einem stetig steigenden Ressourcenverbrauch einher. Wenn man von einem solchen „aufgeklärten“ Wachstumsbegriff ausgeht, ist natürlich auch der Wettbewerbsgedanke keinesfalls obsolet. Im Gegenteil: Wettbewerb ist ein ganz entscheidender Wachstumsmotor, den die Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik mit allen Mitteln stärken muss.

F&L: Wo liegen die besonderen Herausforderungen des Wettbewerbs, wo seine besonderen Tücken?

Ludolf v. Wartenberg: Wettbewerb muss heute in einem globalen Kontext gesehen werden. Im Wettbewerb stehen

heute nicht mehr nur einzelne Unternehmen auf den verschiedenen Märkten. Es ist eine neue Dimension des weltweiten Wettbewerbs hinzugetreten: Die des Wettbewerbs der einzelnen an der internationalen Arbeitsteilung teilnehmenden Volkswirtschaften um knappe Produktionsfaktoren wie hoch qualitatives Humankapital und global mobiles Investitionskapital. Dieser weltumspannende Standortwett-



Foto: picture-alliance

bewerb prägt heute die Globalisierung und damit den ökonomischen Strukturwandel. Die besondere Herausforderung und durchaus auch Tücke dieser neuen Wettbewerbsdimension besteht darin, dass das Regelwerk für diesen Wettbewerb nicht mehr von nationalen Politik-

»Der wissenschaftliche Fortschritt lebt vom Wettbewerb.«

instanzen aufgespannt werden kann. Der globale Standortwettbewerb erfordert ein globales „level playing field“ der Rahmenbedingungen und funktionierende internationale Institutionen. Hier von sind wir noch weit entfernt. Ansätze sind vorhanden wie etwa die Welthandelsorganisation WTO. Der Stand der aktuellen Liberalisierungsrunde für den Welthandel (Doha-Runde) zeigt jedoch, welcher steinigere Weg hier noch vor

uns liegt. Die wohlstandssteigernden Wirkungen des Wettbewerbs sind eben noch kein ökonomisches Allgemeingut in allen Teilen der Welt.

F&L: Ist der Wettbewerbsgedanke, wie er in der Wirtschaft verstanden wird, auf die Wissenschaft und die Universitäten übertragbar? Wie sollte dies konkret aussehen?

Ludolf v. Wartenberg: Wettbewerb ist für mich ein universales Prinzip. Er

stammt zwar aus der Ökonomie, ist jedoch auch auf andere Gesellschaftsbereiche übertragbar. Dabei geht es nicht um eine 1:1-Übertragung, sondern die Besonderheiten des jeweiligen Bereichs müssen ins Kalkül gezogen werden. Dies gilt auch für die Wissenschaft, der

Wettbewerb jedoch nicht wesensfremd ist. Im Gegenteil: Wie im ökonomischen Bereich, so lebt auch der wissenschaftliche Fortschritt vom Wettbe-

werb der Ideen, Konzepte und Lösungswege. Ansatzpunkte, um dem Wettbewerbsgedanken in unserem Wissenschaftsbetrieb, vor allem an unseren Universitäten, mehr Nachdruck zu verleihen, wären aus meiner Sicht etwa Bildungsgutscheine und Studiengebühren, die den einzelnen Hochschulen mehr Autonomie verleihen, eine Grundvoraussetzung, um sich im Wettbewerb der Besten zu behaupten.

Sieger und Besiegte

Wie der ökonomische Wettbewerb zunehmend den wissenschaftlichen kolonisiert

| RICHARD MÜNCH | Kernstück der Reformen in der Gegenwart ist die Umgestaltung von Hochschulen in Unternehmen, die untereinander um Geld und Prestige konkurrieren. Übersieht man dabei, dass der verschärfte Wettbewerb um Ressourcen die Funktionsbedingungen des genuin wissenschaftlichen Wettbewerbs um Erkenntnisfortschritt außer Kraft setzt?

Mehr Wettbewerb zu wagen, ist zum Leitspruch vieler Reformprojekte der Gegenwart geworden. Daran geknüpft ist stets die Erwartung, dass daraus enorme Leistungssteigerungen hervorgehen. So sollen auch die Leistungen der Universitäten in Forschung und Lehre durch intensivierte Wettbewerb zum Wohle der Gesellschaft gesteigert werden. Ein Kennzeichen der auf mehr Wettbewerb setzenden Reformprogrammatik ist allerdings ein außerordentlicher Mangel an Präzision bei der Frage, um was für eine Art von Wettbewerb es sich dabei handelt, wer im Wettbewerb mit wem um welche Gegenstände steht, und nach welchen Spielregeln dieser Wettbewerb vonstatten geht. Zugleich besteht eine auffallend geringe Sensibilität für die spezifischen Funktionsbedingungen des jeweiligen Reformobjektes, so auch für die Funktionsbedingungen von wissenschaftlicher Forschung und Lehre.

Erkenntnisfortschritt und akademische Ehre

Was kennzeichnet den Wettbewerb in der wissenschaftlichen Forschung, wie wir ihn immer schon kennen? Man kann sagen, dass Wissenschaftler, die in demselben Gebiet forschen, untereinander

in einem ständigen Wettbewerb um den Erkenntnisfortschritt stehen, sei es die Schließung einer noch so kleinen Wissenslücke, sei es ein großer Durchbruch, sei es die Lösung eines kleinen Rätsels oder die Einleitung eines großen Paradigmenwechsels. Angetrieben werden sie von der Wissbegierde, der Leidenschaft für die Wahrheitssuche. Für ihre Beiträge zum Erkenntnisfortschritt erhalten sie die Anerkennung durch die

»Die Leidenschaft der Wahrheitssuche geht mit dem Streben nach Ehre eine enge Verbindung ein.«

wissenschaftliche Gemeinschaft. Sie gelangen für mehr oder weniger großen Erkenntnisfortschritt zu mehr oder weniger Ehre im Kreise der wissenschaftlichen Gemeinschaft, erkennbar in Zitaten, Einladungen zu Vorträgen, Herausgeberschaften und Preisen.

Man kann diese Art der Honorierung wissenschaftlicher Forschung im Anschluss an den französischen Soziologen und Ethnologen Marcel Mauss als Gabentausch nach der Regel der Reziprozität interpretieren. Für diesen Ga-

bentausch gelten zwei spezifische Tabus: (1) das Tabu der zeitlich zu engen Kopplung von Gabe und Gegengabe und (2) das Tabu der Berechnung von Preis und Leistung. Damit eine Gabe als Gabe fungieren kann, darf die Gegengabe zeitlich nicht so direkt auf die Gabe folgen, dass sie quasi als Entgelt (miss-)verstanden werden kann. Und die Gegengabe darf in keine preislich berechenbare Relation zur Gabe gebracht werden. Genau diese beiden Tabus unterscheiden den Gabentausch vom ökonomischen Tausch. Die besondere Leistung des Gabentausches innerhalb einer Gemeinschaft besteht darin, dass ein außerordentlich hohes Maß der Gabebereitschaft besteht. Dabei geht die Leidenschaft der Wahrheitssuche mit dem Streben nach Ehre eine unauflöslich enge Verbindung ein. Beide prägen den Habitus des Wissenschaftlers.

Unterstützt wird die Eigenlogik des wissenschaftlichen Wettbewerbs durch die unbestrittene Geltung spezifischer Normen guter wissenschaftlicher Praxis. Der amerikanische Soziologe Robert K. Merton hat vier grundlegende Normen der wissenschaftlichen Praxis identifiziert: der Universalismus verlangt, dass wissenschaftliches Wissen auf Allgemeingültigkeit, unabhängig von Ort, Zeit und Person, zu prüfen ist; organisierter Skeptizismus verlangt, dass allem prä-tendierten Wissen zu misstrauen ist; geistiger Kommunismus verlangt, dass alle Erkenntnis mit allen zu teilen ist; Uneigennützigkeit verlangt, dass alles Erkenntnisstreben nur der Wahrheit und nicht dem eigenen Vorteil gilt. Eine vitale wissenschaftliche Gemeinschaft, repräsentiert durch Fachgesellschaften und fachübergreifende wissenschaftli-

AUTOR

Richard Münch ist Professor für Soziologie und Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs „Märkte und Sozialräume in Europa“ an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Zum Thema ist nach *Die akademische Elite* (2007) und *Globale Eliten, lokale Autoritäten* (2009) soeben seine dritte Monographie *Akademischer Kapitalismus* (2011) erschienen.





Foto: picture-alliance

che Vereinigungen, wacht über die Einhaltung dieser Normen.

Der Wettbewerb der Wissenschaftler um Erkenntnisfortschritt und Anerkennung durch die wissenschaftliche Gemeinschaft wird durch diese Normen in Bahnen gelenkt, die dafür sorgen, dass das Streben nach Ehre immer an die Leidenschaft für die Wahrheitssuche gebunden bleibt und sich nicht verselbstständigt. Das verlangt die Unterdrückung jeder Vorteilsnahme, die Beteiligung aller am Erkenntnisgewinn. Aus anerkannten Erfolgen darf kein Kapital zu Lasten von Mitbewerbern geschlagen werden. Es gibt mehr oder weniger geehrte Wissenschaftler, aber keine Sieger und Besiegten. Erfolge werden als Erfolge der gesamten wissenschaftlichen Gemeinschaft verallgemeinert und euphemisiert. Diese normative Strukturierung des wissenschaftlichen Wettbewerbs sorgt dafür, dass eine Vielzahl von Wissenschaftlern an vielen Orten an vielen verschiedenen Themen arbei-

ten und so ein sehr großes Potenzial für Erkenntnisfortschritt erhalten bleibt. Sie gewährleistet ein breites Spektrum der Forschung als Basis der Variation und des daraus hervorgehenden Erkenntnisfortschritts.

Der ökonomische Wettbewerb um Geld und Prestige

Der im Zuge der neuen Reformprogrammatik ausgerufenen Wettbewerb ist nun auf dem besten Wege, dieses institutionelle Arrangement des genuin wissenschaftlichen Wettbewerbs zur Erosion zu bringen und die Wissensevolution in engere Bahnen zu lenken. Die neue Reformprogrammatik stülpt dem wissenschaftlichen Wettbewerb einen ökonomischen Wettbewerb um Ressourcen über. Dieser Wettbewerb vollzieht sich allerdings nicht unter idealen Marktbedingungen. Mit dem schrumpfenden Anteil der Grundausrüstung und dem wachsenden Anteil der Drittmittel an den Forschungsgeldern gewinnt die

ökonomische Logik der Akkumulation von Kapital zur Positionierung im Wettbewerb um Forschungsmittel die Oberhand über den wissenschaftlichen Wettbewerb um Erkenntnisfortschritt und Ehre.

In diesem neuen Wettbewerb herrscht keine Uneigennützigkeit. Das generierte Wissen wird nicht von Anfang an mit allen anderen Forschern im Feld geteilt, sondern zu allererst zur Sicherung von Renditen auf dem Wege der Umsetzung von Wissen in Patente genutzt. Wissen ist nicht länger ein allen gleich zugängliches Kollektivgut, sondern ein privates Gut zur Erzielung privater Renditen. In den USA hat der Bayh Dole Act von 1980 diese Umwandlung des Wissens vom Kollektivgut zum Privatgut eingeleitet. Sie ist dann zum Vorbild für entsprechende Reformen in anderen Ländern geworden. Der Bayh Dole Act erlaubt es Universitäten, die Erträge aus Patenten, die aus Forschung mit Bundesmitteln her-



Die Junge Akademie

Die Arbeitsgruppe „Ethik in der Praxis“ der Jungen Akademie an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina lädt zur Tagung

Medizin und Technik. Risikobewusstsein und ethische Verantwortung infolge technologischen Fortschritts

vom 11. bis 13.7.2011 in die Leucorea nach Wittenberg ein.

Aus dem Programm

Zufallsbefundmitteilungen bei MRT-Untersuchungen in epidemiologischen Forschungen – Risikobewusstsein und Lebenswelt

Aufgabe und Grenzen des normativen Expertendiskurses. Ein Reflexion über die Ethikkommission sichere Energieversorgung

Nuclear Power and Degrees of Moral Rightness

Ethische Implikationen der genetischen Forschung in der Psychiatrie

Präimplantationsdiagnostik

Lebensbegriff und Risikoabschätzung.

Zur Debatte um die ethischen Aspekte der synthetischen Biologie.

Risiken moderner Notfall- und Intensivmedizin – verantwortungsvoller Umgang mit irreversibel Bewusstlosen

Personale Identität im Kontext der Tiefen Hirnstimulation

EbM als aktuelle Ausprägung der Medizin als Handlungswissenschaft

Ethik-Kommissionen für die medizinische Forschung – Geschichte, Struktur, Aufgaben
Praktische Ethik in der Medizin

Risiko und Verantwortung als Spannungspole in der chinesischen Bioethik: zum Beispiel genetische Beratung

Genechnische Risiken nach Sloterdijk

Heilung durch geistige Kräfte – eine risikolose Medizin?

Referentinnen und Referenten

Prof. Dr. Heinrich Assel | Prof. Dr. Johann Behrens
Dr. Joachim Boldt | Dr. Ole Döring | Prof. Dr.
Dr. Katharina Domschke | Pia Erdmann M.A. |
PD Dr. Jürgen Helm | Prof. Dr. Dr. Rafaela Hiller-
brand | Dr. Dr. Ralf Jox | Prof. Dr. Martin Peter-
son | Prof. Dr. Regina Radlbeck-Ossmann | Prof.
Dr. Dr. Ortrun Riha | Dr. Maximilian Schochow |
Prof. Dr. Florian Steger | Dr. des. Karsten Witt |
Prof. Dr. H.P. Zenner

Veranstaltungsort

Leucorea, Collegienstraße 62,
06886 Lutherstadt Wittenberg,
Tel. 03491/466100, <http://www.leucorea.de>

Es wird um Anmeldung bei Frau Adam
(Sekretariat Prof. Dr. Florian Steger, Martin-
Luther-Universität Halle-Wittenberg, Medizinische
Fakultät, Institut für Geschichte und Ethik der
Medizin), Tel. 0345/557 3550, E-Mail
nicole.adam@medizin.uni-halle.de gebeten.

vorgegangen sind, allein für sich einzu-
streichen.

Aufwärts- und Abwärtsspirale

An dieser Stelle wird unmittelbar erkennbar, dass sich im Rahmen des neuen Wettbewerbsparadigmas die Rolle der Universitäten maßgeblich verändert hat. Sie werden als Unternehmen begriffen, die untereinander im Wettbewerb um Geld und Prestige stehen. Um in diesem Wettbewerb überleben zu können, müssen sie sich auf dem Wege der zirkulären Akkumulation von ökonomischem und symbolischem Kapital Wettbewerbsvorteile verschaffen, die sie in die Lage der Erzielung von Monopolrenten versetzen. Solche Monopolrenten zeigen sich in Zuwächsen an Geld und Prestige allein aufgrund des schon vorhandenen Vorsprungs in der Kapitalausstattung gegenüber den Konkurrenten.

Als Unternehmen wetteifern Universitäten gar nicht unmittelbar um Erkenntnisfortschritt, sondern um ökonomisches und symbolisches Kapital, das sich in einen zirkulären Akkumulationsprozess bringen lässt. Sie konkurrieren zu diesem Zweck um reputierte Wissenschaftler und um begabte Studierende, um diese zur Steigerung von Prestigegegewinnen und daraus folgenden Geldzuwächsen einzusetzen. Ihr Kapital investieren sie strategisch in schon erkennbar erfolgreiche Wissenschaftler und florierende, messbare Erfolge versprechende Forschungszeige.

Im Endergebnis entziehen die kapitalreicheren Universitäten den kapitalärmeren die besten Wissenschaftler. Sie mehrten damit ihre Wettbewerbsvorteile, während die abgebenden Universitäten weiter geschwächt werden. Der von Robert K. Merton identifizierte Matthäus-Effekt „Wer hat, dem wird gegeben“ wird verstärkt wirksam. Er führt die einen in eine Aufwärtsspirale und die anderen in eine Abwärtsspirale. Hier gibt es Sieger und Besiegte.

Ineffiziente Mittelverteilung

Der neue Wettbewerb führt keineswegs zu einer effizienten Verteilung von Personal- und Sachmitteln. Das lässt sich gut am Handelsblatt-Ranking der im deutschsprachigen Raum forschenden Ökonomen beobachten. Das Ranking basiert auf der Auswertung von 1 200 Fachzeitschriften. Vergleicht man die Liste der 100 sichtbarsten Ökonomen unter 40 Jahren im Zeitraum 2005 bis

2009, die Liste der 100 sichtbarsten Ökonomen jeden Alters in demselben Zeitraum und die Liste der 250 mit ihrem Lebenswerk insgesamt sichtbarsten Ökonomen miteinander, dann fällt insbesondere Folgendes auf: Die Liste der unter 40-jährigen Ökonomen streut

»Der Matthäus-Effekt ›Wer hat, dem wird gegeben‹ wird verstärkt wirksam.«

über nicht weniger als 55 Institutionen, die Liste der 2005 bis 2009 sichtbarsten jeden Alters nur noch über 46 und die Liste nach Lebenswerk nur noch über 33. Interessant ist dabei auch, dass viele in der Lebenswerk-Liste führende Ökonomen in der Liste der aktuell sichtbarsten deutlich zurückfallen oder sogar gar nicht mehr platziert sind.

Mit diesem Prozess der Konzentration von Spitzenkräften mit zunehmendem Alter an den dominanten Standorten geht noch eine wachsende Konzentration der zur Forschung verfügbaren Personal- und Sachmittel einher. Das hat die Tendenz zur Überinvestition an den Spitzenstandorten bei gleichzeitiger Unterinvestition in der breiten Masse zur Folge. Zusammen mit der sinkenden Produktivität der Forscher jenseits des mittleren Alters ergibt sich aus dieser Tendenz insgesamt eine geringere Produktivität pro Personal- und Sachmitteleinsatz im gesamten System als bei einer mittleren Ausstattung aller Standorte nahe am Punkt der Optimalität.

Man sieht daran, dass die Überlagerung des wissenschaftlichen Wettbewerbs um Erkenntnisfortschritt und Ehre durch den ökonomischen Wettbewerb um Geld und Prestige zu einer zunehmend ineffizienten Personal- und Sachmittelverteilung auf Universitäten führt. Das liegt daran, dass dieser Wettbewerb nicht durch Produktivität pro Personal- und Sachmitteleinsatz entschieden wird, sondern durch Größe, nicht durch Effizienz, sondern durch Sichtbarkeit und Distinktion. Er findet auch nicht unter Bedingungen der Offenheit und Chancengleichheit statt, sondern unter Bedingungen der Schließung des Zugangs zu Geld und Prestige.

Wer dem Wettbewerb das Wort redet, sollte sich klarmachen, von welchem Wettbewerb überhaupt die Rede ist und was dieser Wettbewerb genau bewirkt.

PREIS DES
DEUTSCHEN HOCHSCHULVERBANDES:

Hochschullehrer/in des Jahres

Auszeichnungskriterium

Der Deutsche Hochschulverband zeichnet diejenige Hochschullehrerin oder denjenigen Hochschullehrer aus, die oder der durch außergewöhnliches Engagement in herausragender Weise das Ansehen ihres bzw. seines Berufsstandes in der Öffentlichkeit gefördert hat. Es besteht keine Beschränkung, in welcher Art und Weise dies gelungen ist.

Preissumme

10.000,- Euro. Die Preissumme wird nicht zweckgebunden vergeben. Der Preis erhält die freundliche Unterstützung des Zeit-Verlages Gerd Bucerius GmbH & Co. KG.

Wer kann vorgeschlagen werden?

Jede Professorin und jeder Professor, der dienst- oder korporationsrechtlich einer deutschen Hochschule angehört, sowie deutsche Professoren im Ausland. Es kann eine Einzelperson oder eine Gruppe von Hochschullehrern vorgeschlagen werden. Die wissenschaftliche Fachrichtung ist unerheblich. Ohne Belang ist ebenfalls, ob der Vorgeschlagene sich im aktiven Dienst oder im Ruhestand befindet. Selbstbewerbungen sind möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Hochschulverbandes können nicht vorgeschlagen werden.

Vorschlagsfrist

Die Frist zum Vorschlag endet am 30. September 2011.

Unterlagen

Vorschläge bedürfen der Schriftform. Zum Vorschlag gehört der Name des Vorgeschlagenen, die Hochschule, der er angehört, eine Begründung des Vorschlags, die das Verdienst des Vorgeschlagenen skizziert, sowie ggf. aussagefähige Unterlagen über die Leistung des Vorgeschlagenen. Die Unterlagen sind an die Geschäftsstelle des Deutschen Hochschulverbandes zu richten:

Deutscher Hochschulverband, „Hochschullehrer/in des Jahres“, Rheinallee 18, 53173 Bonn.

Auswahl der Preisträger

Die Preisträgerin/den Preisträger wählt das Präsidium des Deutschen Hochschulverbandes aus. Die Jury kann auch eine nicht vorgeschlagene Hochschullehrerin/einen nicht vorgeschlagenen Hochschullehrer prämiieren.

Ansprechpartner und weitere Information

Deutscher Hochschulverband

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Matthias Jaroch | Rheinallee 18 | 53173 Bonn

Telefon: 0228-90266-66

E-Mail: presse@hochschulverband.de

Wettbewerb und Kooperation

Eine evolutionsbiologische Perspektive

| JOSEF H. REICHHOLF | Wettbewerb durchzieht nicht nur das menschliche Leben, sondern findet sich auch bei Tieren und Pflanzen. Gibt es Unterschiede? Welche Rolle kommt dem Wettbewerb als Antriebskraft zu, und wofür ist er wichtig? Wäre Kooperation nicht besser?

Mit Konkurrenz fing unser Leben an. Spermien schwammen um die Wette zur Eizelle. Wir alle sind Kinder von Siegern und tun das auch gleich nach der Geburt lautstark kund, um im weiteren Wettbewerb um Muttermilch und Muttergunst zu bestehen. Kaum fähig, auf eigenen Beinen zu stehen, starten wir Wettläufe, bei denen es nur darum geht, „Erster“ zu werden. In der Schule teilt uns das Notensystem die jeweils er-

»Wettbewerb ist der Antrieb für die Evolution.«

reichten Plätze zu und legt die Anforderungen fest, nach deren Erfüllung die Konkurrenz weiter gehen kann. Sie erstreckt sich alsbald auf Partnerfindung und Berufspositionen. Den gesamten Lebenslauf durchzieht sie. Selbst für jenen seltenen Zustand, in dem es zum „Aussteigen“ kommt, war sie die Voraussetzung. Kooperationen erweisen sich, näher betrachtet, als probate Mittel für ein „schnelleres Vorankommen“ im allgemeinen Wettbewerb. Seilschaften und „Vitamin B“ leisten ihren Beitrag, fördernd oder hemmend. Warnend sprach „Der Herr“ zu Mephistopheles in Goethes Faust (Prolog im Himmel): „Es irrt der Mensch, so lang er strebt!“

Doch das Streben geht unbeirrbar weiter. Ist es also ebenso „menschlich“ wie das Irren? Menschentypisch ohne „natürliches“ Vorbild? Bei den vielen unmenschlichen Zügen, die sich im Wettbewerb äußern, mag sich manche stille Hoffnung auf „die Natur“ richten. Macht sie es besser, und könnten wir sie uns zum Vorbild nehmen? In einer Zeit, in der alles „Natur“ zu sein hat, und „Mutter Natur“ stets die Gute ist, drängt sich diese Frage auf.

Doch schon vor 150 Jahren stellte Darwin das allumfassende Wirken der Konkurrenz in der Natur fest und bediente sich mit dem „Survival of the fittest“ einer knallharten Phrase von Herbert Spencer. Wettbewerb ist der Antrieb für die Evolution. Wer nicht schnell genug ist, dem wird genommen; wer nicht effizient genug lebt, stirbt aus. Und die größten Konkurrenten sind die Artgenossen. Verglichen mit Darwins Sicht, in der es ums Überleben geht, trägt der Wettbewerb in der Menschenwelt geradezu menschliche Züge, zumal wenn ihn gesellschaftliche Normen einschränken. Die Kontrolle wirkt zwar eher selten in der gewünschten Weise, weshalb sich das Leben im Wettbewerb nicht gerade „harmonisch“ gestaltet. Aber immerhin drängt die Gesellschaft die übelsten Auswüchse zurück. Steckt also in der

Kontrolle des Wettbewerbs der Fortschritt, der die Konkurrenz menschlich und sozial verträglich macht? Durchaus, aber mehr aus Notwendigkeit denn aus Menschlichkeit. Das zeigen Kooperationen in der Natur und wie diese zustande kommen.

Kooperationen in der Natur

Unsere nächsten Verwandten, die beiden Arten von Schimpansen, sind uns genetisch recht ähnlich. Zu fast 99 Prozent stimmen unsere Genome mit ihren überein. Sie entwickeln Rangstrukturen, Koalitionen und persönliche Freundschaften. Der Sex spielt dabei stets eine große Rolle. Es gibt Despoten und Underdogs, Konflikte bei der sozialen Fellpflege um die Gunst des Gruppenchefs oder attraktiver Weibchen und überhaupt viel Allzumenschliches in ihrem Leben. Gruppen bekämpfen einander wie im Krieg. Dabei kann die schwächere Gruppe vernichtet werden. Was sich beim Menschen zumindest zeitweise nur verdeckt äußert, tritt bei der menschenäffischen Verwandtschaft offen zutage. Konkurrenz durchsetzt ihr ganzes Leben. „Ritterlicher“ geht es bei Säugetieren wie Hirschen und Böcken zu. Die Männchen liefern sich turnierartige Kämpfe, die selten wirklich verletzen. Die Weibchen wählen Sieger, nicht „Mörder“. Beim Wettbewerb von Löwen um ein Weibchenrudel kann es hingegen auf Leben und Tod gehen; auch für die kleinen Jungen des (besiegten) Vorgängers. In der Vogelwelt äußern sich Wettbewerbe zumeist in zwei Grundformen, nämlich in der Zurschaustellung der Männchen mit Prachtgefieder und Balztänzen oder in Gesängen, mitunter auch in beidem. Die als Symbol des „Friedens“ geltenden Tauben bringen einander jedoch hemmungslos um, wenn keine Flucht-



AUTOR

Josef H. Reichholf ist Zoologe und Evolutionsbiologe. Er war Leiter der Wirbeltierabteilung der Zoologischen Sammlung und Honorarprofessor an der TU München und ist seit Mai 2010 pensioniert und emeritiert.

möglichkeit besteht. Rangordnungen gibt es unter Hühnern, und auf Hühnerhöfen wurden sie entdeckt. Fische werben in stark durchlichtetem Wasser mit plakativen Farben, sogar in „abstrakt“ wirkenden Mustern. Wo immer das Verhalten der Tiere genauer untersucht wird, kommen Phänomene des Wettbewerbs zutage; auch bei Pflanzen. Am heftigsten konkurrieren die Sämlinge beim Aufwachsen. Auf der Fläche, auf der schließlich ein einziger Baum übrig bleibt, keimen mehrere Hunderttausend in den Wettbewerb hinein. Es geht um Licht und, unsichtbar, dafür umso wirkungsvoller, um Wurzelraum mit mineralischen Nährstoffen. Mit „chemischer Kriegsführung“ werden diese monopolisiert. Wettbewerb findet tatsächlich überall statt. Er gehört zu den zentralen Triebkräften der Evolution. Darin lag Darwin ganz richtig mit seiner Deutung. Doch es gibt auch die unterschiedlichsten Formen von Kooperation. In einem durch und durch egoistischen Wettbewerb fällt es nicht leicht, ihr Zustandekommen zu begründen.

Betrachten wir dazu die Konkurrenz etwas genauer.

Konkurrenz und Ressourcen

Sie tritt auf zwischen verschiedenen Arten (inter-spezifisch) und innerhalb derselben (intra-spezifisch) und zwar als „Ausnutzungs-Konkurrenz“ (Exploitation) oder als direkte Verdrängung der

»Der Wettbewerb ist abhängig von den Ressourcen und keine festgelegte Notwendigkeit.«

Schwächeren durch Stärkere (Interferenz). Flinke Kleine können durchaus gegen starke Große gewinnen; ein häufiger Fall in der Natur. Die Gegenreaktionen reichen von loser Kooperation bis hin zu festen Symbiosen. Innerartlich entstehen sie aus Mutter/Eltern-Kinder Beziehungen und „Freundschaften“. Zwischenartlich aus der relativen Wirkung von Vor- und Nachteilen in der Nutzung von Ressourcen. So lange diese reichlich vorhanden sind, herrscht Wettbewerb. Denn es gibt viel zu gewin-

nen. Der Einsatz lohnt. Werden die Ressourcen knapp oder der äußere Druck durch Feinde groß, wird Kooperation lohnender. Gibt es kaum noch nutzbare Überschüsse, setzt sich eine feste, symbiosenartige Zusammenarbeit durch und aus lockeren Partnern wird eine Gemeinschaft. Der Wettbewerb ist abhängig von den Ressourcen und keine festgelegte Notwendigkeit. Deshalb setzt er innerhalb der Arten zuerst ein und verschärft sich, bis Kooperation die bessere Alternative wird. Denn die Artgenossen ähneln einander in der Ressourcennutzung am meisten. Sie weichen, falls möglich, auf eine Sonderung aus; auf eine interne „Niscentrennung“ der Geschlechter zum Beispiel oder auf eine altersabhängig unterschiedliche Umweltnutzung. Die Spezialisierung bringt Vorteile, ganz entsprechend wie wir das von den „Berufen“ kennen. Insofern verteilen sich Wettbewerb und Kooperation auch in der Menschenwelt „ganz natürlich“. Welche Formen in der gegebenen Situation „gut“ oder „schlecht“ sind, lässt sich nicht „von der Natur“ ableiten. Das hat die Gesellschaft festzulegen.

Anzeige



Preisausschreibung 2011 / 2012

Wolfgang-Heilmann-Preis für humane Nutzung der Informationstechnologie

Zum 11. Mal vergibt die Integrata-Stiftung für humane Nutzung der Informationstechnologie ihren Preis, der mit insgesamt € 10.000,- dotiert ist und auf bis zu 3 Preisträger verteilt werden kann. Herausragende Vorschläge zum Computereinsatz, die die Verhältnisse in unserer Informationsgesellschaft nachhaltig zu bessern versprechen, können bis zum 10. Dezember 2011 bei der Integrata-Stiftung, Tübingen, eingereicht werden.

Die Integrata-Stiftung wirbt dafür, die Informationstechnologie nicht nur zur Rationalisierung und Funktionalisierung der Lebens- und Arbeitsprozesse zu nutzen, sondern direkt zur Verbesserung der Lebensqualität möglichst vieler Menschen in allen Regionen der Welt. Sie ist in diesem Sinne „sozial“ orientiert und erst in zweiter Linie technisch. Die Informationstechnologie wird ganz bewusst als Werkzeug gesehen, mit dessen Hilfe es gelingen soll, die Welt im Großen und im Kleinen menschenwürdiger, d.h. humaner zu gestalten.

Die Ausschreibung für die 11. Preisverleihung 2011/2012 steht unter dem Motto:

Mehr Demokratie durch Informationstechnologie

Gesucht sind Beispiele für den Einsatz von Informationstechnologie zur Partizipation der Bürger an der politischen Gestaltung

oder zur Bürgerbeteiligung. Es geht um die Stärkung unserer Demokratie oder des Einflusses auf unsere öffentliche Verwaltung, indem die Bürger mit Hilfe von IT besser informiert und/oder besser eingebunden werden. Dazu gehören neben der Transparenz von politischen Vorgängen selbstverständlich auch die Stärkung einer fundierten Meinungsbildung bei den Bürgern oder die Möglichkeiten zur Abstimmung über politische Vorhaben.

Einsendeschluss: 10. Dezember 2011 um 24:00 Uhr.

Weitere Angaben über die Integrata-Stiftung sowie über die Teilnahmebedingungen finden Sie unter

<http://www.integrata-stiftung.de>

Kein einheitlicher Markt

Chinas Weg zum Kapitalismus

| DORIS FISCHER | Ein Blick auf das wirtschaftlich aufstrebende China macht deutlich, dass sich der Wettbewerb dort anders darstellt als in Europa. Inzwischen zeigt sich, dass manche Regionen „kapitalistischer sind als der Kapitalismus“

Es ist nur etwa dreißig Jahre her, da war das chinesische Wort für „Wettbewerb“ (jingzheng) in China noch ein Tabu-Wort. Dominiert von kollektiven und staatlichen Betrieben spielten freie Märkte und Wettbewerb in der Volksrepublik bis Anfang der 1980er Jahre kaum eine Rolle. Stattdessen wurde von (sozialistischem) „Wettkampf“ („jingsai“) gesprochen. Dieser Begriff stand für ein weniger har-

»Der Wettbewerb zwischen den Unternehmen ist geprägt durch regionalen Standortwettbewerb.«

tes, eher freundschaftlich-sportliches Kräftemessen im Vergleich zum – nach marxistischer Lehre – gnadenlosen Marktwettbewerb im Kapitalismus. In der Praxis bedeutete das, dass Betriebe nicht Konkurs gehen konnten und die Allokation von Ressourcen nach planwirtschaftlichen Kriterien erfolgte. Finanzielle Anreize zur Belohnung von Leistung waren verpönt. Letztlich führte die Ablehnung von marktwirtschaftlichem Wettbewerb zu niedriger Produktivität und Effizienz.

Schon ein Jahrzehnt später scherzte man in China, dass Südchina „kapitalis-

tischer sei als der Kapitalismus“: Das dort aufblühende Modell der Nutzung von billigen Wanderarbeitern für arbeitsintensive Produktionsprozesse basierte auf den Experimentiermöglichkeiten der sogenannten Sonderwirtschaftszonen. Die Erfolge der Sonderwirtschaftszonen ermutigten später vor allem die Küstenprovinzen dazu, das Wirtschaftsmodell zu verbreiten. Exportorientierte Spezialisierung auf ar-

beitsintensive Produktionsschritte, relativ geringe Regulierungsdichte hinsichtlich Umwelt-, Arbeits- und sonstigen Rechtsstandards und damit die drastische Senkung der Produktionskosten: Diese Faktoren trugen und tragen ganz entscheidend zum Wirtschaftserfolg der Volksrepublik in bei.

Heute dürften Unternehmer aus China und dem Ausland unisono attestieren, dass in China in allen Branchen ein heftiger Wettbewerb tobt, und zwar zwischen Regionen, zwischen Unternehmen, aber auch um Arbeitsplätze.

Der Wettbewerb zwischen den Regionen ist vor allem Standortwettbewerb. Die Regionen buhlen zum einen um Investoren (vor allem ausländische), da diese sich als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung erwiesen haben.



Foto: mauritius-images

Hierzu halten sie die Markteintrittsbarrieren für Unternehmen in lokalem oder ausländischem Besitz niedrig. Dies erschwert eine national einheitliche Regulierung ebenso wie die Umsetzung von Gesetzen oder Industriepolitik auf regionaler bzw. lokaler Ebene. Zugleich sind die Marktaustrittsbarrieren tendenziell hoch, da die Lokalregierungen öffentliche Ausschreibungen, aber auch ihren Zugriff auf den Finanzsektor und ihre Beteiligung an Unternehmen nutzen, um lokal ansässige Unternehmen zu schützen. Darüber hinaus buhlen die

AUTORIN

Dr. Doris Fischer ist Ökonomin und Sinologin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Sie leitet zwei internationale Forschungsprojekte des Instituts im Themencluster „Sustainability-oriented innovation systems“



Provinzen gegenüber der Zentralregierung um Privilegien hinsichtlich der Liberalisierung bestimmter Sektoren und der Durchführung von wirtschaftspolitischen Experimenten. Beides dient potentiell dem Standortwettbewerb, ist häufig aber auch mit finanzieller Unterstützung durch die Zentralregierung verbunden. Im Ergebnis ist der chinesische Markt daher kein einheitlicher Markt. Vielmehr unterscheidet sich die Wirtschaftspolitik der Provinzen stark voneinander und der Waren- und Kapi-

staatlichen Eigentums an Unternehmen. Die Privatisierung von Staatsunternehmen setzte in größerem Maßstab erst in der Mitte der 1990er Jahre ein,

»Ein effektiver Schutz geistiger Eigentumsrechte ist immer noch schwer umsetzbar.«

als entschieden wurde, staatliches Eigentum an Unternehmen auf wichtige Sektoren und Unternehmen zu konzentrieren. Bis dahin war die Entwicklung der Privatwirtschaft ausschließlich ‚von unten‘, also durch die Neugründung

Industrieunternehmen und versucht, Industriestrukturpolitik zu betreiben. Private und kleinere Unternehmen fühlen sich in diesem Wettbewerb, zum Beispiel bei öffentlichen Ausschreibungen, deutlich benachteiligt.

Die Wettbewerbsordnung im Sinne von Wettbewerbsgesetzen, also von Spielregeln für den Wettbewerb, hinkt der realen Entwicklung der Märkte und Wettbewerbsverzerrungen tendenziell hinterher. Ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb wurde 1993 verabschiedet, ein Anti-Monopolgesetz erst 2008. Für eine konsequente, landesweite Anwendung dieser Gesetze mangelt es aber an Aufsichtskapazitäten und transparenten Regeln für den Umgang zum Beispiel mit Interessenkonflikten des Staates bei wettbewerbsbeschränkendem Verhalten der großen Unternehmen in mehrheitlich staatlichem Eigentum. Ein effektiver Schutz geistiger Eigentumsrechte, der ein wichtiger Bestandteil einer effizienten Wettbewerbsordnung wäre, ist heute zwar von der Zentralregierung erwünscht, erweist sich aber immer noch als schwer umsetzbar.

Exzessiver Preiswettbewerb mit Folgen

So prägen zwei Phänomene seit Jahren die chinesische Marktsituation: Zum einen ein Zyklus von Liberalisierung zu ruinösem Wettbewerb. Sobald eine Branche für private Investoren geöffnet wird, stürzen sich Unternehmen aus dem In- und Ausland auf diesen Sektor, gefördert noch durch den erwähnten Standortwettbewerb der Regionen. In kurzer Zeit werden große Produktionskapazitäten aufgebaut, schneller als die Absatzmärkte mitwachsen können. Es entsteht heftiger Wettbewerb, der jedoch aufgrund der hohen Marktaustrittsbarrieren nicht zu einer Marktberreinigung führt, sondern zu einem exzessiven Preiswettbewerb und zu einer Duldung von unlauteren Praktiken bzw. lockerer Auslegung von (potenziell kostenintensiven) Sicherheits-, Umwelt- oder Lohnstandards seitens der Lokalregierungen. Zweitens: Trotz aller Bemühungen der chinesischen Regierung, die Innovationstätigkeit im Inland zu stärken, bietet der Markt noch immer wenig Anreize, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Das Risiko, dass die Kombination von geringem Schutz der geistigen Eigentumsrechte und ruinösem Preiswettbewerb Investitionen in Innovationstätigkeit unrentabel macht, ist einfach zu groß.



talfluss zwischen den Provinzen wird zum Teil erheblich behindert. Unternehmen, die in einer chinesischen Region erfolgreich sind, können nicht davon ausgehen, dass sie ihren Erfolg einfach auf andere Regionen ausdehnen können.

Regional und wenig transparent

Der Wettbewerb zwischen den Unternehmen ist geprägt durch diesen regionalen Standortwettbewerb und durch eine nach wie vor große Bedeutung

Shanghai, Nanking Street

von Unternehmen und ausländische Investitionen geprägt. Heute sind auch die meisten Unternehmen, die sich mehrheitlich in staatlichem Besitz befinden, Kapitalgesellschaften und häufig an der Börse notiert. Der faktische Einfluss der nationalen oder lokalen Regierungen auf diese Unternehmen ist nicht sehr transparent. In Branchen, die als strategisch definiert sind, zeigt die chinesische Regierung aber immer wieder eine klare Präferenz für die Schaffung großer

„Der Elfenbeinturm ist geschliffen“

Ein Gespräch über Politik und Wissenschaft

| PETER FRANKENBERG | Als Hochschullehrer, Rektor und Wissenschaftsminister hat Peter Frankenberg verschiedene Perspektiven eingenommen. Wie stehen aus seiner Sicht Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zueinander? Wo gibt und gab es Konflikte? Fragen und Antworten.

Forschung & Lehre: Sie haben eine „Reakademisierung der Bachelorstudiengänge“ gefordert. Wer hat womit der Universität das Akademische ausgetrieben?

Peter Frankenberg: Man muss die Bachelor-Studiengänge hochschulartenspezifisch differenzieren. Für die Universität heißt „Reakademisierung“ – soweit notwendig – genügend fachliche Breite, genügend „Freiraum / Wahlmöglichkeiten“ im Studium und für mich auch neben den studienbegleitenden Prüfungen, eine Abschlussprüfung. Damit sollen die Studierenden Gesamtzusammenhänge eines Faches darlegen und damit verinnerlicht haben.



Peter Frankenberg ist Univ.-Professor für Geographie, war 1994-2001 Rektor der Universität Mannheim, 2001 bis 2011 Wissenschaftsminister des Landes Baden-Württemberg. Seit 2011 ist er Vorsitzender der Heinrich-Vetter-Stiftung.

„Employability“ heißt nicht Studium auf einen bestimmten Beruf hin, sondern Erwerbung wissenschaftlicher Fähigkeiten und von Wissen, mit denen akademischen Anforderungen im Beruf genügt werden kann. „Berufsbefähigung“ muss für Absolventen von Fachhochschulen oder dualen Hochschulen eine andere Bedeutung haben als für Universitätsabsolventen. Die jeweiligen Stärken der einzelnen Hochschularten sollen nicht verwischt werden. Die Fachhochschulen (Hochschulen für angewandte Wissenschaften) des Landes haben ein ohnehin strukturiertes Studium auf ein in der Regel 7-semesteriges BA-Studium umgestellt. Diese Umstellung kann man als generell gut gelungen bezeichnen. In der Lehrerbildung hat Baden-Württemberg die BA/MA Struktur noch nicht umgesetzt, denn dazu wäre Polyvalenz des BA-Abschlusses wesentlich.

F&L: Wie stellen Sie sich den Wiedereinzug des Akademischen in das Studium konkret vor?

Peter Frankenberg: Dazu gibt es gerade von baden-württembergischen Universitäten gute Ansätze/Beispiele, etwa die Einführung eines breiteren Eingangsstudiums (College-Phase), die Möglichkeit, ein Jahr „freien“ Studiums einzuplanen oder die generelle Konzeption eines 4-jährigen BA-Studiums. Generell wird dies an Universitäten eher zu einem 4-Jahres-Bachelor führen. Diese Modelle bedürfen zu ihrer Implementierung aber der Aufhebung der strikten 5-Jahres-Obergrenze der KMK-Vereinbarungen.

Zudem sollte generell mehr Wert auf den eigentlichen Studienerfolg, d.h. z.B. auf eine Verringerung der Abbrecherquote, gelegt werden als auf die Einhaltung von Formalien.

Generell sollte ein „Studium unterschiedlicher Geschwindigkeit“ möglich gemacht werden. Studium muss immer auch eine individuell mitgestaltete Angelegenheit sein.

F&L: Warum haben Sie dies erst zum Ende Ihrer Amtszeit gefordert? War die Entakademisierung bei Einführung eines studentischen Workloads mit 40-Stunden-Woche und bei Lektüre eines Modulhandbuches bereits vorgezeichnet?

Peter Frankenberg: Seit mehreren Jahren hatte mein Ministerium fortlaufend mit den Universitäten an einer Verbesserung der Bachelorstruktur gearbeitet. Dies ist erst mit den „Studentenstreiks“ publik geworden. In den letzten zwei Jahren sind wir die bestehenden Probleme dann sehr systematisch angegangen, in einem großen Kongress und folgenden „Workshops“. Dabei sind unter sehr konstruktiver Beteiligung der Studierenden alle Probleme diskutiert und Lösungsmöglichkeiten empfohlen worden: Breite des Studiums, Prüfungsdichte, „freie Module“, Übergang Bachelor-Master, Wechselmöglichkeiten und die Internationalisierung.

Zudem sollte eine wesentliche Stärke des BA/MA-Systems stärker entwickelt werden, nämlich die berufsbegleitenden Masterstudiengänge bzw. Masterstudium nach einer Berufsphase. So macht etwa gegenüber einem MBA ein konsekutiver Master in BWL weniger Sinn.

F&L: Ihre Nachfolgerin im Amt in Baden-Württemberg will die Studiengebüh-

ren wie auch die von Ihnen eingeführten Aufsichtsräte wieder abschaffen. Einsicht in das Unvermeidbare oder nur Rückschritte?

Peter Frankenberg: Die Studiengebühren waren inzwischen weitgehend akzeptiert und hatten sehr positive Auswirkung gerade auf die Verbesserung der Lehre, sei es durch Personal oder Ausstattung. Zudem haben sie zu einer wirklich engagierten Mitwirkung der Studierenden bei der Verwendung der Gelder geführt.

»Die Universitätsräte halte ich nach wie vor für eine unabdingbare innerhochschulische Einrichtung.«

Die Aufsichtsräte (Universitätsräte) halte ich nach wie vor für eine unabdingbare innerhochschulische Einrichtung angesichts weitgehender Hochschulautonomie. Sie haben sich in Baden-Württemberg sehr bewährt. Die Mitglieder aus Unternehmen oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen sind hoch engagiert. Eine Umwandlung der Aufsichtsräte in ein beratendes Gremium wird zum Ausscheiden sehr vieler kompetenter externer Mitglieder führen und das Verhältnis Hochschule/Wirtschaft/Gesellschaft verschlechtern und damit die Hochschulen wieder eher in den Elfenbeinturm führen.

F&L: Ein großes Projekt Ihrer Amtszeit war das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), eine Verbindung der Technischen Universität und des Forschungszentrums Karlsruhe. Ist dies auch langfristig finanziell zu sichern?

Peter Frankenberg: Eindeutig Ja, zudem ist das KIT für mich wie auch für Frau Kollegin Schavan ein Musterfall. Meines Erachtens muss es in Kooperation Länder/Bund zu einem System gemeinsam verantworteter technischer Hochschulen/Forschungszentren kommen, das etwa mit der schweizerischen ETH vergleichbar ist. Die Vorteile der Gründung des KIT liegen auf beiden Seiten: die „alte“ Universität hat großartige Forschungsinfrastruktur dazu gewonnen. Dies zahlt sich nun bei Berufungen aus. Das ehemalige Forschungszentrum hat die Verbindung zum stets neuen, frischen Geist der Universität gewonnen.

KIT wird international sehr beachtet, worauf sich Kooperationen gründen, die sonst nicht möglich gewesen wären., so mit Ivy-league Universitäten.

F&L: Wie stehen Sie zur parteiübergreifenden Kehrtwende in der nationalen Energiepolitik?

Peter Frankenberg: Ich habe Kernenergie aus „Klimaschutzgründen“ gleichsam von meiner Herkunft als Wissenschaftler her, immer im Sinne einer Brückentechnologie, für notwendig gehalten, bis regenerative Energien sie ersetzen können – bei entsprechender Versorgungssicherheit bzw. Kosten. Es hat in der Energiepolitik zu viele Kehrtwendungen gegeben. Im Nachhinein stellt sich der „rot-grüne“ Ausstiegskompromiss als eine gar nicht so schlechte Lösung dar. Große Nationen wie China und Indien würden ohne Kernkraft ihre Stromenergie nicht erzeugen können. Das deutsche Modell wird sich daran messen lassen müssen, wie schnell Technologiesprünge zu regenerativen Energien gelingen und wie schnell dies auch zu vertretbaren Stromkosten geschieht. Dabei spielt die Entwicklung von Speichertechnologien und „smart grids“ eine entscheidende Rolle.

F&L: In Ihrer Amtszeit sind gleich vier baden-württembergische Universitäten (Freiburg, Heidelberg, Konstanz und Karlsruhe) zu Exzellenzuniversitäten geworden. Warum diese Spitzenstellung unter allen Bundesländern?

»Gerade in W2 sind die Grundgehälter zu niedrig.«

Peter Frankenberg: In erster Linie ist dies eine Leistung der Universitäten und ihrer Wissenschaftler. Wir haben im Land für eine langfristig verlässliche Finanzierung (Solidarpakte/Studiengebühren/Sondermittel für exzellente Berufungen) gesorgt und für eine wettbewerbsorientierte „Governance – Struktur“. Die Universitätsräte haben dabei eine sehr positive Rolle gespielt. Wesentlich war auch eine über Jahrzehnte qualitätsorientierte, verlässliche und kontinuierlich die Universitäten weiterentwickelnde Wissenschaftspolitik hin zur autonomen unternehmerischen Hochschu-

le (Unternehmerisch im Sinne einer wissenschaftlichen, nicht ökonomischen Wertschöpfung). Entscheidend für die Qualität von Hochschulen sind erstrangige Berufungen und gute Studierende. Die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen haben wir als Land – soweit rechtlich möglich – so weit entwickelt wie kein anderes Bundesland

F&L: Gemessen an der Exzellenzinitiative sind Sie der erfolgreichste Wissenschaftsminister der Nachkriegsgeschichte. Was ist Ihnen gleichwohl misslungen?

Peter Frankenberg: Das können eher die damalige Opposition oder meine Frau besser beantworten. Ich selber sehe Dinge, die ich nicht erreicht habe, etwa die Umwandlung der Pädagogischen Hochschulen des Landes in ein System (state system) einer bildungswissenschaftlichen Universität. Nicht gelungen ist die Föderalismusreform, weil ihr keine Finanzreform folgte. Wir werden daher eine forschungsstarke Universitätslandschaft in Deutschland nur in gemeinsamer Verantwortung von Ländern und Bund erhalten bzw. ausbauen können. Der Exzellenzinitiative muss eine solche institutionalisierte Kooperation folgen. Bedauerlich ist, dass das System des NC nicht hat überwunden werden können. Es schadet m.E. der Schule, weil mit dem Ziel von „Zehntelnoten“ Fächer gewählt und Schule absolviert werden. Es schadet der Hochschule, weil es zu sachfremden Studienwahl-Entscheidungen führt. Hier hätte ich gerne Durchbrüche erzielt!

Eine wirklich politische Niederlage war, die Einführung der W-Besoldung in ihrer Form nicht verhindert haben zu können. Im Bundesrat fehlten uns dazu die Stimmen eines Landes. Gerade in W2 sind die Grundgehälter zu niedrig. Dies erschwert, etwa Bewerber aus der Wirtschaft gerade für die Fachhochschulen zu gewinnen. Zudem würde die Altersversorgung letztlich deutlich verschlechtert.

F&L: Sie sind Hochschullehrer, Rektor und Minister gewesen und kennen die dazugehörigen Perspektiven. Welche Erkenntnisse ziehen Sie aus der Gesamtschau?

Peter Frankenberg: Für mich war mein gesamter Weg einer, in dem ich mich auch als Politiker der Wissenschaft weiter verpflichtet gefühlt und mich inso-

fern nie als Parteipolitiker verstanden habe. Der Reiz meiner Ämterfolge war der stets notwendige Perspektivwechsel, vom Lehrstuhl auf die Fakultät (Dekan), dann die Universität, dann als Vizepräsident der HRK auf die Hochschulen insgesamt und dann die Sicht auf das System Wissenschaft/Gesellschaft/Wirtschaft des Landes. Der Wechsel in die Politik hat mir viele wertvolle menschliche Begegnungen gebracht, gerade auch mit Parlamentariern und Kabinettskollegen, Menschen aus ganz anderen Bereichen. Insofern habe ich einen mich sehr bereichernden Berufsweg erfahren dürfen und bin heute noch Ministerpräsident Teufel dankbar, mir diese Möglichkeit gegeben zu haben.

F&L: Wo sehen Sie das deutsche Wissenschaftssystem in zehn Jahren?

Peter Frankenberg: Es kommt darauf an, was nach der Exzellenzinitiative kommt, wie die Kooperation Bund-Länder dann aussieht, wie sich die Forschungseinrichtungen weiter entwickeln und ob wir Universitäten weiterhin als Stätten von Forschung und Lehre (in dieser Reihenfolge!) sehen. In gemeinsamer Verantwortung; mit mehr Mitteln (und dies schließt Studiengebühren ein) und besserer Verzahnung außeruniversitärer und universitärer Forschung werden wir über einige Spitzenuniversitäten verfügen, bei einem auch im Mittel sehr guten Hochschulsystem (anders als in

»In der Forschung ist die Ausrichtung auf ›Verwertbarkeit‹ langfristig verheerend.«

den USA). Die Großforschungseinrichtungen sollten ihre gegebenen Spitzenstellungen behaupten können. Sie brauchen dazu aber leistungsfähige Universitäten. Ohne Beteiligung des Bundes und insgesamt deutlich mehr Finanzmitteln wird es jedoch keine Spitzenuniversitäten geben. Spitzenuniversität muss zudem auch bessere Betreuungsrelationen bedeuten.

F&L: Wie beurteilen Sie den Weg des Hochschulsystems in Großbritannien?

Peter Frankenberg: Ich kenne es sehr gut. Die Haushaltskürzungen werden alle, außer „Oxbridge“, hart treffen. Der Weg in ein einheitliches System war

falsch. Nur differenzierte Systeme sind den unterschiedlichen Anforderungen angemessen. Gerade die Absolventen der „new universities“ haben Akzeptanzprobleme auf dem Arbeitsmarkt.

In der Forschung ist die Ausrichtung auf „Verwertbarkeit“ langfristig verheerend. Anwendungsorientierte Forschung verkümmert ohne den Nährboden der Grundlagenforschung.

F&L: Haben die deutschen Hochschulen ein Problem mit der Qualitätssicherung?

»Das gegenwärtige Akkreditierungssystem ist weder auf Dauer praktikabel noch zielführend.«

Peter Frankenberg: Das gegenwärtige Akkreditierungssystem ist weder auf Dauer praktikabel noch zielführend. Daher sollte an seine Stelle die Akkreditierung von Qualitätssicherungssystemen der Hochschule treten. Andererseits heißt Autonomie auch Rechenschaft. Daher sollten die Länder, aufbauend auf diesen Qualitätssicherungssystemen Berichtswesen einführen, die für den „Geldgeber“ die Möglichkeit geben, bei Qualitätsmängeln in Lehre/Forschung/Entwicklung etc. auf Abhilfe zu drängen. Das interne System der Qualitätssicherung ist dazu für die Aufgaben der Hochschulräte unabdingbar.

F&L: Ethik der Wissenschaft ist ein aktuelles, wichtiges Thema. Ist die Unparteilichkeit von Wissenschaft, die Suche nach Wahrheit in ernster Gefahr?

Peter Frankenberg: Diese Gefahr wächst, je mehr die Wissenschaft unmittelbar für die Gesellschaft relevant ist. Die Suche nach Wahrheit kann von Ehrgeiz, Mittelgebern oder schlicht „publish or perish“ gefährdet sein. Dies kann letztlich nur die in sich und an sich kritische Wissenschaft weitgehend verhindern. Die Öffentlichkeit muss wissenschaftliches Fehlverhalten konsequent verurteilen. Es sind keine Kavaliersdelikte, selbst wenn sie von Kavaliern begangen werden, sondern es zerstört das Vertrauen in die Wissenschaft als Suche nach Wahrheit.

F&L: Die Stuttgarter Zeitung bezeichnete Sie jüngst als „Reformer mit trockenem Humor“, der Tagesspiegel als „konservativen Reformer“. Erkennen Sie sich darin wieder?

Peter Frankenberg: Durchaus: Konservativ als jemand, der Bewährtes bewahrt. Reformer im Sinne „universitas semper reformanda“ und Humor, der mich selbst einbezieht: Nur wer sich selbst nicht zu wichtig nimmt, ist wirklich wichtig!

F&L: Sie sind ein Grenzgänger zwischen Politik und Wissenschaft. Wie fällt Ihr Urteil aus: Ist die Wissenschaft in der Gesellschaft aufgewungen, integriert, gewollt und geachtet? Oder bleibt ein Teil des Elfenbeinturms stehen?

Peter Frankenberg: Ich bin überzeugt: Der Elfenbeinturm ist geschliffen. Für eine „knowledge based economy“ und daher auch „society“ ist Wissenschaft lebensnotwendig, und daher ist sie in der Mitte der Gesellschaft angekommen. In einer Gesellschaft, in der mehr als 40 Prozent eines Jahrgangs die Hochschulzugangsberechtigung erwerben, ist Wissenschaft ganz anders verankert als zu Zeiten, in denen sie Privileg einer kleinen Minderheit war.

F&L: Was haben Sie über Politik in Ihrer zehnjährigen Amtszeit gelernt? Was hat Sie positiv oder negativ überrascht?

Peter Frankenberg: Positiv: Ich habe viel Verlässlichkeit, Vertrauen, ja Freundschaft erfahren dürfen. Mein Fazit für Externe: Politik ist besser als ihr Ruf. Negative Erfahrungen, die sich oder mich niedergeschlagen hätten, habe ich als geborener Rheinländer nicht erfahren oder schlicht übersehen. Ich glaube, dass für die Akzeptanz von Politik in der Gesellschaft Politik sich mehr öffnen muss für „Seiteneinsteiger“, wie ich es erfahren durfte, aber dass es dazu auch der Bereitschaft bedarf, in die Politik „einzusteigen“. An beidem mangelt es derzeit.

IN FORSCHUNG UND LEHRE PROFESSIONELL AGIEREN

STIMMEN ZUM BUCH

„Das vorliegende Buch eröffnet thematisches Neuland. Es fasst profunde Kenntnisse und Erfahrungen in der Forschungsorganisation zusammen und bringt hilfreiche Botschaften auf den Punkt.“

PROF. DR. WOLFGANG A. HERRMANN,
PRÄSIDENT DER TU MÜNCHEN

„Daher kann ich dieses Buch jeder ambitionierten Führungskraft in Forschungseinrichtungen zur regelmäßigen Nutzung empfehlen.“

PROF. DR. HANS-JÖRG BULLINGER,
PRÄSIDENT DER FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT

„Durch den kurzweiligen Schreibstil macht es zudem Spaß, sich der Welt des Forschungsmanagements zu nähern. Das Buch ist eine praktische Hilfe für die Arbeit jeder Forschungs- und Entwicklungsabteilung.“

PETER ZÜRN, SPRECHER DER KONZERNFÜHRUNG
DER WÜRTH-GRUPPE



Gebunden, 100 Abb., 844 Seiten,
79,- € (D) inkl. Porto; für Mitglieder
des DHV zum Sonderpreis von 70,00 €
inkl. Porto. ISBN: 978-3-924066-97-0

INHALT UND AUTOREN

Ihr Arbeitsbereich funktioniert, doch Sie hegen die stille Hoffnung, dass noch mehr Professionalität mit weniger Aufwand möglich wäre? Hilfsmittel sind gefragt! Im vorliegenden Buch finden Sie in komprimierter Form eine Übersicht und Struktur Ihrer alltäglichen Abläufe und Aufgaben zur Optimierung einer Forschungs- und Lehreinheit. Einfach nachschlagen und schnell wissen, worauf es ankommt!

Als Leiter eines Lehrstuhls oder einer F&E-Abteilung haben Sie einen unglaublich vielfältigen Beruf und die Anforderungen an Sie sind hoch – Sie sollen eine zukunftsorientierte Forschung etablieren, die sich auf dem internationalen Parkett bewähren kann, Drittmittel akquirieren und entsprechende Forschungsprojekte koordinieren, Mitarbeiter fördern und ihnen ein kompetenter Ansprechpartner sein, Konferenzen besuchen oder gar veranstalten, Gremien bekleiden, Dissertationen betreuen, der alltäglichen Informationsflut mit einem überlegenen Arbeits- und Selbstmanagement entgegentreten und im Falle einer Professur schließlich auch noch eine Lehre sicherstellen, die sich anspruchsvoll in den Hochschulrankings beweisen kann – und all das mit einer Stringenz/Ausrichtung, die eine aktiv verfolgte Vision in Ihrem Lehrstuhlgeschehen erkennen lässt. Das vorliegende Handbuch adressiert unter anderem diese Themen und zeigt Ihnen mit vielerlei in der Praxis bewährten Checklisten, Vorlagen, Leitfäden und Beispielen auf, wie Sie souverän, kompetent, professionell und zufriedenstellend mit den an Sie gerichteten Anforderungen umgehen und zudem Ihre ganz persönlichen Lehrstuhlziele verwirklichen können.

Wer schreibt ein Buch über professionelles Agieren in Forschung und Lehre? Zwei Betroffene: Prof. Dr. Lioba Werth und Prof. Dr. Klaus Sedlbauer, beide Lehrstuhlinhaber an verschiedenen Universitäten, in völlig unterschiedlichen Fachbereichen. Lioba Werth ist habilitierte Diplom-Psychologin, hat an der TU Chemnitz den Lehrstuhl für Wirtschafts-, Organisations- und Sozialpsychologie inne und leitet ein Unternehmen für Beratung, Coaching und Training (auch im wissenschaftlichen Bereich). Klaus Sedlbauer studierte Physik, promovierte in Bau- und Umweltingenieurwissenschaften, hat den Lehrstuhl für Bauphysik an der Universität Stuttgart inne und leitet das Fraunhofer-Institut für Bauphysik. In seinem Ingenieurbüro und seiner Firma beschäftigt er sich mit Aufgaben aus der Baupraxis. Beide sind in ihren Forschungseinrichtungen tagtäglich mit Fragen des Managements diverser Aufgaben befasst und stellen Ihnen mit diesem Buch ihren didaktisch wertvoll aufbereiteten und ausgeweiteten Wissens- und Erfahrungsschatz zur Verfügung.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

Deutscher Hochschulverband
Rheinallee 18-20, 53173 Bonn
oder per E-Mail:
dhv@hochschulverband.de
oder per Fax: 0228-90 266 80

**DEUTSCHER
HOCHSCHUL
VERBAND**

Köpfe die Wissen schaffen

Für den Atomausstieg

Über ein Memorandum von Wissenschaftlern

| WOLF SCHLUCHTER | **Die Reaktorkatastrophe in Fukushima hat in Deutschland zu der Entscheidung geführt, die Kraftwerke stufenweise abzuschalten und den Ausbau der regenerativen Energien voranzutreiben. Frühzeitig meldeten sich auch Wissenschaftler öffentlich zu Wort, um ihre atomkritische Sicht kundzutun. Über den Werdegang einer politisch-motivierten Stellungnahme.**

Dass sich Wissenschaftler explizit und gemeinschaftlich politisch äußern, ist in der Bundesrepublik eher unüblich. Doch vor dem Hintergrund der Reaktorkatastrophe in Fukushima erschien gerade dies möglich und nötig.

Eine kurze Nachfrage bei Kollegen zeigte Anfang April an der BTU Cottbus,

»Die Dynamik der Unterzeichnung und Verbreitung des Memorandums überraschte uns selbst.«

dass die Bereitschaft für ein Memorandum gegen die Nutzung der Kernenergie relativ groß war. Unter dem Titel „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für den Atomausstieg“ fanden sich zunächst zehn Professoren, um einen Text zu entwickeln und zu verbreiten. Der Abstimmungsprozess verlief verhältnismäßig schnell und so lag ein Memorandum vor, welches an uns bekannte Kollegen versandt wurde. Das Besondere an diesem Memorandum war gerade, dass es sich nicht nur um eine politische Forderung handelt, sondern dass in dem Text auch die eigene Bereitschaft erklärt wurde, sich den Herausforderungen in

der Energiepolitik zu stellen und den Prozess aktiv zu begleiten.

Mit Absicht wurden nur Professoren sowie Habilitierte angesprochen, weil Stimmen aus diesem Personenkreis im öffentlichen und politischen Diskurs besondere Bedeutung haben. Wir waren der Auffassung, dass Wissenschaftler in Forschung und Lehre als Multiplikatoren von Wissen und Erfahrung auftreten und dies in so gravierenden Fragen wie der Atomenergie auch zum Ausdruck bringen sollten. Wir nahmen an, dass die „Wissenschaft“

nicht a priori für die Unterstützung der Atomindustrie eintritt und dass es hierzu sehr unterschiedliche Sichtweisen gibt. Der atomkritischen Sichtweise wollten wir eine Stimme geben.

Sehr schnell schlossen sich zahlreiche Persönlichkeiten aus der Wissenschaft dem Memorandum an. Es zeigte sich der inzwischen bekannte „Schneeballeffekt“ des Internets, wenn es um die Unterstützung kollektiver Meinungsäußerungen geht. Es handelt sich dabei um eine Form politischer und gesellschaftlicher Willensbildung und -bekundung, die in den Bereich partizipativer Demokratie hinein führt.

Die Dynamik der Unterzeichnung und der Verbreitung des Memorandums überraschte uns selbst. Sie war so groß, dass wir das Memorandum bereits nach zwei Wochen, und zwar am 20. April, in einer Pressekonferenz vorstellten und im Bundeskanzleramt, bei guter Medienbeteiligung, abgaben. In der Unterschriftenliste „outeten“ sich zu diesem Zeitpunkt mehr als 1 200 Persönlichkeiten aus der Wissenschaft namentlich gegen die Nutzung der Atomenergie, darunter rund 900 Professoren. Eine Reaktion aus der Regierung gab es nie.

Daraufhin haben wir uns entschlossen, das Memorandum in einer namhaften Zeitung zu veröffentlichen, was durch zahlreiche Spenden ermöglicht wurde.

Inhalt des Memorandums

Die wichtigsten Aussagen des Memorandums lauten:

„Unser Mitgefühl gilt den Opfern der Katastrophe in Japan, den Hinterbliebenen, den Verletzten, den Verstrahlten, den Vertriebenen, den Heimatlosen. Über sie sind gleich zwei Katastrophen hereingebrochen. Eine natürliche, der Tsunami und das Erdbeben, und eine kulturelle, der atomare Unfall.“

Es erweist sich, dass Menschen nur Teil der Natur sind, nicht die Naturbeherrscher. Es zeigt sich auch, dass die Menschen hochkomplexe und vielfältige Technologien entwickeln können, sie dann aber im Zweifelsfall nicht vollständig beherrschen.

– Die katastrophalen Vorgänge um die japanischen Kernkraftwerke Fukushima machen deutlich, dass es beim Betrieb von Kernkraftwerken so etwas wie ein akzeptables Restrisiko nicht gibt. Auch wenn in Westeuropa Erdbeben in solcher Stärke, wie sie die Ha-



AUTOR

Professor **Wolf Schluchter** hat den Lehrstuhl für sozialwissenschaftliche Umweltfragen an der BTU Cottbus inne und ist einer der Initiatoren der Online-Erklärung „Wissenschaft für Atomausstieg“

varien in Fukushima auslösten, eher unwahrscheinlich sind, können die gleichen technischen Auslegungen zu den gleichen Katastrophen führen...

- Es ist bei deutschen Kernkraftwerken nicht ausgeschlossen, dass sie einem Flugzeugabsturz oder Terrorangriffen ausgesetzt sind...
- Technische Defekte sind bei großen Industrieanlagen umso weniger auszuschließen, je komplexer sie sind... Die japanische Industriekultur ist mindestens so hochentwickelt wie die der Bundesrepublik Deutschland. Dass die Kernenergie-technik in der Bundesrepublik besser beherrschbar sei, ist eine Schutzbehauptung, die immer wieder von interessierter Seite wiederholt (wird)...
- Bei Unfällen in kerntechnischen Anlagen, insbesondere bei einem Super-GAU mit Kernschmelze, treten überall die gleichen Effekte auf wie in Japan. Die Umgebung wird radioaktiv verseucht, eine ungewisse Zahl toter und kranker Menschen sowie ungeheure materielle Schäden sind die Folge.
- Die kaum seriös abschätzbaren Kos-

ten einer Kernkraftwerkshavarie können eine Volkswirtschaft schwer schädigen, insbesondere dann, wenn ein Land so dicht besiedelt ist wie Deutschland. Dabei sind nichtmonetarisierbare Kosten wie Tod, Leid,

»Nirgendwo ist der Ausstieg aus der Kernenergie soweit vorbereitet wie bei uns.«

Trauer, Krankheit und – wie Tschernobyl gezeigt hat – eine Demoralisierung der Gesellschaft noch gar nicht berücksichtigt. Solche Ereignisse können Gesellschaften zerstören und machen zivilgesellschaftliche und demokratische Errungenschaften zunichte.“

Es folgt die Forderung nach schnellstmöglichem Ausstieg aus der Kernenergie und nach Anstrengungen, das Problem der Entsorgung zu lösen, gefolgt von dem Hinweis auf eine Alternative.

„Der allgemein geforderte Umstieg auf erneuerbare Energien ist nicht leicht. Er ist aber schneller machbar, als es von interessierter Seite immer wieder

behauptet wird. Nirgendwo ist der Ausstieg aus der Kernenergie soweit vorbereitet wie bei uns. Es kommt uns daher zu, praktische Lösungen für eine moderne, zukunftsfähige Energieversorgung zu entwickeln. Der Wissenschafts- und Technologiestandort Deutschland würde damit wieder an der Weltspitze stehen. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind wir bereit, unseren Beitrag zu leisten...

Wir fordern die Regierung und die Volksvertreterinnen und Volksvertreter auf, umgehend langfristig belastbare Entscheidungen für das schnelle Ende der Kernenergie zu treffen. Gegenüber partikulären, überwiegend wirtschaftlichen Interessen muss der Schutz der Bürgerinnen und Bürger absolute Priorität für staatliches Handeln haben.“

Das vollständige Memorandum und die Unterschriftenliste können eingesehen werden unter www.wissenschaft-fuer-atomausstieg.de.

An dem Beitrag wirkten mit: Daniel Häfner, BA, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Conrad Kunze, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dr. Ing. Jörg Becker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Anzeige

ÜBERSETZUNGS-SERVICE FÜR WISSENSCHAFTLER

DHV 
Deutsch-englischer Textservice

Der Deutsche Hochschulverband (DHV) bietet in Zusammenarbeit mit Professor Dr. phil. Dirk Siepman (Universität Osnabrück) und einem Team von weiteren ausgewiesenen Fachübersetzern einen wissenschaftsspezifischen Übersetzungsservice an.

Wir **redigieren** oder **übersetzen** für Sie

- **Bewerbungsunterlagen**
- **Forschungsanträge**
- **Fachtexte u.v.m.**

vom Deutschen ins Englische oder umgekehrt, auf Anfrage auch in andere Sprachen.

„Vielen Dank für Ihren prompten Service und die wirklich erstklassige Übersetzung!“

„Ganz herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.“

„Die Übersetzung ist wirklich gut geworden.“

Kontakt und Information:

Tel.: 0228/902 66-34

E-Mail: josten@hochschulverband.de

<http://www.hochschulverband.de/uebersetzungsservice>

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage!

Folgenschwere Entscheidung

Ein Plädoyer für die Kernkraft

| GERD GANTEFÖR | **Ob es um die Anfälligkeit der Reaktoren, (Natur-)Katastrophen oder die Endlagerung geht: Die Kernenergie ist nach Fukushima in Deutschland mehr denn je in Misskredit geraten. Gibt es dennoch Argumente, die für Kernenergie sprechen? Ein Beitrag aus der Sicht eines Physikers.**

Jeder Angeklagte hat das Recht auf einen Pflichtverteidiger. Auch die Kernenergie. Vielleicht bin ich der Richtige für diese Aufgabe, denn ich hatte schon immer Sympathien für die Kernenergie und ich ändere nicht leichtfertig meine Meinung.

Vier klassische und vier grüne Energien

Folgenschwere Entscheidungen wie der Ausstieg aus der Kernenergie und der Umstieg auf die regenerativen Energien sollten auf einer nüchternen Analyse der Lage beruhen. Die dringendsten Probleme der Menschheit sind die Bevölkerungszunahme um eine Milliarde alle zwölf Jahre, die Verknappung des Erdöls und die Klimaerwärmung. Die Geburtenraten sinken, wenn das Bruttoinlandsprodukt steigt. Dafür sind bezahlbare Energiequellen notwendig, von denen es vier gibt: Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran. Ihre Kosten liegen unter 5 cts/kWh, und daher sind sie für die armen Länder erschwinglich. Aber auch Deutschland hängt zu 90 Prozent von ihnen ab. Erdöl wird in absehbarer Zeit knapp werden. Eine Alternative zum Erdöl wäre die Kohle, aber sie verschlimmert die Klimaerwärmung. Wird der Ausstieg aus Kohle und Uran umge-

setzt, bleibt also nur das Erdgas als halbwegs saubere Energiequelle übrig. Aber eine Beschränkung auf Erdgas allein wird ohne massive Einsparungen im Alltagsleben nicht möglich sein. Auch der Status einer Exportnation lässt sich so nicht aufrecht erhalten. Der Ausweg seien die erneuerbaren Energien, so behaupten die Befürworter des Atomausstiegs.

Es gibt vier grüne Energien, die in der Gigawatt-Klasse mithalten können: Wasser, Biomasse, Solarenergie und Wind. Die Wasserkraft hat in Deutschland ihr maximales Ausbaupotenzial erreicht. Energiepflanzen haben einen inakzeptablen Flächenbedarf und sind

»Photovoltaik ist zwar »sexy«, aber in ihrer heutigen Form unbezahlbar.«

angesichts des Hungers in der Welt nicht zu verantworten (Abb.1). Photovoltaik ist zwar „sexy“, aber in ihrer heutigen Form unbezahlbar, denn der Gesamtenergieverbrauch liegt in Deutschland bei 2 500 Milliarden kWh und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei 2 500 Milliarden Euro. Bei einem Preis von 30 cts/kWh müsste die Volkswirtschaft also 30 Prozent des BIPs ausge-

ben. Das würde massive Einsparungen im sozialen Netz, beim Rentensystem, im Gesundheitssystem und bei der Bildung bedeuten. Auch beim Strom aus der Sahara liegen die Kosten inklusive Transport und Abgaben an die Gastländer ähnlich hoch. Es bleibt also nur die Windkraft als ausbaufähige und bezahlbare neue Energie. Das ist aber zu wenig, um Erdöl, Kohle und die Kernenergie zu ersetzen. Weltweit kann daher nicht auf Kohle und Uran verzichtet werden.

Kernenergie: Katastrophen und Innovationen

Tschernobyl und Fukushima sind der Grund für den Ausstieg aus der Kernenergie. In Tschernobyl stand ein graphitmoderierter Kernreaktor. Ein Moderator ist eine Art Katalysator, ohne den die Kettenreaktion sofort stoppt. Neuere Reaktoren nutzen das Kühlwasser gleichzeitig als Moderator, so dass ein Ausfall der Kühlung zum Abbruch der Kettenreaktion führt. Bei

einem graphitmoderierten Reaktor läuft die Kettenreaktion aber mit voller Leistung weiter. Der Tschernobyl-Reaktor explodierte. Die wassermodierten Reaktoren in Fukushima sind bereits während des Erdbebens abgeschaltet worden. Allerdings wird auch nach dem Abschalten der Kettenreaktion noch Wärme frei. Diese Restwärme entsteht durch die Radioaktivität der Zerfallsprodukte, also dem „Nachglühen“ der Asche der Kernspaltung, und diese Reaktoren müssen unbedingt weiter gekühlt werden. Moderne Reaktoren sind daher mit passiven Notkühlssystemen ausgestattet, die auch dann noch funktionieren, wenn die Stromversorgung zusammengebrochen ist. Die Reaktoren



AUTOR

Gerd Ganteför ist Professor für Physik an der Universität Konstanz. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Wasserstoffspeicherung und Nanokatalyse für Brennstoffzellen. Er veröffentlichte im vergangenen Jahr das Buch: „Klima. Der Weltuntergang findet nicht statt“.



Abb. 1: Für den Ersatz von sieben 1-Gigawatt-Kraftwerken durch Bio-Strom aus Energiepflanzen werden rund 2 500 km² Ackerfläche benötigt.

in Fukushima hatten keine solchen passiven Kühlsysteme. Es kam zur Kernschmelze und eine hochradioaktive Masse bohrte sich durch den Boden des Druckgefäßes und womöglich weiter ins Erdreich. Für diesen Fall haben moderne Reaktoren einen „Corecatcher“ (Kernfänger). Der geschmolzene Kern wird in ein Auffangbecken geleitet und kann dort gekühlt werden. Auch über diese letzte Sicherheitseinrichtung verfügte Fukushima nicht. Weiterhin sollten Kernreaktoren nicht an erdbeben- und tsunamigefährdeten Standorten gebaut werden. Jede einzelne dieser modernen Sicherheitsmaßnahmen hätte die Katastrophe verhindert. Die Deutschen schließen aus diesen beiden Katastrophen, dass Kernenergie grundsätzlich unsicher ist. Sie wären aber mit modernen Methoden leicht zu verhindern gewesen. Deshalb ist es übrigens auch falsch, die Laufzeiten alter Reaktoren zu verlängern, statt neue und bessere zu bauen.

Wie groß ist die Gefahr, die von Fukushima ausgeht? Referenzwert ist die natürliche Strahlenbelastung von zwei Millisievert pro Person und pro Jahr. In einigen Regionen der Erde, z.B. in Indien und Brasilien, kommt Monazit in großen Mengen vor. Monazit ist ein uran- und thoriumhaltiges Mineral und in diesen Regionen liegen die Strahlenwerte bei 200 Millisievert. Es werden aber keine Gesundheitsschäden beobachtet. Die natürlichen Abwehrmechanismen des Körpers sind offenbar stark genug, um auch diesen erhöhten Pegel abzuwehren. Abb. 2 zeigt eine Karte der

Strahlenbelastung in der Sperrzone um Fukushima. Die Strahlung erreicht 30-100 Millisievert und liegt damit unter den höchsten Pegeln in den Monazitregionen. Die Strahlung ist also so niedrig, dass auch langfristig niemand zu Schaden kommen wird. Allerdings ist der Boden um Fukushima mit radioaktiven Zerfallsprodukten wie Jod verseucht und Landwirtschaft ist ohne eine Entseuchung nicht möglich. So lange wird die Region unbewohnbar bleiben.

Heute gibt es neue und bessere Typen von Kernkraftwerken. Der Europäische Druckwasserreaktor besitzt ein vierfaches passives Notkühlsystem und einen Corecatcher. Ein solcher Reaktor wird zurzeit in Finnland gebaut. Ein weiterer neuer Reaktortyp ist der Hochtemperaturreaktor, dessen Entwicklung in China vorwärts getrieben wird. Der Reaktorkern besteht aus Graphit und verträgt Temperaturen bis über 2 000 °C. Bei so hohen Temperaturen erlischt die Kettenreaktion, denn dann verhält sich das ²³⁸Uran wie ein Neutronenabsorber. Auch bei einem Totalausfall der Kühlung und einem absichtli-

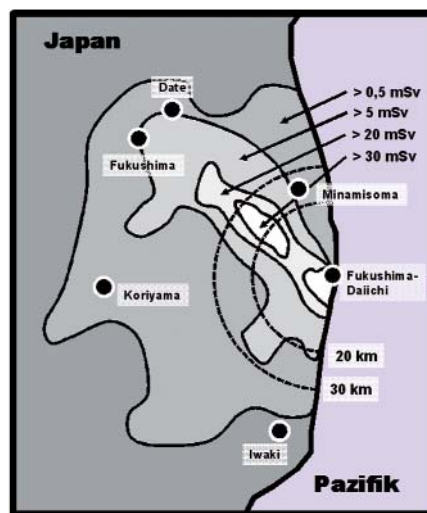


Abb. 2: Strahlenbelastung in Fukushima in Millisievert pro Jahr (mSv/a), hochgerechnet aus Messungen der heutigen Belastung.

chen Herausfahren der Steuerstäbe, wie es Terroristen vielleicht versuchen würden, explodiert der Reaktor nicht. Er schaltet sich ab, erhitzt sich durch die Restwärme auf maximal 1 600°C und kühlt dann ab. Beide Reaktortypen hätten die Katastrophen überstanden.

Bei der Endlagerung ist das Hauptproblem das Grundwasser, das Radio-

aktivität an die Oberfläche transportieren könnte. Ein Konzept der Schweiz sieht die Lagerung in einer Tonschicht

»Die Zukunftsvision Deutschlands ist die Rückkehr in die Vergangenheit.«

in 600 Meter Tiefe vor, die wasserdicht ist. Entsteht ein Riss, durch den Wasser einsickert, quillt der Ton und dichtet sich selbst ab. Zunächst wird der hochradioaktive Müll in flüssiges Glas eingegrührt, das eine zusätzliche Barriere gegen eindringendes Wasser darstellt. Der erstarrte Glasblock wird mit einer Hülle aus Edelstahl und Kupfer versehen und eingelagert. In 600 Meter Tiefe liegt der strahlende Müll sicher, denn ohne eine fortgeschrittene Bohrtechnik ist er nicht zu erreichen. Die Behälter können an die Oberfläche zurückgeholt werden, sollte in der Zukunft eine Methode zur Neutralisierung des radioaktiven Materials zur Verfügung stehen.

Deutschland im Rückwärtsgang

Während der kommenden Jahrzehnte brauchen die ärmeren Länder noch viel mehr bezahlbare Energie, um ihren Lebensstandard auf ein akzeptables Niveau anzuheben. In der Folge sinken dann hoffentlich die Geburtenraten. Die Menschheit kann heute auf keine einzige Energiequelle verzichten. Im Gegenteil, die Industrieländer werden nach neuen, noch stärkeren Energiequellen suchen. Die Fusion könnte eine solche Energie der Zukunft sein. Auch längerfristig werden starke Energiequellen gebraucht. Die nächste Eiszeit, auf die die „Kleine Eiszeit“ gegen Ende des Mittelalters ein Vorgeschmack war, kann nur durch aktive Steuerung des Klimas abgewendet werden. Dafür werden enorme Energiemengen benötigt. Aber Deutschland geht einen anderen Weg. Allerdings nicht in eine neue Richtung, denn Biomasse, Wasser und Wind waren bereits die Energieträger des Mittelalters. Die Zukunftsvision Deutschlands ist die Rückkehr in die Vergangenheit.

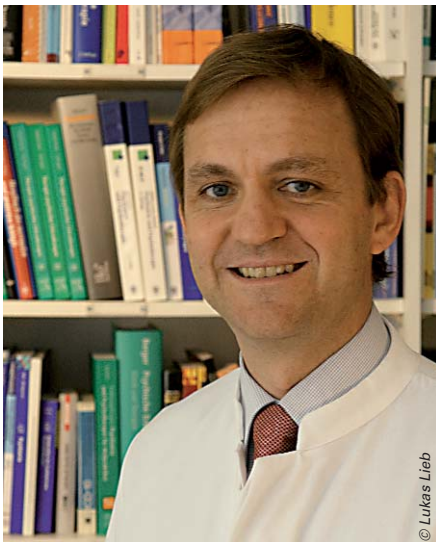
Eine Langfassung des Beitrages incl. Literaturangaben kann bei der Redaktion angefordert werden.

Wenn der Vertreter kommt

Über die engen Verbindungen zwischen Ärzteschaft und Pharmaindustrie

| KLAUS LIEB | Vertreterbesuche von Pharmareferenten bei Ärzten enden nicht selten damit, dass sind nicht nur eine manchmal willkommene Abwechslung für Ärzte, sie bieten dem Arzt auch die zu Interessenkonflikten und Abhängigkeiten führen. Fragen an einen Wissenschaftler, der dem Umgang mit der Pharmazeutischen Industrie enge und klare Grenzen setzt.

Forschung & Lehre: Es kommt vor, dass Ärzte von Pharmafirmen Geschenke erhalten, verknüpft mit der Hoffnung, dass sie ein bestimmtes Medikament häufiger verordnen. Handelt es sich dabei um Einzelfälle oder ist das nur die Spitze des Eisbergs?



Professor Klaus Lieb ist Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz.

Klaus Lieb: Die Annahme von Geschenken und anderen Vergünstigungen wie die Bezahlung von Reise- und Übernachtungskosten für Fortbildungsveranstaltungen oder ein gemeinsames Abendessen gehört in der deutschen Ärzteschaft zum Alltag. Bei einer kürzlich von meiner Arbeitsgruppe mit 300 deutschen Fachärzten durchgeführten

Befragung hatten nur vier Prozent überhaupt keine Geschenke der Industrie angenommen. Durch diese Vergünstigungen entstehen Interessenkonflikte, die das Risiko in sich bergen, dass die Medikamentenverordnung nicht mehr primär am Patientenwohl orientiert ist, sondern an anderen Interessen. Ein großes Problem dabei ist aus meiner Sicht, dass selbst die Musterberufsordnung der Ärzte diese Zuwendungen zulässt.

F&L: In den Richtlinien Ihrer Klinik setzen Sie dem Umgang mit der Pharmazeutischen Industrie enge und klare Grenzen. Ein Sonderfall in Deutschland?

Klaus Lieb: Inzwischen haben eine Reihe von Kliniken klare Regeln zum Umgang mit der Pharmazeutischen Industrie aufgestellt. In meiner Klinik dürfen keine Pharmavertreter die Ärzte auf den Stationen besuchen, und wir nehmen keine Geschenke oder Unterstützung für Fortbildungsveranstaltungen an. Auf der anderen Seite führen wir in Zusammenarbeit mit der Pharmazeutischen Industrie klinische Studien durch, wenn die Studien einen echten Fortschritt gegenüber bereits auf dem Markt befindlichen Medikamenten erwarten lassen. Damit möchten wir erreichen, einerseits als Ärzte und Meinungsbildner möglichst unabhängig von den Einflüssen der Industrie zu sein und andererseits wissenschaftlich mit der Industrie für

den medizinischen Fortschritt zusammenzuarbeiten. Diese Haltung stellt häufig eine Gratwanderung dar, wird aber inzwischen von Seiten der Industrie akzeptiert und hat für mehr Transparenz in der Zusammenarbeit gesorgt.

F&L: Was sagen Sie einem Kollegen, der davon überzeugt ist, dass eine Beratungstätigkeit auch bezahlt werden sollte?

Klaus Lieb: Chef- und Oberärzte an Universitätskliniken können durch Honorare für Vorträge zu eigenen oder vorgegebenen Themen oder durch Beratungstätigkeiten für Firmen hohe per-

»Die finanziellen Verbindungen zwischen Ärzten und Pharmaindustrie ziehen sich quer durch die ganze Medizin.«

sönliche Zusatzeinnahmen erzielen. Ich selbst habe seit 2007 beschlossen, auf solche Gelder komplett zu verzichten, um mich persönlich möglichst weitgehend unabhängig zu machen, auch wenn das natürlich nie ganz geht, weil niemand ohne Interessenkonflikte ist. Berät ein Kollege eine Firma und wird dafür mit einem angemessenen Honorar bezahlt, ist dies durchaus akzeptabel, wenn die Zuwendung offengelegt wird. Problematisch werden Beraterverträge aber dann, wenn sich dahinter Marketingstrategien der Industrie verstecken oder sich Ärzte als Meinungsbildner für die Industrie einspannen lassen.

F&L: In welchen Bereichen der Medizin finden sich besonders intensive finanzielle Verflechtungen zwischen Pharmaindustrie und Arzt?

Klaus Lieb: Die finanziellen Verbindungen zwischen Ärzten und Pharmaindustrie ziehen sich quer durch die ganze Medizin, wobei Arztgruppen mit hohen Verordnungskosten wie Neurologen und Psychiater, aber auch Ärzte mit sehr vielen Patientenkontakten im Vordergrund stehen. Auch zwischen Herstellern von Medizinprodukten, wie z.B. Diagnostik- und Therapiegeräten, und Ärzten gibt es viele finanzielle Abhängigkeiten.

F&L: Der Verband forschender Arzneimittelhersteller e.V. hat 2004 den Verein

„Freiwillige Selbstkontrolle für die Arzneimittelindustrie (FSA)“ gegründet, der für die Einhaltung von Verhaltensregeln zwischen Ärzten und Industrie sorgen soll. Wie viel „freiwillige Selbstkontrolle“ können Ärzte und Patienten hier erwarten?

Klaus Lieb: Das Bestreben der pharmazeutischen Industrie, durch die Verpflichtung zu eigener Selbstkontrolle gesetzlich geregelten Kontrollen zuvorzukommen, ist nachvollziehbar. Man kann von der Industrie auch nicht erwarten, dass sie mehr einschränkt als es

das Gesetz vorschreibt. Die FSA-Regelungen sind daher nur geeignet, Korruption zu verhindern, greifen ansonsten aber viel zu kurz, da die viel häufigeren und ebenso problematischen Interessenkonflikte innerhalb legaler Grenzen kaum reduziert werden. So sind Luxusreisen in ein fernes Land samt Ehefrau zu einer Produktinformation, bei denen der Freizeitcharakter im Vordergrund steht, nicht mehr möglich, Vergünstigungen wie die Finanzierung von Kongressreisen mit Übernachtung in 5-Sterne-Hotels können aber unverändert gewährt werden.

Anzeige

Seminartermine im September 2011

WISSENSCHAFTLERINNEN AUF DEM WEG ZUR PROFESSUR

Universität Mannheim

Dienstag, den 6. September 2011, 10:00-17:30 Uhr

Referenten:

RA Dr. Hubert Detmer, 2. Geschäftsführer und Leiter der Abteilung Recht und Beratung im DHV

RA Dr. Wiltrud Christine Radau, Justitiarin für Hochschul- und Beamtenrecht im DHV

RA Dr. Ulrike Preißler, Justitiarin für Hochschul- und Beamtenrecht im DHV

- *Qualifikationswege zur Professur*
- *Die Bewerbung auf eine Professur*
- *Berufung und Berufungsverhandlung*
- *Professur und dual career*
- *Vereinbarkeit von Beruf und Familie - Statusfragen*
- *Diskussion von Einzelfragen in Kleingruppen*

DIE PROFESSUR – RECHTE UND PFLICHTEN

**Berlin-Brandenburgische Akademie
der Wissenschaften, Berlin**

**Donnerstag, 8. September 2011,
10:00-18:00 Uhr**

Referenten:

RA Dr. Hubert Detmer, 2. Geschäftsführer und Leiter der Abteilung Recht und Beratung im DHV

RA Dr. Juliane Lorenz, Justitiarin für Hochschul- und Beamtenrecht im DHV

- *Das spezifische Professorendienstrecht*
- *Dienstaufgaben:*
Forschung
Lehre und Weiterbildung
Sonstige Dienstaufgaben
- *Individuelle Gestaltungselemente*

Informationen und Anmeldung:

Deutscher Hochschulverband, Dr. Ulrich Josten, Rheinallee 18-20, 53173 Bonn

Tel.: 0228/902-6634, Fax: 0228/902-6697, josten@hochschulverband.de

Die ausführlichen Seminarprogramme finden Sie unter www.karriere-und-berufung.de

**DEUTSCHER
HOCHSCHUL
VERBAND**

F&L: Auch der Verein „Mein Essen zahl' ich selbst“, in dem Sie Mitglied sind, will Interessenkonflikte in der Medizin bekämpfen. Mit welchen Mitteln arbeiten Sie – und mit welchem Erfolg?

Klaus Lieb: Bei MEZIS (www.mezis.de) können alle Ärztinnen und Ärzte Mitglied werden, die bereit sind, Medikamente entsprechend der Kriterien der evidenzbasierten Medizin zu verordnen und weitestgehend frei von Beeinflussungsversuchen der Industrie zu arbeiten. Dazu gehört der Wille zur Reduktion von Vertreterbesuchen und der Verzicht auf Geschenke, die Nutzung unabhängiger Fortbildungsmedien sowie die Ablehnung von Arzneimittelmustern und „Anwendungsbeobachtungen“, mit denen häufig Medikamente mit zweifelhaftem Zusatznutzen und hohen Kosten auf den Markt gebracht werden sollen. Wir hoffen, dass sich noch mehr als die bisher

230 Mediziner anschließen und sich mit Engagement und mit der Weitergabe von Informationen über Interessenkonflikte und deren Auswirkungen für eine bessere Patientenversorgung einsetzen.

F&L: Welches Echo erhalten Sie von Ihren Kollegen?

Klaus Lieb: Viele meiner Kollegen sehen in der Verbindung mit der Industrie keinen Interessenkonflikt oder halten eine Regulierung der Kooperation mit der Industrie sogar für schädlich, weil sie meinen, der medizinische Fortschritt würde dadurch verhindert.

Es ist auch sicher in den seltensten Fällen so, dass sich Ärzte von der Pharmaindustrie bewusst beeinflussen lassen und absichtlich zugunsten der Industrie ihre Entscheidungen treffen. Die meisten Ärzte glauben, dass Interessenkonflikte erst dann entstehen, wenn sekundäre Interessen zu Schaden durch verzerrtes Urteilen oder Handeln geführt haben. Interessenkonflikte entstehen aber allein schon durch das Nebeneinander des primären Interesses des Arztes (nämlich das Beste für seinen Patienten zu tun) und sekundären Interessen (z.B. der Industrie). Diese Konstellation birgt immer das Risiko, dass Handlungen und Urteile sich nicht nur am Patientenwohl orientieren, sondern durch andere Interessen geleitet sind.

Diese Beeinflussung des Primärinteresses entgeht allerdings meist der eigenen Wahrnehmung, sie geschieht also unbewusst, da wir dafür einen „blinden Fleck“ haben. Daher kommt der Offenlegung von Interessenkonflikten eine so große Bedeutung zu. Erst so werden Interessenkonflikte für einen selbst und andere überprüfbar gemacht, und deren Reduktion hilft dabei, Schaden durch verzerrtes Urteilen und Handeln abzuwenden.

Es ist zu hoffen, dass sich die Haltung der Ärzte in Deutschland ändert, bevor gesetzliche Regelungen wie in den USA die Kooperationen der Ärzte mit der Industrie erheblich einschränken. Ich bin überzeugt, dass die Ärzteschaft aus sich selbst heraus ihre Hal-

»Ärzeschaft und Gesetzgeber dürfen sich nicht von der Industrie diktieren lassen, wo es mit der Medikamentenentwicklung hingeht.«

tung ändern muss und nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften, da die ärztliche Unabhängigkeit von finanziellen Interessen der Industrie ein Gebot ärztlicher Ethik darstellt.

F&L: Der Patient weiß nicht, wie die Medikamentenempfehlung seines Arztes zustande kommt. Was muss geschehen, damit aus dem Vertrauens- kein Missverhältnis wird?

Klaus Lieb: Patienten erwarten zu Recht, dass die Verordnung eines Medikamentes nicht zustande kommt, weil ihr Arzt Vergünstigungen von der Pharmaindustrie erhält. Sie können somit durchaus misstrauisch werden, wenn in einer Praxis viele Werbegeschenke zu sehen sind, in der Praxis Pharmavertreter ein- und ausgehen und der Arzt ein Arzneimittelmuster aushändigt. Ein gesundes Misstrauen muss ein Vertrauensverhältnis nicht stören, sondern kann es sogar stärken, wenn der Patient erfährt, dass der Arzt sich bei der Verordnung von Medikamenten an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert und auf bewährte und sichere Medikamente setzt.

F&L: Wenn man sich die Macht der Pharmaindustrie und die Beeinflussbarkeit vieler Ärzte anschaut: Führen Sie nicht einen Kampf gegen Windmühlen?

Klaus Lieb: Es handelt sich hier ja nicht um einen Kampf gegen die Pharmaindustrie, sondern für das Patientenwohl, und zu dem hat die Pharmaindustrie bisher beigetragen und wird sie auch weiter beitragen. Allerdings dürfen sich Ärzteschaft und Gesetzgeber nicht von der Industrie diktieren lassen, wo es mit der Medikamentenentwicklung hingeht, sondern müssen orientiert an den Notwendigkeiten des Patientenwohls dort tätig werden, wo es primär dem Patienten am meisten nutzt. Zum Glück gibt es einflussreiche Institutionen wie die Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft (AKdÄ) oder das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), die sich in ihren Empfehlungen an der evidenzbasierten Medizin und am Patientenwohl orientieren und für größtmögliche Transparenz und Unabhängigkeit von Sekundärinteressen sorgen.

F&L: Müssten angehende Mediziner in ihrer Ausbildung stärker über dieses Thema aufgeklärt werden?

Klaus Lieb: Die meisten Mediziner kommen spätestens im Praktischen Jahr, also im letzten Jahr ihres Studiums, oder zu Beginn ihrer Assistenzzeit mit der Pharmaindustrie in Kontakt und erhalten die ersten Vergünstigungen. Wenn dem nichts entgegengesetzt wird, ist es kein Wunder, dass Ärzte es als eine Selbstverständlichkeit ansehen, dass sie für ihre Fortbildung nichts zu bezahlen haben. Es ist erforderlich, dass Studierende früh auf die Problematik von Interessenkonflikten hingewiesen werden. Dass diese nicht nur durch Kontakte mit der Industrie entstehen, sondern auch z.B. durch die Zugehörigkeit zu Therapieschulen wie Psychotherapie oder Homöopathie, durch das Angebot von „Individuellen Gesundheitsleistungen“ oder durch die Ausrichtung von Krankenhäusern an wirtschaftlichen Kennzahlen, dürfte diese Notwendigkeit nur unterstreichen.

Im Herbst 2011 erscheint beim wissenschaftlichen Springer-Verlag Heidelberg das Buch „Interessenkonflikte in der Medizin – Hintergründe und Lösungsmöglichkeiten“, das von Klaus Lieb, David Klemperer und Wolf-Dieter Ludwig herausgegeben wird.

DHV-Symposium 2011

Was lenkt den Menschen? Motivation, Antrieb, Belohnungs- und Bestrafungssysteme

Wissenschaftszentrum Bonn,
Mittwoch, 19. Oktober 2011, 10:00-16:45 Uhr

Was lenkt den Menschen? – die Sicht der Hirnforschung

Universitätsprofessor Dr. Christian E. Elger,
Universität Bonn, Direktor der Bonner Universitätsklinik für Epileptologie

Was lenkt den Menschen? – die Sicht der Psychologie

Universitätsprofessor Dr. Falko Rheinberg,
Universität Potsdam, Department Psychologie

Was lenkt den Menschen? – die Sicht der Philosophie

Universitätsprofessor Dr. Dr. h.c. Volker Gerhardt,
Humboldt Universität Berlin, Institut für Philosophie

Was lenkt den Menschen? – die Sicht der Soziologie

Universitätsprofessor Dr. Richard Münch, Universität Bamberg, Institut für Soziologie

Was lenkt den Menschen? – die Sicht der Wirtschaftswissenschaften

Universitätsprofessorin Dr. Dr. h.c. Margit Osterloh,
Universität Zürich, Institut für Organisation und Unternehmenstheorie

Podiumsdiskussion mit allen Referenten und Moderator

Moderation: Jürgen Kaube, Frankfurter Allgemeine Zeitung,
Ressort Wissenschafts- und Bildungspolitik

Teilnahmegebühr: EUR 50,-/ ermäßigte Teilnahmegebühr für Studierende: EUR 30,-

Informationen und Anmeldung: Deutscher Hochschulverband, Dipl.-Biol. Claudia Schweigele, Rheinallee 18, 53173 Bonn
Tel.: 0228/902-6668, Fax: 0228/902-6697, schweigele@hochschulverband.de

www.hochschulverband.de/cms1/fachtagungen.html

Die Währung Ehre

Über die Zukunft der medizinischen Versorgung alter Menschen

| MICHAEL FELD | Die medizinische Versorgung alter Menschen wird bald kaum noch mit bezahlten Fachkräften möglich sein. Können ärztliche Kunst, Pflege und ehrenamtliche Hilfe das kompensieren?

Vor einiger Zeit hat die Unternehmensberatung Pricewaterhouse Coopers gemeinsam mit dem Darmstädter Wirtschaftsforschungsinstitut Wifor eine Studie zum Fachkräftemangel im Gesundheitswesen veröffentlicht, die für die Jahre 2020 bis 2030 eine dramatische Personalnot in Medizin und Pflege vorhersagt. Demnach fehlen uns schon 2020 etwa 56 000 Ärzte und etwa 140 000 nicht-ärztliche Fachkräfte. Bis 2030 wird sich der Mangel auf fast eine Million Personen – schätzungsweise 165 000 Ärzte und etwa 800 000 nicht-ärztliche Fachkräfte – ausdehnen.

Die Folgen dieses Mangels werden vor allem ältere Menschen zu spüren bekommen, weil sie meist nicht die Mobilität, Flexibilität und das Einkommen besitzen, sich notwendige Hilfe und Unterstützung woanders und auf eigene Rechnung zu besorgen.

Parallel wird die Diskussion durch die bange Frage beherrscht, woher – selbst wenn wir genug Fachkräfte hätten – das ganze Geld kommen soll, das die medizinische Versorgung und Pflege betagter Menschen jetzt schon kostet – und bald noch kosten wird, wenn uns der demographische Wandel erst in voller Härte trifft. Selbst wenn es den heute Dreißig- bis Fünfzigjährigen durch nachhaltige Lebensstilveränderungen (mehr Be-

wegung, bessere Ernährung, verträglichere Arbeitsplätze) gelingen sollte, körperlich vital und lebenslustig bis zum siebzigsten Geburtstag zu arbeiten und aufgrund guter Gesundheit und geistiger Brillanz bis zum statistischen Tod mit 85 Jahren weniger Medizin und Pflege zu brauchen, als dies düstere Szenarien heraufbeschwören, so würden diese Verbesserungen nicht die jetzt Fünfzig- bis Siebzighjährigen betreffen, die den Personal-mangel am deutlichsten zu spüren bekommen. Wenn die größte Alterskohorte der Bundesrepublik, die sogenannten Babyboomer (die zwischen 1950 und

»Bis 2030 wird sich der Mangel auf fast eine Million Personen ausdehnen.«

1965 geborenen) ab sofort sukzessive und bald in großer Zahl in den Ruhestand treten und damit von Beitragszahlern zu reinen Leistungsempfängern werden, ist bereits vor 2030 die Krise unserer umlagefinanzierten Sozialversicherungen unausweichlich – wenn nicht schleunigst andere als auf rein wirtschaftlichen Parametern fußende Belohnungen (wieder)entdeckt werden.

In der gesamten abendländischen Tradition, der klassischen Antike und dem Christentum gehört der Beitrag des Einzelnen zum Allgemeinwohl unverzichtbar zu einem sinnerfüllten Leben. Sowohl in den Stadtgesellschaften des antiken Griechenlands als auch im römischen Reich war es Sache eines jeden (zunächst männlichen) Bürgers, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Vom Beginn des Mittelalters bis in die späte

Neuzeit sorgten sich vor allem barmherzige Ordensschwestern und mildtätige Bürger für „Gotteslohn“ um Kranke und Hilfsbedürftige. In den damaligen Spitälern stand weniger die ärztliche Heilkunst im Mittelpunkt als vielmehr die grundlegende Hilfe im Sinne christlicher Caritas, also der mildtätige Anspruch, dem Durstigen zu trinken und dem Hungernden zu essen zu geben.

Die meiste Arbeit wurde unentgeltlich, dafür aber für „Lohn“ im Himmel oder für gesellschaftliche Anerkennung und sozialen Status erbracht. Der Gedanke einer „ehrvollen“ und sinnerfüllten Tätigkeit verhalf hier zu enormer Kostenersparnis bei gleichzeitigem sozialen Prestige der Helfenden. Adlige Personen – später auch Bürger mit hoher Bildung, gesellschaftlichem Ansehen und Reichtum – konnten solche Ehrenämter bekleiden und damit ihre Ehre noch erhöhen beziehungsweise (im Falle der Bürger) erst erhalten. Mit Fortschreiten des

Bürgertums lösten Produktivität und Arbeit das Ideal einer christlichen und ehemals auch republikanischen Gemeinwohlorientierung mehr und mehr ab. Ein moralischer und tugendhafter Mensch wurde nicht mehr von seiner öffentlichen, für das Gemeinwohl einstehenden Tätigkeit her definiert, sondern von seiner ökonomischen Leistung her bestimmt. Mitte des neunzehnten Jahrhunderts wandelten sich dann auch die Spitäler immer mehr zu modernen Krankenhäusern, in denen nicht mehr die Pflege, sondern die ärztliche Tätigkeit im Vordergrund stand.

Der Siegeszug der modernen wissenschaftlichen Medizin mit all ihren Vor- und Nachteilen für uns Heutige hatte begonnen. Bis in die Mitte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein konnte die moderne

AUTOR

Dr. Michael Feld ist Facharzt für Allgemeinmedizin in Kerpen und Schlafforscher.



Medizin auch trotz aussterbender (fast „kostenloser“) Ordensschwwestern und stetigen Verlusts caritativer Ausrichtung noch recht gut finanziert werden. Immerhin waren genug Beitragszahler da,

»Kaum einer will noch freiwillig in der Keimzelle Krankenhaus arbeiten.«

die die Zahl der Leistungsempfänger ausglich, und die Mischung aus medizinischem Fortschritt und demographischem Wandel warf noch keine allzu großen Diskrepanzen auf. Extrem verschärft wurde die Situation dann ab Mitte der neunziger Jahre mit der Umorientierung der Krankenhäuser von Stätten der Daseinsfürsorge zu gewinnorientierten Wirtschaftsunternehmen mit sukzessiver Umstellung der Krankenhausfinanzierung von Liegetagen auf Fallpauschalen. Dies hatte eine massive Leistungsverdichtung beim Personal zur Folge. Zwischenmenschliches wurde dadurch immer seltener möglich.

Gerade jetzt, da Ärzte, Pflegende und ehrenamtliche Helfer immer mehr gebraucht werden, um alleine schon die volkswirtschaftlichen Konsequenzen einer alternden Gesellschaft klein zu halten, will niemand mehr für „Gotteslohn“ arbeiten, weil diese Währung in einer säkularisierten Gesellschaft keinen Gegenwert mehr hat. Soziale Tätigkeit hat auch gesellschaftlich kaum eine Lobby, bringt keinen Umsatz und kostet nur Zeit. Je älter die Patienten, desto mehr Zeit müsste aber angesetzt werden. Doch wer soll's machen? Die Nonnen sind ausgestorben, die Zivildienstleistenden werden abgeschafft, und die Ärzte und Schwestern haben keine Zeit. Damit geht aber das innere Band verloren, welches die helfende Arbeit mit menschlichen und moralischen Werten verknüpft, den Beruf seelisch nährt und eben einen „Beruf“ von einem Job unterscheidet. Ohne „Ehre“ wird ein helfender Beruf ad absurdum geführt, und seine Adepten brennen aus wie Weihnachtskerzen ohne Wachs. Man wird zynisch, abwehrend, uninteressiert, man verdrängt.

Krankenhäuser werden von Wirtschaftsexperten wie andere Unternehmen geführt, das Gesundheitswesen gilt als größter Wirtschaftsfaktor der Zukunft. Aber kaum einer will noch freiwillig in der Keimzelle Krankenhaus arbeiten, obwohl es alle Hände voll zu tun gibt. Die Betriebswirte, Volkswirte und Berater hatten sich alle so schön die

Hände gerieben, als sie in den neunziger Jahren angingen, es den traditionsverfilzten, vermeintlich antiquierten und – nach ihren eigenen Gesetzen – völlig ineffizient arbeitenden Krankenhäusern mal zeigen zu können, wo der keynesianisch bewanderte Bartel den Most holt. Fortan bevölkerten immer mehr Menschen in Anzug und Kostüm die Teppichetagen der Krankenhäuser, nuschelten Neoanglizismen wie Benchmarking, Prozessqualität und Strukturkompetenz und verbannten die ökonomisch minder bemittelten „Weißkittel“ auf die subalternen Flure und Posten. Kostenkompetenz ersetzte zunehmend Mildtätigkeit und medizinische Macht. War es bis vor einigen Jahren noch eine Frage der Ehre (oder wenigstens der Angst vor der Knute des Chefarztes), als Arzt bis abends im Krankenhaus zu bleiben und auch wenigstens einmal am Wochenende nach dem offenen Bauch von Zimmer 18 zu schauen, ist in den meisten Abteilungen inzwischen pünktlich um halb fünf Feierabend. Und selbst die Ober- und Chefarzte verziehen sich lieber nach Hause, als freiwillig noch „im Haus“ zu bleiben. Keine zwanzig Jahre nach Einzug der Ökonomen verlassen die entehrten Helferinnen und Helfer in Scharen angewidert und verbraucht die

Stationsflure und Ambulanzen und „googeln“ inzwischen genauso oft den Begriff „Burnout“ wie ihre ebenso demoralisierten Kollegen aus Schulwesen und IT-Branche. Übrigens: „Burnout“ ist mit rund fünf Millionen Klicks pro Monat das am meisten gegoogelte Medizinwort weltweit.

In Deutschland sind zurzeit etwa 23 Millionen Menschen ehrenamtlich und damit unentgeltlich in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig. Es werden in Deutschland pro Jahr etwa 60 Milliarden bezahlte Arbeitsstunden geleistet und etwa 70 Milliarden unbezahlt. Doch das reicht noch lange nicht. Der demographische Wandel wird insbesondere im Gesundheitswesen nicht alleine über Geld kompensierbar sein, denn die Motivation zu helfenden Tätigkeiten speist sich zu großen Teilen auch aus anderen Quellen als nur aus der Geldbörse. Ein positiv besetztes Klima für soziale Verantwortung und Bindung, Selbsterfahrung, altruistische, humanistische, moralische und religiöse Werte inklusive hoher Anerkennung wird dafür unverzichtbar sein.

Nachdruck aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 8. Juni 2011 Alle Rechte vorbehalten (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

Anzeige

ADAWIS

Arbeitskreis
Deutsch
als
Wissenschaftssprache
e.V.

in der Wissenschaft
Deutsch



© Foto: Hilberath, Kurt | 1963 Bundesarchiv, B 422 Bild 0174

„Die sogenannte exakte Wissenschaft kann niemals und unter keinen Umständen die Anknüpfung an das, was man die natürliche Sprache oder die Umgangssprache nennt, entbehren.“

(Carl Friedrich v. Weizsäcker)

... das heißt: Um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen und diese sich selbst und anderen anschaulich zu machen, brauchen Sie Wörter wie zum Beispiel

**Treibhauseffekt
Raumkrümmung Entgiftung**

Wollen Sie in Ihrem wissenschaftlichen Denken auf solche Wörter verzichten?

Wenn auch Sie für die Erhaltung der Einzelsprachen in den Wissenschaften eintreten, dann schließen Sie sich der Reihe namhafter Unterstützer an und werden Sie Mitglied im Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache!

Mehr zu den Zielen des ADAWIS e.V. unter: www.adawis.de

Erfolgreich mit dem Dr.-Ing.

Untersuchung zur Ingenieurpromotion an der RWTH Aachen

| MANFRED NAGL | KIRSTEN RÜSSMANN |

Die Promotion in den Ingenieurwissenschaften und der Informatik weicht deutlich von der in anderen Disziplinen ab. Mit der wissenschaftlichen und dabei auch konstruktiven Arbeit ist ein Projekt verbunden, in dessen Rahmen viele Fähigkeiten erworben werden, die für Leitungspositionen in der Industrie qualifizieren. Eine Untersuchung an der RWTH beleuchtet die Ingenieurpromotion und die Frage, wie zufrieden die Absolventen sind.

Charakteristika der Ingenieurpromotion

Die Promotion in den Ingenieurwissenschaften ist Berufstätigkeit und kein Studium. Der Promovend wird anständig bezahlt und erhält gleichzeitig die Chance, sich weiter zu qualifizieren. Diese Chance erhalten etwa 20 Prozent der Absolventen mit Diplom oder Master, in der Mehrzahl an der eigenen Universität und im gleichen Fach. Die Bezahlung der Stelle erfolgt zu drei Vierteln aus von außen eingeworbenen Mitteln, nur gut einem Viertel aus Mitteln des Landes.

Die Promotion ist in der Regel ein kleines Projekt, in dem der Promovend mit studentischen Mitarbeitern und insbesondere Studierenden, die ihre Abschlussarbeiten anfertigen, kooperiert. Dieses steht meist in Beziehung zu anderen Projekten des Lehrstuhls dieser Art, in größeren Verbänden (z.B. EU-Projekt), mit Industriezusammenarbeit etc. Mit seinem Promotionsprojekt lernt der Promovend somit „by doing“ auch Personal- und Projektführung, Präsentation, Diskussion, Verhandeln und Technologietransfer. Er wird auch bei anderen Tätigkeiten eingesetzt, wie

Lehre, Einwerben von Drittmitteln, Management und Organisation des Instituts- und Wissenschaftsbetriebs.

Die Hauptleistung der Promotion ist eine wissenschaftliche Arbeit, die Promotion bildet aber keine Wissenschaftler heran: Nahezu alle Promovierten gehen anschließend in die Industrie, die Mehrzahl der Professoren wird aus der Industrie zurückberufen, nachdem sie sich dort mit einer maßgeblichen und innovativen Leistung in einer Leitungsposition einen Namen gemacht haben.

Stichprobe und Befragung

Es wurden 361 Promovierte zweier akademischer Jahre aus den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik und Informationstechnik, Informatik und Bauingenieurwesen befragt und noch einige aus Materialwissenschaften und Georesourcen. Die Antwortquote lag insgesamt bei 72 Prozent, betrachtet man den Teil der Stichprobe, dessen Anschriften wir ermitteln konnten, sogar bei 85 Prozent. Die Daten stammen aus den Datenbanken der Dekanate, der größte Teil der Adressen und der Bereitschaft zur Teilnahme kam jedoch durch die Hilfe der Doktormütter und -väter

zustande. Zu letzteren gibt es die stärkste Bindung.

Die Daten sind repräsentativ, sie gelten auch für andere Universitäten. Hierfür sprechen zum einen die Breite der Datenbasis, die Erfahrungen über Universitätsgrenzen hinweg, aber auch eine Reihe anderer Studien, die z.T. ähnliche Fakten erhoben haben.

Erhobene Grunddaten

Nur ca. 9 Prozent der Befragten sind Frauen, 13 Prozent Ausländer, 14 Prozent Migranten und 38 Prozent soziale Aufsteiger, überall ein zu kleiner Anteil. Man beachte, dass die Ingenieurwissenschaften das klassische Feld für soziale Aufsteiger darstellen, deren Anteil in den 60er Jahren 60 Prozent und mehr betrug.

Alle im Folgenden genannten Zahlen sind Mittelwerte. Das Alter bei der Promotion ist mit 33 Jahren zu hoch und die Dauer mit 5,4 Jahren zu lang. Beides werden wir noch genauer betrachten.

Die Promotion erfolgt zu 80 bis 90 Prozent auf einer Mitarbeiterstelle, hauptsächlich aus Drittmitteln bezahlt (DFG, BMBF, EU, AIF, Firmenzusammenarbeit), in kleinerem Maße aus Landesmitteln. Kleinere Anteile (5 bis 10 Prozent) sind externe Promotionen von Angehörigen eines Unternehmens oder einer außeruniversitären Organisation und nur etwa 5 Prozent von Graduiertenkollegs- oder sonstigen Stipendien.

Die Dissertation wird nur noch selten im Eigenverlag gedruckt, die Standardform ist derzeit die Veröffentlichung im Dissertationsverlag, elektronisch oder beides. Wir fanden keine kumulative Promotion, worüber wir erfreut waren. Bereits 36 Prozent der Dissertationen erscheinen in Englisch. Bei



AUTOREN

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. **Manfred Nagl** ist Emeritus in der Informatik, er war von 2006-08 Vorsitzender des Fakultätentagsverbundes 4ING.

Frau Dr. **Kirsten Rüssmann** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie. Beide sind an der RWTH Aachen tätig.

fast 90 Prozent der Promovierten erfolgten Veröffentlichungen der Ergebnisse vorab in Zeitschriften und Konferenzbänden, zur Hälfte in internationalen. Im Mittel gab es 7,4 Veröffentlichungen. Erworbene Patente finden sich fast ausschließlich bei Maschinenbau und Elektrotechnik.

Promotionsvorhaben: Wertung

Die Frage, ob zur Vorbereitung nötige Hilfen und Weiterbildung gewährt wurden, wurde auf einer Skala von 1 bis 6 mit befriedigend (2,83) bejaht. Besser kam die Betreuung durch Doktorvater/-mutter weg (2,43), ebenso wie die Frage, ob es stets einen Ansprechpartner für fachliche und nichtfachliche Probleme gegeben hat (2,25). In fast allen Fällen wurden weitere Ansprechpartner genannt.

Das Promotionsvorhaben hat nach klarer Meinung der Promovierten übergeordnete Fähigkeiten geweckt oder verstärkt (Note 1,84). Noch besser wurde gesehen, ob Konferenzen problemlos besucht werden konnten (1,72). Über 80 Prozent konnten kurze oder längere Auslandsaufenthalte aufweisen, im Mittel 5,29 Auslandsaufenthalte. Insgesamt ergab sich doch ein deutlich positives Bild.

Da neben der Promotion auch weitere Verpflichtungen erfüllt werden müssen, haben wir auch nach der Arbeitsbelastung gefragt. Diese wurde für die Lehre als mäßig (3,0) angegeben, für die Organisation des Institutsbetriebs als noch etwas weniger (3,5) und als schwach für den Wissenschaftsbetrieb (4,0). Neben der Arbeitsbelastung im Sinne von Aufwand haben wir noch die Zumutbarkeit der festgestellten Arbeitsbelastung erhoben. Diese wird in allen drei Fällen mit gut (2,0) gesehen. Die Arbeiten sind wohl nötig, um das Umfeld der Promotion aufrecht zu erhalten, außerdem profitieren die Promovierten durch Soft Skills davon.

Gesamtschau und Karriere

Bei der Feststellung der Zufriedenheit mit der Promotion gab es eine gute Note: 77 Prozent gaben die Note sehr gut oder gut (2,09). Angesichts der Mühen, die mit der Ingenieurpromotion verbunden sind, ist das ein positives Ergebnis.

Besonders gut gefallen haben die Selbstständigkeit und Freiheit (38 Prozent Nennungen), die verschiedenen

Formen der Zusammenarbeit (32 Prozent) und das wissenschaftliche Arbeiten (16 Prozent). Die Antworten zu „Was hat nicht gefallen“ waren zahlenmäßig kleiner: Zusatzbelastungen und Betreuung (je 22 Prozent), Aufwand Administration/ Management (11,4) und Dauer der Promotion (8,6 Prozent). Vorschläge zur Verbesserung richteten sich auf die Betreuung (16,6 Prozent), den Ablauf der Promotion (11,6 Pro-

»Nahezu alle Promovierten gehen anschließend in die Industrie.«

zent) und bessere Vorbereitung (9,1 Prozent). Durch die Promotion wurden geweckt oder verstärkt: wissenschaftliches Arbeiten (43 Prozent), Selbstständigkeit (39 Prozent), Management (23 Prozent) und Personalführung (10,2 Prozent).

Zum Zeitpunkt der Befragung, im Durchschnitt 1,5 Jahre nach der Promotion, waren 33 Prozent mit einer klassischen Entwicklertätigkeit als Ingenieur hauptsächlich in einer Firma tätig. Bereits 50 Prozent hatten aber bereits Personalverantwortung. Die Karrierechancen in der nächsten Zukunft wurden von 87 Prozent als sehr gut oder gut bezeichnet (1,77). In 5 Jahren wollen nur noch 2,3 eine normale Ingenieurstätigkeit

ausüben, 89,6 Prozent wollen dann Personalverantwortung haben und 6,8 Prozent sind noch oder wieder in der Wissenschaft.

Hohes Alter und lange Dauer

Das Alter bei der Promotion mit 33 Jahren und die Dauer mit 5,4 Jahren sind deutlich zu hoch. Wir haben diese Zahlen anhand der Teilstichprobe aus dem Maschinenbau genauer untersucht. Etwa jeweils ein Drittel der Promovierten sind 36 Jahre und älter oder brauchen 6,5 Jahre und länger. Kann man diese Fälle vermeiden, die die Statistik so schlecht aussehen lassen?

Hinter hohem Alter bei der Promotion stehen externe Promotionen (oft erst im Alter von 40 und darüber) und nichtlineare Bildungsverläufe (soziale Aufsteiger und Migranten oftmals mit 2.

Bildungsweg, zukünftig noch stärker Familienpausen). Bei externen Promotionen und anderweitigen Pflichten ergibt sich oft eine längere Promotionsdauer. Ohne diese Sonderfälle sind die Durchschnittszahlen bereits nahe an den gewünschten Werten.

Verbesserungspotenziale

Minderheiten (Frauen, Ausländer, soziale Aufsteiger) müssen stärker gefördert werden. Abgesehen von Fairness-Argumenten ist dies eine Frage der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Wie sollen sonst die Beschäftigtenzahlen im Ingenieurbereich angesichts demographischer Verluste gehalten werden?

Auch nach Herausrechnen der Sonderfälle lassen sich die Zahlen verbessern. Der Promotionsablauf ist bzgl. Dauer und Verbindlichkeit etwas zu straffen. Sehr viel wird nicht möglich sein, sonst verliert man den Vorteil des breiten Kompetenzerwerbs. Vier bis 4,5 Jahre scheinen vernünftig zu sein.

Für die Sonderfälle sind Übergänge und Teilzeitmodelle zu ermöglichen: Das beginnt bei Bildungswegen bereits in der Schule und endet bei der Promotion mit Anerkennung einschlägiger Leistungen als Vorbereitung. Für Frauen und externe Promovenden sind geeignete Teilzeitmodelle zu entwickeln.

Die Industrie (VDMA) fordert noch mehr Internationalität und breitere Soft Skills ein. Hier ist die Personalförderung, die innerhalb der Promotion stattfindet, mit der der ersten Industrietätigkeit zu verschränken. Internationalität eines Promovierten heißt noch nicht, dass er etwa bereits ein Werk in Indien führen kann.

Graduiertenpromotion mit Assistentenpromotion sind keine so starken Gegensätze, wie es auf den ersten Blick erscheint. Mit den drei Jahren Stipendienförderung kommt ein Promovend i.d.R nicht zum Ende, es schließen sich ein bis zwei Jahre meist drittmittelgeförderte Assistentenpromotion an. Die Förderung sollte diesen Sachverhalt widerspiegeln.

Die Studie ist über 4ING.net abrufbar. Sie wurde durch TU9 finanziell unterstützt. Die Ergebnisse wurden auf einer acatech/4ING/TU9-Veranstaltung am 24. Mai 2011 zur Ingenieurpromotion vorgestellt. Auf dieser Veranstaltung wurden auch nachahmenswerte Modelle zur weiteren Verbesserung der Ingenieurpromotion prämiert.

Produktiv mit dem Gemeinwesen verknüpft

Bildungsbezogenes Engagement von Unternehmen

| SEBASTIAN BRAUN | In Zeiten knapper Kassen sind Hochschulen auf der Suche nach neuen Geldgebern. Gleichzeitig suchen Firmen nach Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements. Können Kooperationen beiden Seiten nützen?

Unternehmen sind ein Organisationstyp in marktwirtschaftlichen Systemen, die jenseits ihres Kerngeschäfts vielfach von einer gesellschaftlichen Verantwortung entlastet werden. Berühmt geworden ist Milton Friedmans (1970) Diktion: „The social responsibility of business is to increase its profits“. Neben dieser gängigen Argumentationsfigur sind Unternehmen aber stets auch gesellschaftlich „eingebettet“ und „verantwortlich“ gegenüber ihrer sozialen und natürlichen Umwelt – eine gesellschaftliche Verantwortung, die in den letzten Jahren unter schillernden Begriffen wie „Corporate Social Responsibility“ (CSR) und „Corporate Citizenship“ (CC) auch in Deutschland an Bedeutung gewonnen hat. Zwar besteht über diese Begriffe kein definitiver Konsens in Wissenschaft und Praxis; allerdings lassen sich aus verschiedenen Untersuchungen, die in den letzten Jahren publiziert wurden (s. dazu die Hinweise am Ende des Textes), Eckpunkte herausarbeiten, die auch im Hinblick auf die Hochschullandschaft bedeutsam sein können.

Relevanter als der CSR-Begriff erscheint in diesem Kontext der CC-Begriff. Während der CSR-Begriff nämlich eher die (betriebs-)wirtschaftliche „Innenwelt“ fokussiert und dabei die unter-

nehmerische Selbstverpflichtung zu einer nachhaltigen, ökologisch und sozial verantwortlichen Produktionsweise im Geschäftsbetrieb betont, kommt im CC-Begriff der gesellschaftlichen Einbettung von Unternehmen und deren „Außenwelt“ größere Bedeutung zu. CC hebt darauf ab, dass Unternehmen – in der Regel gemeinsam mit Nonprofit-Organisationen und/oder staatlichen Akteuren – gesellschaftliche Aufgaben und

»Unternehmen sind stets auch
»verantwortlich« gegenüber ihrer
sozialen und natürlichen Umwelt.«

Herausforderungen bearbeiten und sich auf diese Weise produktiv mit dem Gemeinwesen verknüpfen (André Habisch).

Corporate Citizenship

Ein CC-Engagement soll Unternehmen gesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten in selbst gewählten Engagementfeldern und -projekten wie z.B. im Hochschulbereich eröffnen. Für dieses „bürgerschaftliche Engagement“ können unterschiedliche Unternehmensressourcen bereitgestellt werden, zu denen neben materiellen Aufwendungen im Sinne der Bereitstellung von Geld oder Sachmitteln („Corporate Giving“) ebenso der aktive Einbezug von Beschäftigten im Sinne eines Transfers von Zeit und Wissen („Corporate Volunteering“) gehören. Unternehmensstiftungen, Community Joint Ventures, Lobbying für die Anliegen von Partnerorganisa-

tionen, freiwilliges Engagement der Beschäftigten oder zweckgebundenes Marketing gelten in den einschlägigen Forschungsdebatten als Instrumente eines CC-Engagements zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.

Anders als beim mäzenisch und philanthropisch motivierten Spenden einerseits und beim klassischen Sponsoring andererseits geht es beim CC-Engagement um das gemeinnützige und langfristig angelegte „unternehmerische Bürgerengagement“ in der Gesellschaft, das über den engen Unternehmenszweck hinausgeht, das aber in deutlichem Bezug zur Kernkompetenz des

Unternehmens steht und für beide Seiten eine Nutzenperspektive implizieren soll (Judith Polterauer).

Zweifellos gehören vielfältige Varianten eines bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen quer durch die Branchen und Größenklassen zu den traditionsreichen Selbstverständlichkeiten betrieblicher Wirklichkeit in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik, indem vor allem zivilgesellschaftliche Projekte in den Betriebsstandorten materiell unterstützt werden. Dieses Engagement – so zeigt die noch recht junge empirische Forschung zur Thematik – zeichnet sich bislang aber vor allem durch sachlich und zeitlich überschaubare Projekte aus, die in den Unternehmen eher personalisiert und selten unternehmensstrategisch konzipiert sind sowie auch nur eine lose Koppelung zwischen dem bürgerschaftlichen Engagement und dem Kerngeschäft aufweisen.

Allerdings orientiert sich dieses Engagement in den letzten Jahren vor allem bei umsatzstarken Großkonzernen

AUTOR

Sebastian Braun ist Universitätsprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin und leitet dort u.a. das Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement.

Bildrechte: HU Berlin



und – wie etwa Zeitreihenvergleiche von Frank Maaß erkennen lassen – zunehmend auch bei mittelgroßen Unternehmen an den internationalen CC-Debatten mit dem Nexus von „social case“ und „business case“. Dabei zeichnen sich „Suchbewegungen“ ab, bei denen Unternehmen „passförmige“ Projekte für strategisch und längerfristig angelegte CC-Konzepte sondieren und potenzielle Partnerorganisationen aus dem staatlichen Sektor – wie z.B. Schulen und Hochschulen – wie auch aus dem Nonprofit-Sektor „neu entdecken“. Diese Suchbewegungen sind für Unternehmen vielfach mit irritierenden Erfahrungen in „fremden Welten“ bildungsspezifischer, kultureller, sozialer oder sportbezogener Handlungsfelder verbunden, für die bislang staatliche Akteure wie auch Verbände und Vereine „Zuständigkeit“ beanspruchen (Sebastian Braun und Holger Backhaus-Maul).

Kooperation mit Hochschulen

In diesem Kontext können Hochschulen als strategische Kooperationspartner in CC-Programmen zunehmend bedeutsamer werden. Denn in diese Kooperationen können sie nicht nur ihre bildungsspezifische sachliche, soziale und personelle Infrastruktur in Forschung und Lehre „einbringen“. Vielmehr können sie auch ihre Expertise über relevante gesellschaftspolitische Herausforderungen wie auch innovative Konzepte für bildungsspezifische Problemlösungen zur Verfügung stellen und an unternehmerische CC-Vorstellungen „anschlussfähig“ machen. Bei dieser „Anschlussfähigkeit“ darf es sich nicht um neue Varianten unternehmensstrategischer Interventionen in die Freiheit von Forschung und Lehre unter

»Kritiker befürchten eine Unterordnung des öffentlichen Gutes ›Bildung‹ unter Ziele der unternehmerischen Gewinnmaximierung.«

dem Deckmantel einer vermeintlichen „Gemeinwohlorientierung“ handeln, sondern – wie Peter Schneider und Inga Enderle formulieren – „um die Ermöglichung eines stärkeren bürgerschaftlichen Engagements für ... Bildung in/der Freiheit“. Stichworte lauten in diesem Kontext: institutionelle Öffnungsprozesse für bürgerschaftliche Beteiligungsformen von Unternehmen in Verbin-



Foto: mauritius-images

dung mit der Entwicklung, Erprobung und Vertiefung von Kooperationsformen, die das Spannungsfeld zwischen einem nachhaltigen „social case“ und „business case“ unter Wahrung und Förderung der Freiheit von Forschung und Lehre aufzulösen vermögen.

Insofern gibt es keineswegs nur Befürworter entsprechender Öffnungsprozesse von Hochschulen für betriebswirtschaftlich rationalisierte CC-Engagements, sondern auch vielfältige Kritiker, die mit begründeten Argumenten etwa eine weitergehende Unterordnung des öffentlichen Gutes „Bildung“ unter Ziele der unternehmerischen Gewinnmaximierung befürchten. Daher werden für gelingende CC-Kooperationen auch veränderte Formen interorganisatorischer Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen weiterentwickeln sein, die auf eine Kohärenz öf-

fentlicher und privater Aktivitäten abzielen und die sich an längerfristigen Wirkungen und weniger an kurzfristigen Outputs orientieren. In diesem Kontext dürften gerade die aktuell zu beobachtenden „Suchbewegungen“ von Unternehmen gesellschaftspolitische Zeitfenster eröffnen, um eine „bildungsbezogene Engagementpolitik“ von Hochschulen speziell mit Blick auf das unternehmerische Bürgerengagement differenzierter zu entfalten und konzeptionell zu schärfen.

Vom Autor wurde zum Thema der Sammelband „Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Der deutsche Weg im internationalen Kontext“ herausgegeben und gemeinsam mit Holger Backhaus-Maul das Buch „Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland. Eine sozialwissenschaftliche Sekundäranalyse“ mit ausführlichen Literatur- und Quellenverzeichnissen veröffentlicht (beides VS Verlag, Wiesbaden 2010). Eine Fassung dieses Textes mit entsprechenden Literaturangaben kann bei der Redaktion von Forschung & Lehre angefordert werden.

Ein Plagiatsfall anderer Art

Der Transfer von Lehrmaterialien zwischen Universitäten in Australien

| **MATTHIAS MAIWALD** | In einigen englischsprachigen Ländern ist der Transfer von Lehrmaterialien zu einem wichtigen Bestandteil der Interaktion zwischen Universitäten geworden. Der folgende Bericht aus Australien handelt von einem Fall, bei dem es dabei zur Verletzung von Autorenrechten kam.

Von 2004 bis 2008 arbeitete ich an der School of Medicine der Flinders University in Adelaide im Staat South Australia. Das Curriculum entspricht einem „Postgraduate Medical Course“, der vier Jahre dauert und einen vorangegangenen Studienabschluss erfordert. Wichtige Lehrformen sind Problem-Based Learning (PBL) und Vorlesungen, daneben gibt es Praktika und klinische Rotationen im Krankenhaus. Etwa im Jahr 2006 wurde an-

»Ich schaltete die australische Universitäts-Gewerkschaft ein.«

gekündigt, dass das Flinders-Curriculum relativ erfolgreich war, und dass mehrere andere Universitäten es in Lizenz erworben hatten. Darunter waren Deakin University (im Bundesstaat Victoria), Griffith University (im Bundesstaat Queensland), und St. George's Medical School in London in England. Für die anderen Universitäten erschien dieser Transfer durchaus attraktiv, denn es handelte es sich um „Startup Medical Schools“, die zuvor noch keine Medizinfakultäten hatten. Durch den Trans-

fer wurde die Erstellung eines frischen Curriculums bedeutend erleichtert.

Ähnlichkeiten bei Lehrmaterialien

Im Spätjahr 2008 bekam ich durch eine Zufallskonstellation Einsicht in die Lehrmaterialien der Deakin University. Die PBL-Fälle waren praktisch identisch mit denjenigen der Flinders University. Jedoch abweichend von der Situation bei den Fällen von Flinders – wo auf der Titelseite die Namen der Autoren des jeweiligen Falls als „Case Writers“ aufgeführt waren – waren hier alle Autorennamen entfernt.

Etwas unterschiedlich war es bei den Vorlesungen. Diese waren schätzungsweise zur Hälfte bis zwei Dritteln identisch mit den Vorlesungen meiner Kollegen von der Flinders University und meinen eigenen, der Rest war unterschiedlich. Allerdings fehlten unsere Namen vollständig, und anstelle dessen erschienen die Namen des akademischen Personals der Deakin University groß und deutlich, und zwar auf dem Titeldia und jedem einzelnen Vorlesungsdia. Es fehlte jeglicher Hinweis auf Flin-

ders University und ihr akademisches Personal. Bei den Vorlesungen gab es eine Variationsbreite; manche wiesen eine sehr hohe Ähnlichkeit auf (ca. 90 Prozent), andere nur sehr geringe Ähnlichkeit (ca. 10 Prozent). Es gab zum Teil umfangreiche Textpassagen, die Wort für Wort identisch waren. Ebenso gab es Vorlesungs-Dias, die dem Anschein nach direkt digital kopiertes Bildmaterial (von Computer-Dateien) der Flinders-Vorlesungen verwendeten.

Erster Schriftwechsel mit Flinders University

Ich wandte mich in einem Schreiben an den Dekan der Medizinfakultät der Flinders University und bat ihn um ein „Acknowledgement“ bzw. „Attribution“, also eine namentliche Nennung und Anerkennung des akademischen Lehrpersonals der Universität. Nach mehreren Erinnerungen kam im Juli 2009 ein Brief vom Dekan. Darin wurde das Anliegen glatt abgelehnt und dargestellt, dass die Handhabung der Lehrmaterialien an der Deakin University vollkommen rechtens sei und im Einklang mit den Lizenzverträgen stehe. Überdies sei es nur zu einem Transfer von PBL-Fällen, nicht aber von Vorlesungsmaterialien gekommen. Diese seien unabhängig vom Lehrpersonal der Deakin University erstellt worden.

Einschalten der Universitäts-Gewerkschaft und Analyse

Im Dezember 2009 schaltete ich die australische Universitäts-Gewerkschaft National Tertiary Education Industry Union (NTEU) ein. Die Gewerkschaft stellte zunächst eine Analyse zur Verfügung. Demnach ist es so, dass australische Universitäten in der Regel das Copyright an den Lehrmaterialien ihrer Angestellten für sich beanspruchen. Im

AUTOR

Dr. med. habil. **Matthias Maiwald** ist Consultant in Microbiology im Department of Pathology and Laboratory Medicine am KK Women's and Children's Hospital in Singapore und Adjunct Associate Professor im Department of Microbiology der National University of Singapore. Neben studentischer Lehre liegen seine Interessensgebiete im molekularbiologischen Verfahren zum Nachweis und zur Charakterisierung von Krankheitserregern und zum anderen im Bereich der Krankenhaushygiene.



Copyright liegt das Recht auf kommerzielle Verwertung, etwa in Form von Lizenzverträgen. Dabei ist es nicht verpflichtend, die Autoren auch an den finanziellen Erträgen zu beteiligen. Jedoch gibt es im australischen Recht (Copyright Act von 1968) eine weitere Art von Anrechten: es handelt sich um „Moral Intellectual Property Rights“. Dies ist eine Form von Recht, die nicht auf finanzielle oder vertragliche Weise verankert ist. Es handelt sich um das Recht eines jeden Schaffenden, z.B. Autors oder Künstlers, als intellektueller Urheber eines Werks in adäquater Weise mit Namen benannt zu werden.

Im außeruniversitären Bereich ist diese Situation mit dem üblichen Verhältnis zwischen Kunstsammler und Künstler zu vergleichen. Während ein Kunstsammler ein Gemälde rechtlich besitzt und somit fast alles damit machen kann, wäre es dennoch illegal, wenn er die Namensbezeichnung des Künstlers mutwillig entfernen würde oder das Gemälde in der Öffentlichkeit als Werk eines anderen Künstlers bezeichnen würde. Im universitären Bereich wirkt das Gesetz darauf hin, dass bestimmte Formen des Plagiarismus verhindert werden sollen. Dies entspricht auch den allgemeinen akademischen Gepflogenheiten, dass bei Verwendung intellektueller Inhalte von anderen Schaffenden der jeweilige Autor und die Quelle zu erwähnen ist. Gemäß NTEU erfüllt die Art und Weise, wie die Lehrmaterialien an der Deakin University verwendet wurden, auch die Definition des Plagiarismus.

Im Februar 2010 sandte die Gewerkschafts-Präsidentin, Dr. Carolyn Allport, einen Brief an die Vice Chancellors (vergleichbar mit Rektoren) beider Universitäten. Darin forderte sie diese dazu auf, die Situation zu korrigieren. Sie forderte konkrete Schritte zur Anerkennung von Autoren auf ihren Materialien, eine förmliche Entschuldigung bei dem betroffenen Lehrpersonal und die Erstellung einer internen Übersicht über zirkulierende Lehrmaterialien und deren Urheber.

Verhalten positive Reaktion der Universität

Eine Antwort der Universität kam im Juni 2010. Eine Namensnennung der Flinders-Autoren auf den PBL Cases der Deakin University wurde in Aussicht gestellt. Allerdings ergab sich kei-

ne befriedigende Lösung bei den Vorlesungen. Ebenso fand sich trotz expliziter Aufforderung weder eine Bezugnahme auf die Situation an den anderen Universitäten, die Lehrmaterialien der Flinders erhalten hatten, noch ein Hinweis auf eine Entschuldigung beim betroffenen Lehrpersonal. Diese Defizite wurden in mehreren nachfolgenden Schreiben kritisiert.

»Der Transfer von Lehrmaterialien gewinnt immer mehr an Bedeutung.«

Eine weitere Antwort folgte im Januar 2011. Darin wurde in Aussicht gestellt, dass eine Liste der Flinders-Vorlesungen und deren Autoren auf der internen Lehr-Webseite der Deakin University zur Verfügung gestellt würde, und auf den Vorlesungsdias ein Hinweis erfolgen sollte, dass Teile der Vorlesung möglicherweise von Flinders-Autoren stammen könnten, mit Verweis auf die genannte Liste. Das Schreiben enthielt auch eine Entschuldigung mir gegenüber, aber immer noch keinen Hinweis auf eine Entschuldigung gegenüber dem anderen Lehrpersonal. Die Situation an den anderen Universitäten blieb weiter ungeklärt. Allerdings wurde in Aussicht gestellt, dass die Universität bei zukünftigen Transfers die Berücksichtigung geistigen Eigentums sicherstellen würde.

Zusammenfassend gibt es mehrere positive Schritte der Universitäten, allerdings erscheint die Angelegenheit insgesamt noch nicht befriedigend gelöst. Eine weitere Untersuchung durch die Gewerkschaft ist noch im Gange.

Strenge Anti-Plagiats-Richtlinien notwendig

Im vorliegenden Fall wurden von einer Empfänger-Universität Lehrmaterialien verwendet, die in weiten Teilen identisch waren mit denen der Ursprungs-Universität, bei denen aber die Namen der ursprünglichen Autoren entfernt worden waren und nur die Namen des Personals der anderen Universität als Autoren erschienen. Dies ist nicht nur unvereinbar mit australischem Recht, sondern es besteht auch ein klarer Bruch mit üblichen akademischen Gepflogenheiten.

Eine interessante Beobachtung ist, dass offensichtlich einige der Lehrbefugten der Deakin University die Mate-

rialien anderer Autoren wissentlich mit Nennung des eigenen Namens verwendet haben. Dies ist insofern bemerkenswert, als der Tatbestand des „Plagiarismus“ auch in Australien, wie in vielen anderen Ländern, als extrem verwerflich angesehen wird. Ebenso verfügt Deakin University über sehr strenge Anti-Plagiat-Richtlinien, die vom Lehrpersonal den Studenten wiederholt nahegebracht werden.

Wie ist es nun zu erklären, dass das Lehrpersonal selbst ganz offensichtlich am Plagiarismus beteiligt ist? Die wahren Gründe sind unbekannt, aber eine mögliche Erklärung liegt in einem Phänomen, welches als „Institutionalized Plagiarism“ bezeichnet wird (Martin B. 1994. Plagiarism: a misplaced emphasis. *Journal of Information Ethics* 3 (2): 36-47). Dabei wird durch bestimmte institutionelle Routinen und Hierarchien suggeriert, dass unter bestimmten Voraussetzungen ein solches Verhalten akzeptierbar sei. Das Gegenstück dazu ist „Competitive Plagiarism“, bei dem sich ein Autor einen direkt messbaren Vorteil verschafft, wie zum Beispiel im Rahmen von Seminararbeiten, Dissertationen oder wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

Eine weitere Dimension der Angelegenheit besteht darin, dass der Transfer von Lehrmaterialien zwischen akademischen Institutionen immer mehr an Bedeutung gewinnt. Aus Australien sind mehrere zusätzliche Beispiele bekannt von Universitäten, die ihre Curricula per Lizenzvereinbarungen anderen Universitäten zur Verfügung gestellt haben. Dies hat in der Regel Vorteile für beide Seiten: Die Lizenzierung von Lehrmaterialien unterstreicht einerseits das Ansehen der Ursprungs-Universität und wird zur Nebeneinnahmequelle, andererseits ermöglicht es den Empfänger-Universitäten, neue Lehrmodelle oder Studiengänge zügig einzuführen. Allerdings ist unbekannt, inwieweit diese Institutionen die Spielregeln akademischen Umgangs einhalten und eine konsequente Bezeichnung von Autoren auf Fremdmaterialien einhalten. Dazu existieren keine öffentlich zugänglichen Informationen.

Es wäre wünschenswert, zumindest in Australien, aber wahrscheinlich auch in anderen Ländern, einheitliche Regelungen zu finden, wie mit Autorschaften im Sinne der „Moral Intellectual Property Rights“ beim Transfer geistigen Eigentums zu verfahren ist.

Ergründet und entdeckt

Rasanter Anstieg

Seit Beginn der Industrialisierung steigt der Meeresspiegel schneller als je zuvor in den letzten zweitausend Jahren. Nach vielen Jahrhunderten mit stabilen oder nur langsam steigenden Werten geht die Kurve seit Ende des 19. Jahrhunderts steil nach oben. Das ergab eine Untersuchung eines internationalen Wissenschaftlerteams von Ablagerungen an der US-Atlantikküste – die erste durchgehende Rekonstruktion der Veränderungen des Meeresspiegels über einen solch großen Zeitraum. Die Wissenschaftler machten dabei vier Phasen aus: Von 200 vor Christus bis 1000 nach Christus war der Meeresspiegel stabil. Ab dem 11. Jahrhundert stieg er 400 Jahre lang um etwa fünf Zentimeter pro Jahrhundert an. Diesen Anstieg konnten die Forscher in Modellrechnungen mit der mittelalterlichen Warmperiode erklären. Die-

sem Anstieg folgte eine weitere stabile Periode mit kühlerem Klima, die bis ins späte 19. Jahrhundert reichte. Seither ist der Meeresspiegel im Zuge der globalen Erwärmung um rund 20 Zentimeter angestiegen. Dieser Anstieg sei um ein Mehrfaches schneller als alles, was es in den vorangegangenen 2 000 Jahren gegeben habe. Die neuen Daten erhärteten die physikalisch begründete Annahme, dass der Meeresspiegel umso rascher steigt, je wärmer das globale Klima wird. Obwohl Meeresspiegelschwankungen örtlich in gewissem Rahmen vom Verlauf des globalen Meeresspiegels abweichen können, gehen die Forscher davon aus, dass ihre Daten im Großen und Ganzen die Veränderungen im globalen Meeresspiegel aufzeigen (*Stefan Rahmstorf et al., Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, 20.6.2011*).

Streng oder tolerant?

Ein internationales Forscherteam hat in einer 32 Länder umfassenden Studie die Gründe dafür untersucht, warum manche Gesellschaften mehr und andere weniger tolerant sind gegenüber Verhalten, das von der Norm abweicht. Innerhalb der untersuchten Länder führt Pakistan die Liste der als restriktiv empfundenen Gesellschaften an, gefolgt von Malaysia, Singapur und Südkorea. Zu den tolerantesten Ländern zählen Estland,

Ungarn, Israel, die Niederlande und Brasilien. Den vordersten Platz belegt der Studie zufolge die Ukraine. Westdeutschland belegte Rang 18 und Ostdeutschland, das getrennt untersucht wurde, Rang 23. Die Wissenschaftler korrelierten ihre Befunde mit verschiedenen gesellschaftlichen, politischen und geografischen Faktoren. Einen starken Zusammenhang mit einer restriktiven Handhabung von Normen fanden die Forscher für sol-

Handys möglicherweise krebserregend

Handystrahlung ist „möglicherweise krebserregend“. Zu diesem Schluss kommt eine Expertengruppe der Internationalen Agentur für Krebsforschung IARC in Lyon. 31 Fachleute aus 14 Ländern hatten dort rund eine Woche lang „nahezu sämtliche verfügbaren wissenschaftlichen Belege“ ausgewertet, wie die IARC mitteilte. Ein Krebsrisiko durch hochfrequente elektromagnetische Strahlung, wie sie von Handys, Rundfunk und Radar benutzt wird, könne demnach nicht ausgeschlossen werden. Es sei im Moment nicht eindeutig belegt, dass die Nutzung von Mobiltelefonen Krebs bei Menschen auslösen kann. Dennoch entschlossen sich die Fachleute zur Einstufung der Strahlung als „möglicherweise krebserregend“ („possibly carcinogenic“), da es aus einzelnen Studien Hinweise auf ein möglicherweise erhöhtes Hirntumorrisiko vor allem bei starken Handynutzern gebe. Weitere Studien seien notwendig, auf deren Grundlage das Krebspotenzial der Strahlung in einigen Jahren erneut bewertet werden soll (*dpa, 6.6.2011*).



Foto: picture-alliance

che Faktoren, die das Leben in der Gemeinschaft auf Dauer belasten oder bedrohen, wie z.B. knappe Ressourcen und hohe Bevölkerungsdichten sowie häufige Naturkatastrophen, kriegerische Auseinandersetzungen oder Krankheiten. Zudem zeigten Länder mit strenger sozialer Normierung auch eine starke Tendenz zu politischer Repression. Darüber hinaus unterliegt die Frage der Toleranz oder Strenge als Bestandteil einer Kultur nicht nur aktuel-

len Einflüssen. Den Wissenschaftlern zufolge gibt es eine hochsignifikante Korrelation zwischen der Bevölkerungsdichte von vor 500 Jahren und dem Grad der gesellschaftlichen Strenge in dem jeweils untersuchten Land: Je höher die Einwohnerzahl zum damaligen Zeitpunkt, umso intoleranter die Gesellschaft in den Augen der heutigen Bewohner (*Klaus Bohlen et al., Jacobs University Bremen, 9.6.2011; DOI: 10.1126/science.1197754*).

Gut beraten?

Eine Studie von Finanzwissenschaftlern der Universitäten Frankfurt und Neapel zeigt, dass sich Depots von Anlegern, die Beratung in Anspruch nahmen, nicht besser entwickelten als Depots vergleichbarer Anleger, die sich nicht beraten ließen. Den Forschern zufolge lassen sich die Ergebnisse darauf zurückführen, dass die Berater die systematischen Anlagefehler ihrer Kunden nicht ausreichend korrigierten und häufig auch höhere Kosten produzierten. Nach einer Beratung nahmen Kunden deutlich mehr Umschichtungen an ihrem Depot vor – mit entsprechenden Verwaltungskosten – als Kunden, die ihr Depot selbst verwalteten. Weitere Forschungen hätten ergeben, dass Anleger, die sich eng an die Empfehlungen ihrer Bankberater hielten, der entsprechenden Filiale zu 20 Prozent höheren Einnahmen verholfen hätten. Probleme gebe es aber auch auf der Nachfrageseite: Viele Kunden meideten selbst qualifizierte Beratungsangebote und vertrauten lieber auf ihr eigenes, im Durchschnitt mäßiges Anlagegeschick. Untersuchungen hätten auch gezeigt, welcher Personenkreis typischerweise Anlageberatung in Anspruch nehme. Das seien überwiegend ältere, wohlhabendere und erfahrenere Investoren (*Andreas Hackethal et al., House of Finance, Universität Frankfurt, 30.5.2011*).

Der Fitteste vorneweg

Auch im Meer sind nicht alle Fische gleich – die fittesten schwimmen vorn, andere nutzen ihre Vorderleute, um ohne große Anstrengung im Mittelfeld mitzuschwimmen. Das berichtet ein internationales Forscherteam. Bisher hatten Forscher geglaubt, dass Fische in Schwärmen relativ gleich sind und ihre Position sich eher zufällig bildet. Für ihre Experimente nutzten die Wissenschaftler junge Gold-Meeräschen (*Liza aurata*). Diese Fische aus dem westlichen Mittelmeer bilden in der Natur große Schwärme. Es zeigte sich, dass die Spitzenposition den besten „Sportlern“ vorbehalten blieb. Lediglich bei schwacher Strömung war die Verteilung im Schwarm ein wenig ausgeglichener.



Kleine Meeräschen (*Liza saliens*) im Schwarm unterwegs

Apfelschale stärkt Mäusemuskeln

Ursolsäure, ein Bestandteil unter anderem der Apfelschale, reduziert bei Mäusen Muskelschwund und stärkt gleichzeitig deren Muskulatur. Wie US-amerikanische Wissenschaftler außerdem herausfanden, waren die damit behandelten Tiere

schlanker und ihre Blutwerte besser. Es sei noch nicht klar, ob sich diese Ergebnisse auf den Menschen übertragen ließen. In der Studie hätte sich die Substanz als aussichtsreich erwiesen. Die Säure wirke, indem sie zwei Hormone, die Muskelwachs-

tum fördern, unterstützt: den insulinähnlichen Wachstumsfaktor-1 (IGF1) und das Insulin (*Christopher Adams et al., Universität Iowa; DOI: 10.1016/j.cmet.2011.03.020; dpa, 13.6.2011*).

Allein regieren – länger leben

Die Anwesenheit von mehreren Ameisenköniginnen senkt sowohl die Lebenserwartung als auch die Eiablage rate. Das haben Wissenschaftler der Universität Regensburg herausgefunden. Sie untersuchten dafür verschiedene Kolonien der Ameisenart *Cardiocondyla*

obscurior – mit jeweils einer, zwei oder acht Königinnen. Die Zoologen gehen davon aus, dass der Einfluss der Königinnenzahl auf die Lebensdauer und die Sterblichkeit mit der Entwicklung der Ameisenstaaten zusammenhängt. Denn während einzelne Königinnen lange brauch-

ten, um einen Staat aufzubauen, der wiederum neue Königinnen produziert, würden Staaten mit mehreren Königinnen schneller wachsen und brächten auch zügiger Nachwuchs hervor. Die alten Königinnen würden daher in Staaten mit mehreren Königinnen nicht so lange

„gebraucht“ wie in Staaten mit nur einer Königin (*Jürgen Heinze et al., 8.6.2011; DOI: 10.1111/j.1420-9101.2011.02278.x*)

Zustimmung und Widerspruch

Heft 4/11: Der Fall zu Gutenberg



Kritische Fragen

Ich bin unzufrieden mit der Berichterstattung über den Fall zu Gutenberg, weil ich finde, dass eine universitätsnahe Zeitung mit hohem Anspruch ausgewogener hätte berichten müssen. Sie sind jedoch dem allgemeinen Trend der öffentlichen Meinung gefolgt und haben keine kritischen Fragen in die andere Richtung gestellt.

Wo findet sich zum Beispiel eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bericht der Universität Bayreuth? Warum hat diese Universität unter riesigem Medienaufwand einen Bericht erstellt, der nachweisen soll, dass Herr z.G. vorsätzlich gehandelt hat? Wofür war das von Bedeutung? Wie rechtfertigte sich das Vorgehen? Wie kommt es, dass bisher keine andere Universität in anderen Plagiatsfällen ähnlich verfahren ist? Waren die Berichtsverfasser unvoreingenommen? Ist der Bericht ohne Ansehen der Person, also so verfasst worden, wie man ihn auch für jeden anderen verfasst hätte? Gab es jemanden in der Kommission, der sich darum bemüht hat, die Stellungnahmen von Herrn z.G. ernst zu nehmen oder stand das Ergebnis der Untersuchung schon fest, bevor die Untersuchung überhaupt begonnen hatte?

Liegt der entscheidende Vorwurf der Universität darin, dass Herr z.G. nicht oder nicht deutlich genug zitiert hat? Wäre also seine Arbeit, um die entsprechenden Zitate ergänzt, akzeptabel gewesen? Haben die als Plagiat bezeichneten Partien der Arbeit irgendeinen die Thesen der Arbeit tragenden Charakter? Hat die Arbeit – unabhängig von den Plagiatsstellen – etwas Neues erbracht? Würde es sich lohnen, die um die fehlenden Zitate ergänzte Arbeit zu lesen?

Ist der Bericht der Universität Bayreuth überhaupt in sich schlüssig verfasst? Stimmt das, was dort gesagt wird und wirkt es überzeugend? Um zu bele-

gen, dass Herr z.G. vorsätzlich gehandelt hat, wird an einer Stelle hervorgehoben, dass er fremde Texte wörtlich einschließlich der Interpunktion übernommen hat. An anderer Stelle wird der Vorsatz daraus abgeleitet, dass Herr z.G. fremde Texte nicht wörtlich, sondern in Umformung übernommen hat. Ja, was soll denn nun richtig sein? Der ganze Text des Universitätsberichtes hätte doch einmal kritisch durchforstet werden müssen. Mit einem solchen Bericht präsentiert sich doch die Universitätszene ganz generell der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit kann erwarten, dass ein solcher Bericht die Tugenden der Universität widerspiegelt. Tut er das? Entspricht er universitärem Niveau?

In der ganzen Diskussion um Herrn z.G. und in den dazu ergangenen Stellungnahmen von mehreren Tausend Wissenschaftlern (!) konnte man den Eindruck gewinnen, dass das richtige Zitieren der Kernpunkt wissenschaftlicher Arbeit sei. Das ist aus meiner Sicht so nicht richtig. Wissenschaftliches Arbeiten sucht auf methodischem Weg neue nachprüfbarere Erkenntnisse zu gewinnen. Zitierregeln können dazu verhelfen, dass nicht alte Einsichten als neue Erkenntnisse angeboten werden. Eine solche Gefahr ist aber hinsichtlich der zentralen Aussagen einer Doktorarbeit regelmäßig auszuschließen, da der Doktorvater die zentralen Erkenntnisse zum Thema kennen wird. Bei der Ausgabe des Themas geht es ihm ja gerade darum, dass der Doktorand Neues ermittelt, was zum Alten hinzutreten soll. In dem zentralen Gedankengang von Doktorarbeiten wird daher so schnell nichts als neue Erkenntnisse angeboten werden können, was in Wahrheit schon von anderen herausgefunden worden ist.

Zitierregeln haben darüber hinaus in der Wissenschaft wie auch sonst im Leben den Sinn zu verhindern, dass man fremde Gedanken und Formulierungen als eigenes Geistesprodukt verkauft und sich so mit fremden Federn schmückt. Das gilt aber auch außerhalb des Wissenschaftsbereichs.

Eine Dissertation ist allerdings nicht nur eine wissenschaftliche Arbeit, son-

dern sie hat auch den Charakter einer Prüfungsleistung. Und im Doktorexamen wird wegen des Prüfungscharakters dieses Verfahrens eine umfassend dokumentierte Arbeit verlangt. Daher wird der Doktorgrad zu Recht entzogen, wenn die Dissertation die von der Promotionsordnung verlangten Dokumentationsanforderungen tiefgreifend verletzt. Viel wichtiger ist aber die Frage, ob die Arbeit einen Erkenntnisfortschritt bringt. Und ein solcher kann auch dann gegeben sein, wenn in Teilen der Arbeit die Zitierregeln missachtet worden sind.

Prof. Dr. Jens Peter Meincke, Universität zu Köln

Gutt-bye*

Die Auseinandersetzung von Forschung und Lehre mit der Causa Gutenberg ist zu begrüßen. Dass die Kritik an dem Vorgang des Plagiats wie auch am Verhalten des Ertappten berechtigt war, dürfte unter allen ernst zu nehmenden Wissenschaftlern Konsens sein. Wie die entlarvten Zuträger der Stasi es meist taten, gab auch er scheinbar nur die „Fehler“ zu, die schon bekannt waren. Von der beispiellosen Arroganz des Lügenbarons zeugte sein Statement vom 18.2., den Titel vorübergehend nicht führen zu wollen, bis zum Ergebnis der Prüfung durch die Universität Bayreuth. Welch beschämende Anmutung gegenüber seiner Alma Mater: Entweder er traute der Kommission nicht zu, ihm auf die Schliche zu kommen oder er hielt sie für so korrupt, sein Verhalten zu tolerieren. Die Behauptung, er habe „nicht absichtlich“ getäuscht, ist absurd. Alle maßgeblichen Wörterbücher setzen für „täuschen“ Bewusstheit, Absicht voraus. Ein Politiker, dem ich Urteilsfähigkeit zutraue, soll die Kritik an Guttenbergs skandalösem Verhalten als „un glaubliche Häme“ bezeichnet haben. Beträfe das dann auch die Wissenschaftsministerin? Oder haben die Medien falsch zitiert? Jedenfalls halten wir fest: „Summa cum laude“ war hier „Summa cum fraude“ erworben.

**Titel der Sendung von Maybritt Illner, ZDF 3.3.2011: „Gutt-bye – Held gestürzt, Kanzlerin gerettet?“*

Prof. Dr. Jürgen Werner, Berlin

Lesen und lesen lassen

Kunst und Wissenschaft

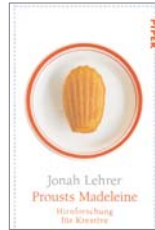
Proust was a Neuroscientist“ – der Titel der amerikanischen Originalausgabe von 2007 nennt Jonah Lehrers These: „Proust und die Neurowissenschaft hatten die gleiche Vision von der Wirkungsweise unseres Gedächtnisses. Wenn man genau hinhörte, dann sagten sie eigentlich das Gleiche.“ (S. 11f).

Alle acht Kapitel verfahren nach folgendem Muster: Zunächst wird ein Schriftsteller, Maler, Komponist vorgestellt, der intuitiv wissenschaftliche Entdeckungen vorweggenommen habe; anschließend werden die künstlerisch antizipierten Ergebnisse der jüngeren Forschung präsentiert. Damit weist Lehrer zum einen die Erkenntnisse der Naturwissenschaft als Wieder-Entdeckungen aus; zum anderen interpretiert er die empirische Forschung als Beweis der Hypothesen von Künstlern: „Heute wissen wir, dass Proust recht hatte, was das Erinnerungsvermögen betrifft, dass Cézanne den visuellen Cortex unheimlich präzise erfasst hat, dass Stein Chomsky voraussah und Woolf das Geheimnis des Bewusstseins lüftete. Die modernen Neurowissenschaften haben ihre künstlerischen Intuitionen bestätigt.“ (S. 15).

Obwohl Lehrer reduktionistische Tendenzen zurückweist, macht er nicht Halt vor groben Simplifikationen; so spricht er beispielsweise davon, „dass Whitmans Lyrik wirklich zutraf“ (S. 36) – als sei die ‚Richtigkeit‘ ihrer ‚Aussagen‘ ein Kriterium für Literatur, Malerei oder Musik.

Am Ende nimmt Lehrer Bezug auf Snows These von den ‚zwei Kulturen‘; er sieht die bisherigen Ansätze, die Kluft zwischen den Natur- und Geisteswissenschaften im Sinne einer ‚dritten Kultur‘ zu schließen, im Wesentlichen als gescheitert an und entwirft die Vision einer ‚vierten Kultur‘: „Sie wird eine pragmatische Sicht auf die Wahrheit haben und Wahrheit nicht nach ihren Ursprüngen, sondern im Hinblick auf ihre Nützlichkeit beurteilen.“

(S. 277). Es sind Äußerungen wie diese, die Anlass zum Zweifel geben, ob Lehrer damit Wissenschaft und Kunst gerecht wird.



Jonah Lehrer: Prousts Madeleine. Hirnforschung für Kreative. Piper Verlag, München 2010, 304 Seiten, 21,95 €.

Professor Dr. Karin Herrmann,
RWTH Aachen

Mut machen

Auf dem Weg zu einer akademischen Karriere mit Kindern gibt es viele Hindernisse: befristete Verträge, erwartete Mobilität, enormer Leistungsdruck und vieles mehr. 28 Wissenschaftlerinnen beschreiben in diesem Buch ihren alltäglichen Spagat zwischen Familie und Wissenschaft. Mut machen wollen sie und Möglichkeiten aufzeigen, wie sich beides miteinander verbinden lässt. Auch Väter und erwachsene Kinder kommen zu Wort. Die persönlichen Lebensverläufe machen deutlich, dass sehr viel von den individuellen Umständen abhängt und es daher auch nur individuelle Lösungen geben kann. Auffällig ist, wie häufig das Wort „Glück“ in den Berichten vorkommt, z.B. wenn sich Chancen auftaten oder Vorgesetzte Verständnis für die Familiensituation hatten. Sowohl in der akademischen Karriere als auch in der Familie lässt sich nicht alles planen, aber letztendlich vieles ermöglichen. Gemeinsam ist den Familien-Professorinnen jedoch auch die Erfahrung, an Grenzen zu stoßen. Und so müssen alternative Wege u.a. bei der Kinderbetreuung und den Arbeitszeiten gesucht werden, damit Professorin und zugleich Mutter zu sein in Zukunft leichter und selbstverständlicher wird.



Birgit Piechulla (Hg.): Professorin und Mutter – wie geht das? Spektrum Akademischer Verlag, Heidelberg 2011, 366 Seiten, 24,95 €.

Ina Lohaus

BÜCHER ÜBER WISSENSCHAFT

E.F. Darraz / G. Lenhardt / R.D. Reisz / M. Stock: **Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit** *Jenseits von Markt und Staat: Hochschulen in der Weltgesellschaft. transcript Verlag, Bielefeld 2011, 200 Seiten, 24,80 €.*

Anja Ebert-Steinhübel: **Modernisierungsfall(e) Universität** *Wege zur Selbstfindung einer eigensinnigen Institution. Rainer Hampp Verlag, München 2011, 291 Seiten, 29,80 €.*

Dieter Henrich: **Werke im Werden** *Über die Genesis philosophischer Einsichten, C.H. Beck Verlag, München 2011, 216 Seiten, 22,95 €.*

Justus Lentsch / Peter Weingart (Hg.): **The Politics of Scientific Advice** *Institutional Design for Quality Assurance. Cambridge University Press, Cambridge 2011, 416 Seiten, 24,95 €.*

H. Macha / S. Gruber, S. Struthmann: **Die Hochschule strukturell verändern** *Gleichstellung als Organisationsentwicklung an Hochschulen, Budrich Unipress, Leverkusen 2011, 322 Seiten, 36,- €.*

Richard Münch: **Akademischer Kapitalismus** *Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2011, 455 Seiten, 18,- €.*

Julia Offe: **Eine Stadt sieht GELB.** *Wie Lübeck seine Uni rettet. Verlag der Buchhandlung Weiland, Lübeck 2011, 200 Seiten; 9,95 €.*

Klaus Reinhardt: **Vom Wissen zum Buch** *Fach- und Sachbücher schreiben. Verlag Hans Huber, Bern, 2. überarb. u. erw. Aufl. 2011, 203 Seiten, 16,95 €.*

Entscheidungen

Vorlesungsrechte des Emeritus

Der Kläger ist emeritierter Hochschullehrer und hält regelmäßig Lehrveranstaltungen ab. Am beklagten Institut herrscht die allgemeine Praxis, interessierten Hochschullehrern Einsicht in Listen mit Angaben über die eingeschriebenen Studierenden (Name,

fahren mitwirken können. Art. 5 Abs. 3 GG gewährleiste auch insoweit die Freiheit der Lehre, und nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts folge daraus, dass der einzelne Grundrechtsträger als Angehöriger einer Hochschule ein Recht auf staatliche Maßnahmen auch organisatorischer Art habe, die zum Schutze der Lehrfreiheit unerlässlich seien. Jedoch könne ein Hochschullehrer von der

Hochschule nicht jede ihm genehme organisatorische Unterstützung zur Abhaltung seiner Lehrveranstaltungen und zur Mitwirkung an Prüfungen verlangen. Er müsse sich vielmehr auch auf andere geeignete Möglichkeiten verweisen lassen. Die freie Lehrbetätigung eines Hochschullehrers hänge nicht von der Einsichtnahme in Studierendenlisten ab. Für das Angebot von Lehrveranstaltungen und die Bereitschaft, an Prüfungen mitzuwirken reiche es vielmehr aus, wenn der Kläger entsprechende Hinweise – etwa am Schwarzen Brett, im Vorlesungsverzeichnis, im Internet – so gebe, dass Studierende diese zur Kenntnis nehmen könnten.

(Bundesverwaltungsgericht, 6. Senat, Beschluss vom 16.3.2011, Az. 6 B 47/10).

Lehrbeauftragte als Arbeitnehmer?

Der Kläger war über einen ununterbrochenen Zeitraum von 15 Jahren hinweg als Lehrbeauftragter an einer öffentlich-rechtlichen Hochschule

tätig. Die Lehraufträge wurden ihm jeweils semesterweise vom Rektor der Hochschule durch ein standardisiertes Schreiben mit dem Wortlaut übertragen „... auf Vorschlag des Instituts für ... erteile ich Ihnen den Lehrauftrag für das Lehrfach ...“. Das Schreiben enthielt ferner Hinweise zum Umfang des Lehrauftrags, zur Vergütung und zu sonstigen Modalitäten wie etwa der Stellung, Korrektur und Bewertung von Klausuren sowie der Erteilung von Leistungsnachweisen. Darüber hinaus bat der Rektor darum, die beigefügte Zustimmungserklärung unterzeichnet zurückzusenden. Nachdem der Kläger im Jahre 2010 keinen Lehrauftrag mehr erhielt, klagte er auf Feststellung, dass ein Arbeitsverhältnis bestehe, welches aufgrund sachgrundloser Befristungen als unbefristet zu gelten habe. Das Landesarbeitsgericht wies die Klage ab. Es bekräftigt die Rechtsprechung des Bundesarbeits- und des Bundesverwaltungsgerichts, wonach Lehrbeauftragte an Hochschulen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis besonderer Art und nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, wenn der Lehrauftrag durch eine einseitige Maßnahme der Hochschule erteilt werde. Ein derartiger einseitiger Verwaltungsakt liege stets vor, wenn sich die Hochschulleitung der Formulierung bediene, dass sie den Lehrauftrag „erteile“ etc. Die Verwaltungsaktqualität werde nicht dadurch in Frage gestellt, dass die Hochschule eine Zustimmungserklärung verlangt habe. Der alleinige Geltungsgrund für die Übertragung des Lehrauftrages liege vielmehr im behördlichen Ausspruch, nicht in der Mitwirkungshandlung des Dienstverpflichteten.

(Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, 13. Kammer, Urteil vom 15.12.2010, 3 Sa 78/10).

Wiltrud Christine Radau



Quelle: mauritius-images

Anschrift, Fachsemesterzahl) zu gewähren. Nachdem ihm die Einsichtnahme verweigert wurde, wandte er sich an das Verwaltungsgericht mit dem Argument, sein Anspruch auf Gleichbehandlung sei verletzt. Darüber hinaus sei es für einen effektiven Ablauf der Lehrveranstaltungen und die Kontrolle des Lernerfolgs notwendig, vor Semesterbeginn die gewünschten Angaben über die immatrikulierten Studierenden zu erhalten. Das Bundesverwaltungsgericht folgte dem nicht. Zwar sei unbestritten, dass emeritierte Professoren sowie Professoren im Ruhestand Lehrveranstaltungen abhalten und an Prüfungsver-

LESERSERVICE

Die Entscheidungen der Rubrik „Recht“ können in vollem Wortlaut bestellt werden bei: Forschung & Lehre, Rheinallée 18-20, 53173 Bonn, Fax: 0228/9026680, E-Mail: infoservice@forschung-und-lehre.de

Steuerrecht aktuell

Ausländische Einkünfte und Steuern

Der Kläger ist deutscher Staatsangehöriger, der mit seiner Ehefrau in Frankreich wohnt. Er hat einen weiteren Wohnsitz in Deutschland und erzielt u.a. Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit in Deutschland, während die Ehefrau nach ihren Angaben keine Einkünfte erzielt. Im Klageverfahren geht es nun um die Anwendung der vom Kläger beantragten Zusammenveranlagung, die das Finanzamt ablehnte.

Das Finanzgericht gab dem Kläger Recht, in dem es das Finanzamt verpflichtete, den Kläger zur Einkommensteuer zusammen zu veranlagern und die Einkommensteuer unter Anwendung der Splittingtabelle festzusetzen. Nach § 1 a EStG (2002) können nicht dauernd getrennt lebende Ehegatten auf Antrag zusammen veranlagt werden, wenn nur einer von ihnen die Voraussetzung der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht erfüllt. Voraussetzung ist zum einen, dass der unbeschränkt steuerpflichtige Ehegatte Staatsangehöriger eines Mitgliedsstaats der EU oder des EWR ist und der andere Ehegatte seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im EU-/EWR-Ausland hat. Zum anderen sind die Einkunftsgrenzen des § 1 Abs. 3 Satz 2 EStG zu beachten. Hierbei ist auf die Einkünfte beider Ehegatten abzustellen. Eine Zusammenveranlagung ist danach nur dann möglich, wenn entweder die Einkünfte beider Ehegatten im Kalenderjahr mindestens zu 90 Prozent der deutschen Einkommensteuer unterliegen oder die nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte den Betrag von 16 008 Euro nicht übersteigen (§ 32 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG). Außerdem muss die Höhe der nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte durch eine

Bescheinigung der zuständigen ausländischen Steuerbehörde nachgewiesen werden. Es besteht also eine Pflicht zur Vorlage, auch einer sogenannten „Nullbescheinigung“, für die nicht der deutschen Besteuerung unterliegenden Einkünfte. Soweit ausländische Finanzbe-

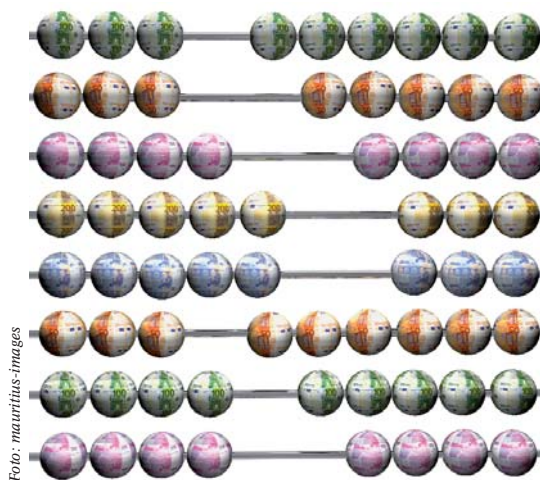


Foto: mauritius-images

hörden solche Bescheinigungen nicht ausstellen, lässt die deutsche Finanzverwaltung für Nicht-EU/EWR-Mitgliedsstaaten die Vorlage einer Bescheinigung einer deutschen Auslandsvertretung ausreichen, in der dies bestätigt wird.

Bundesfinanzhof, Urteil vom 8.9.2010 – I R 80/09

Versorgungsfreibetrag

Während das Finanzgericht Münster entschieden hat, dass die unterschiedliche Behandlung von privaten und öffentlichen Versorgungsbezügen verfassungsgemäß ist, ist diesbezüglich eine Revision beim Bundesfinanzhof anhängig. § 19 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 EStG in Verbindung mit dem Alterseinkünftegesetz sieht vor, dass von Versorgungsbezügen ein nach einem Prozentsatz ermittelter, auf einen Höchstbetrag begrenzter Betrag (der Versorgungsfreibetrag) und ein Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag steuerfrei bleiben.

Versorgungsbezüge sind dabei u.a. das Ruhegeld, Witwen- und Waisengeld oder Vorteile aus früheren Dienstleis-

tungen wegen Erreichens einer Altersgrenze, verminderter Erwerbstätigkeit oder Hinterbliebenenbezügen. Allerdings gelten Bezüge wegen Erreichens einer Altersgrenze erst dann als Versorgungsbezüge, wenn der Steuerpflichtige das 63. Lebensjahr, oder, wenn er schwerbehindert ist, das 60. Lebensjahr vollendet hat (§ 19 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 EStG).

Damit fallen von einem Arbeitgeber (z.B. einer GmbH) gezahlte Versorgungsbezüge nicht unter die Regelung des § 19 Abs. 2 EStG. Der Gesetzgeber habe – so das Gericht – mit dem Alterseinkünftegesetz zum 1.1.2005 auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten einen nicht zu beanstandenden Systemwechsel hin zur nachgelagerten Besteuerung der Altersbezüge vollzogen. Außerdem habe der Gesetzgeber den ihm bei der Beschaffung einer Übergangsregelung zustehenden Entscheidungsspielraum nicht überschritten.

Finanzgericht Münster, Urteil vom 11.2.2011 – 14 K 787/09 E – Revision eingelegt (Az.: Bundesfinanzhof VI R 12/11)

Umsatzsteuerbefreiung für ärztliche Leistungen

Leistungen eines Arztes sind nur dann steuerfrei, wenn sie der medizinischen Betreuung von Personen durch das Diagnostizieren und Behandeln von Krankheiten oder anderer Gesundheitsstörungen dienen (Art. 32 Abs. 1 Buchstabe c der MwStSystRL und Entscheidung des EuGH vom 14.9.2000 C-384/98). In diesem Sinne ist § 4 Nr. 14 UStG auszulegen und zwar unabhängig davon, um welche konkrete heilberufliche Leistung es sich handelt (z.B. Untersuchungen, Attest, Gutachten), für wen sie erbracht wird (Patient, Gericht, Sozialversicherung, o.ä.) und wer sie erbringt (freiberuflicher oder angestellter Arzt usw.). Insofern muss genau unterschieden werden, wann es sich bei Gutachten für rechtliche Verfahren, für Verfahren der Sozialversicherungen, für private Zwecke, im Todesfall und sonstige ärztliche Leistungen um steuerpflichtige Umsätze und wann um steuerfreie Umsätze handelt.

Oberfinanzdirektion Karlsruhe, Verfügung vom 5.4.2011, S 7170

Birgit Ufermann

Besser wirken, mehr erreichen

Kleiner Knigge für Kongresse und Tagungen

| CAROLIN LÜDEMANN | **Nach wie vor sind gute Umgangsformen und korrekte Bekleidung die Grundlage für den beruflichen Erfolg. Wie gelingt seriöses Auftreten, korrektes Benehmen und eine gepflegte Erscheinung?**

Der amerikanische Präsident Calvin Coolidge (1872–1933) lud einmal Freunde aus seiner Heimatstadt zum Abendessen ins Weiße Haus ein. Unsicher, ihrer eigenen Tischmanieren wegen, entschlossen sich die Gäste, all das zu tun, was Coolidge auch tat. Diese Strategie funktionierte bis zu dem Zeitpunkt, als der Kaffee serviert wurde. Der Präsident goss seinen Kaffee in die Untertasse. Die Gäste taten es ihm nach. Coolidge fügte dem Kaffee Rum und Zucker hinzu. Die Gäste taten dasselbe. Dann beugte sich Coolidge zur Seite und stellte die Untertasse für die Katze auf den Boden...

Diese kleine Anekdote zeigt, wie verheerend es sein kann, wenn man selber nicht ganz sattelfest in punkto „Umgangsformen“ ist. Auch wenn man nicht immer jede Regel immer und überall pingelig genau zur Anwendung bringen muss. Denn „zu viel des Guten“ kann auch Distanzen schaffen. In einem schwarzen Dreiteiler mit weißem Hemd und roter Krawatte mag man gut gekleidet sein, wenn man einen Termin mit dem Geschäftsführer eines konservativen Unternehmens hat. Hat man dagegen ein Gespräch in einer kreativen Branche, könnte der traditionelle Dresscode eher auf wenig Gegenliebe stoßen. Doch nur, wer die Regeln kennt, kann auch entscheiden, was er konkret für entbehrlich hält und ist in der Lage, zu erkennen, an welchen Gepflogenheiten man sich besser (nicht) beteiligt.

Der erste Eindruck zählt

Wer sich über „Umgangsformen“ Gedanken macht, kommt an dem Thema „Der erste Eindruck“ nicht vorbei. Tag für Tag lernen wir neue Menschen kennen, so natürlich auch auf Kongressen und Tagungen. Wir verschaffen uns von ihnen einen ersten Eindruck – aber selbstverständlich gilt das auch umgekehrt. Wie lange dauert es nun also, dass Ihr Gegenüber von Ihnen einen ersten Eindruck gewinnt? Man geht davon aus, dass der erste Eindruck innerhalb von nur drei Sekunden entsteht. Leider ist sich die Wissenschaft hier nicht ganz einig, und es gibt auch Vertreter, die der Auffassung sind, es dauere lediglich 0,3 Sekunden bis unser Schicksal im ersten Eindruck besiegelt ist. Aufgrund der Kürze der Zeit können Sie im ersten Eindruck nur geringfügig mit Worten überzeugen. Vielmehr zählt das äußere Erscheinungsbild, das von Kleidung und Körpersprache bestimmt wird.

Korrekte Kleidung, ein seriöses Auftreten und ein gepflegtes Erscheinungsbild sind natürlich auch über den ersten Eindruck hinaus gefragt. Vor allem in Berufen mit direktem Kundenkontakt sind konservative Outfits an der Tagesordnung. Ein seriöses Outfit steht für ein insgesamt seriöses Auftreten der Mitarbeiterin und des Unternehmens. Umgekehrt gilt das leider auch: Ein nachlässiges Erscheinungsbild legt den Schluss nahe, dass man es womöglich nirgendwo im Unternehmen so ganz genau nimmt... Jede Branche, jedes Unternehmen und jede Abteilung hat jedoch seinen eigenen, meist ungeschriebenen, Dresscode. Für den perfekten Auftritt gilt: je höher die Position innerhalb einer Hierarchie, umso dunkler ist die Farbe der Kleidung. Als besonders kompetent und zuverlässig gelten infolgedes-

sen dunkle, gedeckte Farben wie dunkelblau oder dunkelgrau. Schwarz dagegen ist eine „Farbe“, die tendenziell Distanzen schafft, der jedoch mit Pastelltönen wie einem hellblauen Hemd die Strenge genommen werden kann. Abzuraten ist von einem komplett dunklen Dresscode wie zum Beispiel einem schwarzen Anzug plus dunklem Hemd. Auch diese Kombination gilt als wenig kommunikativ und ist daher für Tagungen und Kongresse nicht besonders gut geeignet. Neben der Kleidung und dem allgemeinen Erscheinungsbild gehört auch die Körpersprache zu den nonverbalen Signalen. Formulierungen wie „mit beiden Beinen im Leben stehen“, „mit Händen und Füßen reden“ oder „den Kopf hängen lassen“ verdeutlichen, welche Aussagekraft der Körpersprache zukommt. So findet es Ihr Gegenüber durchaus sympathisch, wenn Sie Folgendes beherzigen:

Blickkontakt: Wem wir in die Augen sehen, dem sprechen wir Aufmerksamkeit, Interesse und Aufgeschlossenheit zu. Suchen Sie daher als Zuhörer den ständigen Blickkontakt zu Ihrem jeweiligen Gesprächspartner. Tabu

TIPP

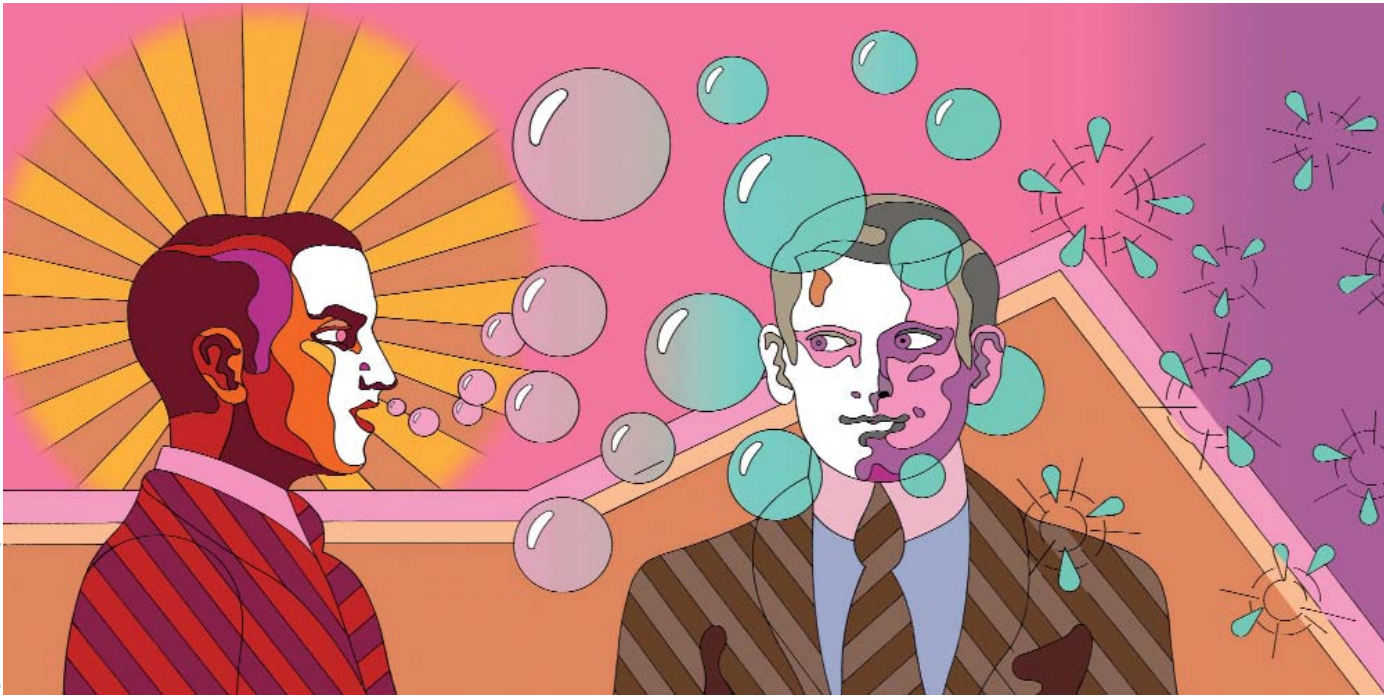
Tragen Sie nicht mehr als 9 Dinge sichtbar und kombinieren Sie nicht mehr als drei Farben und zwei Muster miteinander. Sie wirken sonst unruhig und „überladen“. Das bedeutet zum Beispiel für die Damen:

- 1 Hose
- 1 Paar Schuhe
- 1 Paar Strümpfe
- 1 Bluse
- 1 Blazer
- 1 Kette
- 1 Paar Ohrringe
- 1 Ring
- 1 Uhr

AUTORIN

Carolin Lüdemann arbeitet als Business-Coach in Stuttgart und ist Mitglied des deutschen Knigge-Rates.





ist es, den Blick auf den Körperbereich unterhalb der Schultern zu richten. Frauen heften ihre Blicke übrigens gerne auf Unzulänglichkeiten der anderen; Männer lenken ihre Blicke gerne auf die Vorzüge des Gegenübers.

Lächeln: Insbesondere beim ersten Kennenlernen ist ein Lächeln von bleibendem Wert. Sie machen dadurch einen freundlichen und sympathischen Eindruck. Nicht zu lächeln wird nicht nur als Zeichen von Unfreundlichkeit gewertet, sondern gilt auch als Hinweis für eine momentane Unsicherheit. Das kann gerade in fremder Umgebung, zum Beispiel auf Messen, unfreiwillig der Fall sein.

Händedruck: Dieser kann Reserviertheit, Nervosität oder Vereinnahmung zum Ausdruck bringen. Der Händedruck ist fest und erfolgt mit der ganzen Hand. Geben Sie Ihrem Gegenüber nicht nur die Finger in die Hand, sondern achten Sie darauf, dass sich ihre Handflächen berühren. Unterschätzen Sie nicht die Bedeutung eines Händedrucks: Zum einen können Sie den anderen dadurch zur Selbstvorstellung animieren. Zum anderen ist

es ein Zeichen von Vertrauen und aufrichtigem Interesse, wenn man seine Handflächen ineinander legt. Doch Vorsicht: Ein Händedruck sollte nicht länger als drei Sekunden andauern,

Offene Körperhaltung: Sie wirken umso positiver, je offener Ihre Körperhaltung ist. Das bedeutet: Nicht die Schultern hängen lassen, gerade stehen, gehen und sitzen und vor allem keine geschlossene Körperhaltung einnehmen. Achten Sie darauf, die Arme nicht vor der Körpermitte zu verschränken: Der Klassiker unter den geschlossenen Körperhaltungen signalisiert Ablehnung, Desinteresse sowie Unsicherheit oder bedeutet schlicht und ergreifend, dass Ihnen gerade kalt oder sehr gemütlich ist. Gerade in fremder Umgebung neigen wir alle sehr viel häufiger zu einer geschlossenen Haltung, als uns selbst bewusst ist und lassen damit zu, dass der andere unsere Haltung unbewusst als ablehnend deuten könnte. Nehmen Sie die Hände vor den Körper, halten Sie sie oberhalb der Gürtellinie in der positiven Zone und legen Sie die Hände locker ineinander. Im Idealfall zeigen Sie dabei

eine Handinnenfläche. In früheren Zeiten bedeutete das Zeigen der Handinnenfläche, dass man nicht bewaffnet war. Heute deuten wir diese Geste anders und signalisieren dadurch, dass wir nichts zu verbergen haben. Absolut tabu ist es, Hände in den Hosentaschen zu verstecken (negativer Bereich unterhalb der Gürtellinie und Hände nicht sichtbar) oder diese hinter dem Rücken zu halten.

Smalltalk: Die Kunst des kleinen Gesprächs

Unterschätzen Sie nicht die Bedeutung dieser kleinen, aber feinen Gespräche. Wer das lockere Geplauder beherrscht, überzeugt mit besten Umgangsformen sowie sozialer Kompetenz und besitzt das richtige Handwerkszeug, um persönliche Beziehungen schaffen zu können. Gute Themen sind solche, bei denen jeder mitreden kann. So zum Beispiel das Thema „Wetter“. Hüten Sie sich da-

vor das kleine Gespräch in einen Fachvortrag ausufern zu lassen, vor allem dann nicht, wenn Sie nicht mit Sicherheit davon ausgehen können, dass Ihr Gesprächspartner über das gleiche Know-how und Hintergrundwissen verfügt wie Sie selbst. Die besten Karten haben Sie, wenn Sie über „Gemeinsamkeiten“ plaudern. So zum Beispiel die Veranstaltung selbst oder der Ort, an der diese stattfindet. Ein gutes Smalltalkgespräch entsteht nur dann, wenn Gleichgewicht im Gespräch herrscht. Das bedeutet: Hoffen Sie, dass Ihr Gegenüber mehr als nur ein paar kurze Sätze von sich gibt, so müssen Sie in Vorleistung gehen. Wer auf die Frage „Wie gefällt Ihnen die Veranstaltung?“ nur mit „Danke, gut. Und Ihnen?“ antwortet, sollte sich nicht wundern, wenn sich sein Gegenüber auch eher wortkarg präsentiert.

WICHTIGE ADRESSEN:

www.carolin-luedemann.de
www.stil.de

Habilitationen und Berufungen

Theologie

PD Dr. Michael **Reichardt**, *Universität zu Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine W2-Professur für Biblische Einleitungswissenschaften und Zeitgeschichte angenommen.

Prof. Dr. Barbara **Schmitz**, *Technische Universität Dortmund*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* abgelehnt und einen Ruf auf eine Professur für Altes Testament und Biblisch-Orientalische Sprachen an der *Universität Würzburg* angenommen.

Philosophie und Geschichte

Prof. Dr. Christoph **Cornelissen**, *Universität zu Kiel*, hat einen Ruf an die *Universität Düsseldorf* auf eine W3-Professur für Neuere Geschichte angenommen.

Prof. Dr. Jürgen **Dendorfer**, *Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt*, hat einen Ruf an die *Universität Freiburg* auf eine W3-Professur für Mittelalterliche Geschichte (Früh- und Hochmittelalter) mit dem Schwerpunkt auf der Landesgeschichte des deutschsprachigen Südwestens angenommen.

Dr. Márta **Fata**, *Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde Tübingen*, habilitierte sich an der *Universität Tübingen* und es wurde ihr die Lehrbefugnis für das Fach Neuere Geschichte erteilt.

PD Dr. Jörg **Ganzenmüller**, *Universität Jena*, habilitierte

sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Osteuropäische Geschichte erteilt.

Dr. Steffen **Groß**, *Brandenburgische Technische Universität Cottbus*, habilitierte sich in dem Fach Philosophie.

Dr. Jürgen **Nielsen-Sikora**, *Universität zu Köln*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Neuere und Neueste Geschichte erteilt.

PD Dr. Jörg **van Norden**, *Universität Bielefeld*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Didaktik der Geschichte erteilt.

Prof. Dr. Ute **Planert**, *Bergische Universität Wuppertal*, hat einen Ruf an die *Katholische Universität Leuven/Belgien* auf eine Professur für European Political History, 19./20. Century, erhalten.

Prof. Dr. Volker **Remmert**, *Universität Aarhus/Dänemark*, hat einen Ruf an die *Universität Graz/Österreich* auf eine Professur für Wissenschaftsgeschichte abgelehnt und einen Ruf an die *Bergische Universität Wuppertal* auf eine W2-Professur für Wissenschafts- und Technikgeschichte angenommen.

PD Dr. Mark **Spoerer**, *Deutsches Historisches Institut Paris/Frankreich*, hat einen Ruf an die *Universität Regensburg* auf eine W3-Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte angenommen.

Jun.-Prof. Dr. Jan **Stievermann**, *Universität Tübingen*, hat einen Ruf an die *Univer-*

sität Heidelberg auf eine W3-Professur für Geschichte des Christentums in den USA erhalten.

Gesellschaftswissenschaften

Dr. Jan **Dettmers**, *Universität Hamburg*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine Junior-Professur für Arbeits- und Organisationspsychologie erhalten.

Prof. Dr. Nicolai **Dose**, *Universität Siegen*, hat einen Ruf an die *Universität Duisburg-Essen* auf eine Professur für Politikwissenschaften angenommen.

Dr. Hermann **Dülmer**, *Universität zu Köln*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Soziologie erteilt.

PD Dr. phil. habil. Claudia **Fahrenwald**, *Universität Augsburg*, habilitierte sich, und es wurde ihr die Lehrbefugnis für das Fach Erziehungswissenschaft erteilt.

Jun.-Prof. Christina **Gathmann**, Ph.D., *Universität Mannheim*, hat einen Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine W3-Professur für Arbeitsmarkt/Neue Politische Ökonomik erhalten.

Prof. Dr. Philipp **Genschel**, *Jacobs University Bremen*, hat einen Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine W3-Professur für Moderne Politische Theorie mit Schwerpunkt Institutionen- und Steuerungstheorie erhalten.

PD Dr. Arne **Güllich**, *Technische Universität Kaisers-*

lautern, wurde zum W2-Professor im Fachbereich Sozialwissenschaften ernannt.

Dr. Petra **Hänert**, *Universität zu Kiel*, hat einen Ruf an die *Medical School Hamburg* auf eine W2-Professur für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie angenommen.

Prof. Dr. Adelheid **Hu**, *Universität Hamburg*, hat einen Ruf an die *Universität Luxemburg* auf eine Professur für Educational Sciences: Multilingual Learning and Literacies erhalten.

PD Dr. theol. Axel Bernd **Kunze**, *Universität Trier*, habilitierte sich an der *Universität Bonn* und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Erziehungswissenschaft erteilt.

Prof. Dr. Dirk **Loerwald**, *Universität zu Kiel*, hat einen Ruf an die *Universität Oldenburg* auf eine W2-Professur für Ökonomische Bildung erhalten.

Prof. Dr. Annette **Scheunflug**, *Universität Erlangen-Nürnberg*, hat einen Ruf an die *Universität Potsdam* auf eine Professur für Allgemeine Erziehungswissenschaft abgelehnt.

Prof. Wolfram **Schlenker**, Ph.D., *Columbia University New York/USA*, hat einen Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine W3-Professur für Arbeitsmarkt/Neue Politische Ökonomik abgelehnt.

Prof. Dr. Joachim **Schröder**, *Universität Frankfurt am Main*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine W3-Professur für Erziehungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Beeinträchtigung des Lernens einschließlich inklusiver Erziehung und Bildung angenommen.

PD Dr. Claudia **Wahn**, *Universität zu Köln*, habilitierte sich, und es wurde ihr die Lehrbefugnis für das Fach Heil- und Sonderpädagogik mit dem Schwerpunkt Sprachheilpädagogik erteilt.

Prof. Dr. Reimut **Zohnhöfer**, *Universität Bamberg*, hat einen Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine W3-Professur für Politische Wissenschaft angenommen.

Philologie und Kulturwissenschaften

PD Dr. Angelika **Jacobs**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich, und es wurde ihr die Lehrbefugnis für das Fach Deutsche Sprache und Literatur erteilt.

Dr. Helmke Jan **Keden**, *Evangelisches Dietrich Bonhoeffer Gymnasium Hilden*, hat einen Ruf an die *Hochschule für Musik Detmold* auf eine W2-Professur für Fachdidaktik der Musik abgelehnt und einen Ruf an die *Universität zu Köln* auf eine W2-Professur für Musikpädagogik angenommen.

PD Dr. Florian **Kragl**, *Universität Wien/Österreich*, hat einen Ruf an die *Universität Erlangen-Nürnberg* auf eine W2-Professur für Ältere Deutsche Literatur angenommen.

PD Dr. phil.habil. Kai **Merten**, *Universität zu Kiel*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Anglistische Literatur- und Kulturwissenschaft erteilt.

Dr. Ralph **Olsen**, *Pädagogische Hochschule Karlsruhe*, hat einen Ruf an die *Pädagogische Hochschule Ludwigsburg* auf eine W3-Professur für Literaturwissenschaft/Literaturdidaktik mit den Schwerpunkten Literarisches Lernen und Theaterdidaktik angenommen.

Dr. Giulio **Pagonis**, *Universität Heidelberg*, hat einen Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine W1-Stiftungs-Juniorprofessur für Deutsch als Zweitsprache angenommen.

PD Dr. Julia **Pauli**, *Universität zu Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine W2-Professur für Ethnologie erhalten.

Prof. Dr. Ursula **Reutner**, *Universität Passau*, hat einen Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine W3-Profes-

sur für Übersetzungswissenschaft Französisch erhalten.

Prof. Dr. Judith **Samen**, *Universität Siegen*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine Professur für Kunst, Schwerpunkt Fotografie, angenommen.

PD Dr. Christoph **Schubert**, *Universität Würzburg*, hat einen Ruf an die *Universität Vechta* auf eine W2-Professur für Anglistische Sprachwissenschaft erhalten.

Adjunct Prof. (Docent) Dr. Michael **Szurawitzki**, *Universität Siegen*, habilitierte sich an der *Universität Regensburg* in dem Fach Deutsche Philologie/Deutsche Sprachwissenschaft.

Dr. Evi **Zemanek**, *Universität Erlangen-Nürnberg*, hat einen Ruf an die *Universität*

Anzeige

UTS DIE EXPERTEN FÜR IHREN UMZUG

DIE WELT BEWEGT SICH MIT UNS

FULL SERVICE UND KOMPETENTE BETREUUNG

Jeder Umzug ist anders, stellt seine eigenen Anforderungen. Sie erhalten die individuellen Lösungen dazu. Unsere Umzugsspezialisten garantieren einen Umzug nach Ihren Wünschen und Vorstellungen, pünktlich und sicher, egal ob es nur ein paar Strassen weitergeht oder in ein anderes Land.

Die Vorteile für Sie:

- ausführliche Beratung im Vorfeld
- klares Angebot unter Beachtung des Bundesumzugskostengesetzes (BUKG/LUKG)
- geschultes Fachpersonal
- komplettes Ein- und Auspacken Ihres Hausstandes
- fachgerechte De- und Montage aller Möbelsysteme
- Spezialverpackungen, z.B. für Antiquitäten, Kunstgegenstände etc.
- Einbauküchenservice mit allen Anschlussarbeiten
- Lampenmontage und Dübelarbeiten
- spezielle Transportlösungen für Pflanzen, Haustiere, etc.
- Teppichbodenservice
- dauerunabhängige Lagerung in klimatisierten Hallen



INTERESSIERT? Dann rufen Sie doch einfach an!

AUGSBURG	Spedition Stahl – Tel.: +49(0)8232.9670-0 – info@spedition-stahl.de
BERLIN	Haberling GmbH & Co.KG – Tel.: +49(0)30.349900-0 – haberling@haberling.de
BERLIN	Gerhard Kanitz KG – Tel.: +49(0)30.7879590 – info@kanitz.de
COTTBUS	Michael Wenzel – Tel.: +49(0)35603.1600 – info@uts-wenzel.de
DRESDEN	Paul v. Maur GmbH – Tel.: +49(0)35204.71210 – info@uts-dresden.de
FRANKFURT	G.N. Deuerling GmbH – Tel.: +49(0)69.389841-0 – deuerling@deuerling.de
FRANKFURT	Max Jacobi Spedition GmbH – Tel.: +49(0)69.40893393 frankfurt@max-jacobi.de
KIEL	Max Jacobi Spedition GmbH – Tel.: +49(0)431.33939-0 – kiel@max-jacobi.de
LEIPZIG	MS Umzüge GmbH – Tel.: +49(0)34297.1405-0 – info@ms-umzuege.de
MÜNCHEN	Intermove GmbH – Tel.: +49(0)89.189386-33 – info@intermove.de
OSNABRÜCK	Heinrich Koch GmbH – Tel.: +49(0)541.12168-50 – info@uts-osnabrueck.de
STUTTGART	Paul v. Maur GmbH – Tel.: +49(0)711.3276-100 – info@uts-stuttgart.de
ULM/NEU-ULM	Harder Logistics – Danieli & Spann OHG – Tel.: +49(0)731.400197-0 – info@harder-logistics.com

Freiburg auf eine Junior-Professur für NDJ/Intermedialität angenommen.

Rechtswissenschaft

Dr. Christian **Alexander**, *Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine W3-Professur für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht und Medienrecht angenommen.

Prof. Dr. Ivo **Appel**, *Universität Augsburg*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine W3-Professur für Öffentliches Recht mit Nebengebieten, vorzugsweise Umweltrecht, angenommen.

Dr. Judith **Brockmann**, *Hochschule Neubrandenburg*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine Junior-Professur für Arbeitsrecht unter besonderer Berücksichtigung rechtswissenschaftlicher Fachdidaktik angenommen.

Prof. Dr. Jochen **Bung**, *Universität Passau*, wurde zum W3-Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht ernannt.

Prof. Dr. Stefan **Greiner**, *Universität zu Köln*, hat einen Ruf an die *Ruhr-Universität Bochum* auf eine W2-Professur für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Sozialrecht angenommen.

Prof. Dr. Matthias **Jestaedt**, *Universität Erlangen-Nürnberg*, hat einen Ruf an die *Universität Freiburg* auf eine Professur für Öffentliches Recht angenommen.

PD Dr. iur. Eva Inés **Obergfell**, *Technische Universität München/Universität Konstanz*, hat einen Ruf an die *Humboldt-Universität zu Berlin* auf eine W2-Professur für Bürgerliches Recht, insbesondere Urheberrecht und

Nebengebiete des Immaterialgüterrechts, sowie einen weiteren Ruf an die *Universität Bonn* auf eine W2-Professur für Bürgerliches Recht und Nebengebiete erhalten.

Prof. Dr. Peter **Oestmann**, *Universität Münster*, hat einen Ruf an die *Universität Frankfurt am Main* auf eine Professur für Zivilrecht und neuere Rechtsgeschichte abgelehnt.

Dr. Arne **Pilniok**, *Universität Hamburg*, hat einen Ruf der *Universität Hamburg* auf eine Junior-Professur für Öffentliches Recht unter besonderer Berücksichtigung rechtswissenschaftlicher Fachdidaktik angenommen.

PD Dr. Frank Peter **Schuster**, Mag. iur., *Universität Mainz*, hat einen Ruf an die *Universität Würzburg* auf eine W3-Professur für Internationales Strafrecht angenommen.

Prof. Dr. Marc-Philippe **Weller**, *Universität Mannheim*, hat einen Ruf an die *Universität Freiburg* auf eine W3-Professur für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht angenommen und einen Ruf an die *Universität Tübingen* auf eine W3-Professur für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Rechtsvergleichung abgelehnt.

FAQ KARRIERE

Welche Gründe gibt es für einen Wechsel von C nach W?

Mit der Implementierung der W-Besoldung durch das Professorenbesoldungsreformgesetz ist die C-Besoldung abgelöst worden. Das bedeutet, dass bei Neueinstellungen von Professorinnen und Professoren diesen nur noch ein Amt der Besoldungsgruppe W verliehen werden kann. Außerdem können auch Professoren, die bislang nach C besoldet wurden, im Falle eines Rufes nunmehr nur noch in ein Amt der Besoldungsgruppe W wechseln. Dies gilt sowohl für Berufungs- als auch für Bleibeverhandlungen, sofern der Berufene eine Besoldungsverbesserung realisieren möchte. Dabei ist darauf zu achten, das die neben den – im Vergleich zur C-Besoldung niedrigeren – Grundgehältern gewährten Leistungsbezüge in der W-Besoldung möglichst unbefristet, dynamisiert und ruhegehaltfähig gewährt werden. Nur so kann verhindert werden, dass ein Wechsel von C nach W hinsichtlich der Altersversorgung nicht zu möglichen Nachteilen führt. Daneben besteht in Bund und Länder auch die Möglichkeit, auf Antrag von C nach W zu wechseln. Interessant kann ein solcher Antragswechsel regelmäßig dann sein, wenn die konkrete Aussicht darauf besteht, an dem leistungsorientierten Zulagensystem der W-Besoldung etwa in Form von Funktionszulagen unmittelbar partizipieren zu können. Vor einem solchen – unwiderruflichen – Antragswechsel sollten die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen hierfür allerdings genau geprüft werden. Insbesondere sollte auch hier sichergestellt sein, dass sich im Hinblick auf die zukünftige Versorgung keinerlei Nachteile aus einem solchen Wechsel ergeben.

Sven Hendricks

Wirtschaftswissenschaften

Jun.-Prof. Dr. Markus **Bick**, *ESCP Europe Wirtschaftshochschule Berlin*, hat einen Ruf der *ESCP Europe Wirtschaftshochschule Berlin* auf eine W3-Professur für Wirtschaftsinformatik angenommen.

Dr. Alexander **Bode**, *Technische Universität Darmstadt*, hat einen Ruf der *Technischen Universität Darmstadt* auf eine Stiftungs juniorprofessur für Cluster- und Wertschöpfungsmanagement angenommen.

Prof. Dr. Gerrit **Brösel**, *Technische Universität Ilmenau*, hat einen Ruf an die *Fern-Universität in Hagen* auf eine W3-Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsprüfung, angenommen.

Prof. Dr. Uwe **Cantner**, *Universität Jena*, hat einen Ruf an die *University of Lund/Schweden* auf eine Full Professur für Economics, verbunden mit der Stelle als leitender Direktor des Forschungszentrums CIRCLE (Center for Innovation, Research and Competence in the Learning Economy), erhalten.

Prof. Dr. Ilona **Ebberts**, *Universität Siegen*, hat einen Ruf an die *Universität Flensburg* auf eine Professur für Wirtschaftswissenschaften und ihre Didaktik angenommen.

Prof. Dr. Barbara **Fritz**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität Erlangen-Nürnberg* auf eine W2-Professur für Volkswirtschaftslehre abgelehnt.

Prof. Dr. Martin **Gersch**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg* auf eine W3-Professur für Be-

triebswirtschaftslehre, insbesondere Theorie der Unternehmung und Methoden betriebswirtschaftlicher Forschung, erhalten.

Prof. Dr. Dirk Ulrich **Gilbert**, *Universität Erlangen-Nürnberg*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine W3-Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Unternehmensethik, erhalten.

Prof. Dr. Martin **Högl**, *WHU – Otto Beisheim School of Management*, hat einen Ruf an die *Universität München* auf eine W3-Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Führung und Organisation, angenommen.

Prof. Dr. rer. pol. habil. Heinz Eckart **Klingelhöfer**, *Tshwane University of Technology Pretoria/Südafrika*, hat einen Ruf an die *Universität Greifswald* auf eine W3-Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft abgelehnt.

Dr. Stefan **Krummaker**, *Universität Hannover*, hat einen Ruf an die *Norwich Business School London, University of East Anglia*, als Senior Lecturer in Organisational Behaviour angenommen.

Prof. Dr. Elmar **Lukas**, *Brandenburgische Technische Universität Cottbus*, hat einen Ruf an die *Universität Magdeburg* auf eine W3-Professur für Innovations- und Finanzmanagement erhalten.

Dr. Michael **Manitz**, *Universität zu Köln*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Betriebswirtschaftslehre erteilt.

Christoph **Vanberg**, Ph.D., *University of Cambridge/Großbritannien*, hat einen Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine W3-Professur für Finanzwissenschaft erhalten.

Dr. rer. pol. habil. Birgit **Verworn**, *Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH (UFZ), Leipzig*, hat einen Ruf an die *Universität Duisburg-Essen* auf eine W3-Professur für Betriebswirtschaftslehre abgelehnt und das Bleibeangebot des *UFZ* angenommen.

Prof. Dr. Michael **Wolff**, *Universität Mainz*, hat einen Ruf an die *Universität Göttingen* auf eine W3-Professur für Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Management und Controlling angenommen und einen Ruf an die *Universität Marburg* auf eine W3-Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Strategisches und Internationales Management, abgelehnt.

Prof. Dr. Matthias **Wolz**, *Technische Universität Dortmund*, hat einen Ruf an die *Universität Trier* auf eine Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsprüfung, angenommen.

Prof. Dr. Rainer **Zielke**, *Østfold University College/Norwegen*, wurde zum Professor in Business Economics with special reference to International Taxation ernannt.

Mathematik, Physik und Informatik

Prof. Dr. Jürgen **Berges**, *Technische Universität Darmstadt*, hat einen Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine W3-Professur für Theoretische Physik erhalten.

Prof. Dr. Martin **Eickhoff**, *Universität Gießen*, hat einen Ruf an die *Technische Universität Ilmenau* auf eine W3-Professur für Nanotechnologie abgelehnt.

Prof. Dr. Felix **Freiling**, *Universität Mannheim*, hat

DREI FRAGEN AN:



Professor Dr. Martin Grötschel, *Angewandte Mathematik an der TU Berlin, Vizepräsident des Konrad-Zuse-Zentrums, ist neuer Vorstandsvorsitzender der Einstein-Stiftung, Berlin*

Wie definieren Sie Exzellenz?

Statt einer Lexikon-Erklärung eine pseudo-mathematische Definition: Exzellenz = außergewöhnliches Talent + höchste Leistungsbereitschaft + kreative Neugier + Lust am Entdecken und Verändern + Mut zum Risiko + Fähigkeit zu Diskurs und Reflexion + attraktive Rahmenbedingungen.

Warum brauchen die Berliner Universitäten die Einstein-Stiftung? Ist es nicht klarer, Exzellenz über parlamentarische Finanzierungsentscheidungen zu unterstützen?

Die Einstein-Stiftung ist ein hervorragendes Instrument der Forschungsförderung und eine echte Chance für die Wissenschaft in Berlin. Die Vergabe öffentlicher Mittel in einem wissenschaftsgesteuerten wettbewerblichen Verfahren ist ein System, um das Deutschland weltweit beneidet wird. Die Tatsache, dass die Wissenschaft die Möglichkeit erhält, unabhängig von politischer Einflussnahme die besten Projekte auszuwählen und zu unterstützen, ist Ausdruck des Vertrauens der Politik in die Wissenschaft und unterstreicht die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Ähnliches gilt – auf Landesebene heruntergebrochen – auch für Forschungsförderung durch eine Landesstiftung. Das Land Berlin hat mit der Gründung der Einstein Stiftung nicht nur sein Engagement für die Wissenschaft dokumentiert, sondern ein klares Signal der Wertschätzung und des Vertrauens in die Wissenschaft gesetzt.

Wie autonom kann, darf und soll die Stiftung sein?

Eine wissenschaftliche Förderorganisation kann nur dann hohes Renommee erwerben, wenn sie wissenschaftsgeleitet und autonom agiert. Durch die Satzungsänderung ist gewährleistet, dass die Einstein Stiftung in ihren Förderaktivitäten so autonom wie möglich ist und höchste Förderkriterien anlegt. Ein aus externen renommierten Wissenschaftlern zusammengesetztes Gremium wählt unabhängige Fachgutachter aus, die die bei der Stiftung eingehenden Anträge prüft. Um sicherzustellen, dass berlingspezifische Aspekte in die Diskussion der wissenschaftlichen Kommission einfließen, ist die Berliner Wissenschaft in der Kommission vertreten. Autonomie schließt aber den Dialog mit Politik und Gesellschaft nicht aus. Im Beirat der Stiftung sitzen u.a. drei Personen des öffentlichen Lebens. Ein sine qua non ist auch die enge Kooperation mit den Universitäten des Landes. In der Zusammenarbeit mit den Forschungseinrichtungen, der Politik und der Gesellschaft kann die Einstein Stiftung in der Landesforschungsförderung Maßstäbe setzen.

einen Ruf an die *Universität Erlangen-Nürnberg* auf eine W3-Professur für Informatik/IT-Sicherheitsinfrastrukturen angenommen.

Jun.-Prof. Dr.-Ing. Michael **Goesele**, *Technische Universität Darmstadt*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* abgelehnt und einen Ruf an die *Technische Universität Darmstadt* auf eine W3-Professur für Geometrische Modellierung und Animation angenommen.

Dr. Oliver **Goertsches**, *Universität zu Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine Junior-Professur für Mathematik, insbesondere Differentialgeometrie, angenommen.

Dr. rer. nat. Lars **Grunske**, *Technische Universität Kaiserslautern*, wurde zum Junior-Professor im Fachbereich Informatik ernannt.

Prof. Dr. Bastian **von Harlach**, *Technische Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Würzburg* auf eine W2-Professur für Inverse Probleme angenommen.

Dr. Valerio **Lucarini**, *University of Reading/Großbritannien*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine W3-Professur für Theoretische Meteorologie angenommen.

Dr. Anna **Marciniak-Czochra**, *Universität Heidelberg*, hat einen Ruf der *Universität Heidelberg* auf eine W3-Professur für Angewandte Analysis und Modellierung in den Lebenswissenschaften erhalten.

PD Dr. Sven-Olaf **Moch**, *DESY Zeuthen*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine W2-Professur für Theoretische Teilchenphysik/Phänomenologie in der Collider-Physik erhalten.

Dr. Timo **Reis**, *Technische Universität Hamburg-Hamburg*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine W2-Professur für Mathematik, insbesondere Optimierung, erhalten.

Dr. Florian **Röhrbein**, *Albert Einstein College of Medicine New York/USA*, habilitierte sich an der *Universität Bremen* in dem Fach Informatik.

Prof. Dr. Bertil **Schmidt**, PhD, *Nanyang Technological University/Singapur*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine W3-Professur für Parallele und Verteilte Architekturen angenommen.

Dr. rer. nat. Frank **Seifried**, *Technische Universität Kaiserslautern*, wurde zum Junior-Professor für Mathematik ernannt.

Prof. Dr. Andreas **Stierle**, *Universität Siegen*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine W3-Professur für Leading Scientist/Full Professor für Nanowissenschaften erhalten.

Prof. Dr. Frank **Wilhelm-Mauch**, *University of Waterloo/USA*, hat einen Ruf an die *Universität des Saarlandes* auf eine W3-Professur für Theoretische Physik angenommen.

Prof. Dr. Ralf **Wunderlich**, *Westfälische Hochschule Zwickau*, hat einen Ruf an die *Brandenburgische Technische Universität Cottbus* auf eine W3-Professur für Wirtschaftsmathematik angenommen.

Biologie, Chemie, Geowissenschaften und Pharmazie

Prof. Dr. Volker **Abetz**, *Universität zu Kiel/Helmholtz-Zentrum Geesthacht*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine W3-Professur für Physikalische Chemie mit dem Schwerpunkt Polymere Nanostrukturen erhalten.

Dr. Esther **Diekhof**, *Universitätsklinikum Göttingen*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine Junior-Professur für Humanbiologie angenommen.

Dr. Nuria **Rodríguez Garrido**, *Universidad Autónoma Madrid/Spanien*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine Junior-Professur für Organische Chemie erhalten.

PD Dr. Ulrike **Gerhard**, *Universität Würzburg*, hat einen Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine W3-Professur für Geographie Nordamerikas angenommen.

Prof. Dr. Matthias **Gunzer**, *Universität Magdeburg*, hat das Bleibeangebot der *Universität Magdeburg* als W3-Professur für Molekulare Immunologie sowie einen Ruf an die *Technische Universität Braunschweig* auf eine W3-Professur für Zelluläre und Molekulare Neurobiologie abgelehnt und einen Ruf an die *Universität Duisburg-Essen* auf eine W3-Professur für In vivo Imaging angenommen.

PD Dr. Martin **Hasselmann**, *Universität Düsseldorf*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Genetik erteilt.

Prof. Dr. Johannes **Neugebauer**, *Universität Leiden/Niederlande*, hat einen Ruf

FAQ RECHT

Kann man sich bei der Drittmittel-einwerbung strafbar machen?

Die Einwerbung von Drittmitteln verlangt in besonderem Maße die Beachtung vorgegebener Regeln. Denn in diesem Rahmen wirbt ein Amtsträger von einem Dritten Mittel ein, um damit die Wahrnehmung von Dienstaufgaben (mit) zu finanzieren. In diesem Zusammenhang muss bereits jeglicher Verdacht von Korruption und Käuflichkeit vermieden werden. Abgesehen von mit deutlicher krimineller Energie begangenen Straftaten wie Bestechlichkeit, Untreue und Betrug muss jedoch auch schon der Verdacht der Vorteilsnahme (§ 331 Strafgesetzbuch) ausgeschlossen werden. Nach dieser Norm wird bestraft u.a. ein Amtsträger, „der für die Dienstaübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen lässt oder annimmt“. Ein solcher Fall liegt bei der Einwerbung von Drittmitteln prinzipiell vor. Um eine Strafbarkeit nach § 331 Strafgesetzbuch auszuschließen, muss daher nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes das im Hochschulrecht vorgeschriebene Verfahren für die Drittmittel-einwerbung eingehalten werden. Das heißt, dass bei der Einwerbung und Annahme von Drittmitteln zwingend den landes- und universitätsspezifischen Regelungen, die etwa in den Hochschulgesetzen, Drittmittelrichtlinien und sonstigen spezifizierenden Hinweisen niedergelegt sind, Beachtung zu schenken ist. Einer Einwerbung und Annahme von Drittmitteln an den zuständigen Stellen vorbei wohnt damit stets das Risiko der Strafbarkeit inne.

Martin Hellfeier

an die *Technische Universität Braunschweig* auf eine W2-Professur für Theoretische Chemie angenommen.

Jun.-Prof. Dr. Yvonne **Oelmann**, *Universität Koblenz-Landau*, hat einen Ruf an die *Universität Tübingen* auf eine W3-Professur für Geoökologie angenommen.

PD Dr. Heiko **Schmidt**, *Universität Heidelberg*, hat einen Ruf an die *Universität Bamberg* auf eine W3-Professur für Kulturgeographie sowie einen Ruf an die *Universität zu Köln* auf eine W2-Professur für Anthropogeographie abgelehnt und einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine W3-Professur für Humanographie angenommen.

PD Dr. Christina M. **Thiele**, *Technische Universität Darmstadt*, hat einen Ruf an die *Universität Bremen* auf eine W3-Professur für Instrumentelle Analytik abgelehnt und das Bleibeangebot der *Technischen Universität Darmstadt* auf eine W3-Professur für Organische Strukturanalytik angenommen.

Dr. Nils **Tippkötter**, *Technische Universität Kaiserslautern*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine Junior-Professur für Bioraffinerie-Technologie erhalten.

Ingenieurwissenschaften

Prof. Dr.-Ing. habil. Michael **Kaufmann**, *KIT Karlsruher Institut für Technologie*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine Professur für Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik angenommen.

PD Dr.-Ing. Stefan **Knedlik**, *Entwicklungsleitung iMAR GmbH*, habilitierte sich an der *Universität Siegen*, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Elektrotechnik mit den Schwerpunkten Nachrichtentechnik und Signalverarbeitung erteilt.

Dipl.-Ing. Andreas **Kretzer**, *Technische Universität Kaiserslautern*, wurde zum Junior-Professor im Fachbereich Architektur ernannt.

Humanmedizin

PD Dr. Jens **Clausen**, *Universität Tübingen*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Ethik in der Medizin erteilt.

Prof. Dr. med. Claus **Cursiefen**, *Universitätsaugenklinik Erlangen*, hat einen Ruf an die *Universität zu Köln* auf eine W3-Professur für Augenheilkunde verbunden mit der Leitung der Kölner Universitätsaugenklinik angenommen.

Dr. med. habil. Dr. rer. nat. Carolin **Donath**, *Universitätsklinikum Erlangen*, habilitierte sich, und es wurde ihr die Lehrbefugnis für das Fach Medizinische Psychologie und Versorgungsforschung erteilt.

Prof. Dr. Peter A. **Fasching**, *University of California, Los Angeles/USA*, hat einen Ruf an die *Universität Erlangen-Nürnberg* auf eine W2-Professur für Translationale Frauenheilkunde und Geburtshilfe erhalten.

Dr. Natig **Gassanov**, *Universität zu Köln*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Innere Medizin erteilt.

Dr. Jessica Marzelline **Leers**, *Universität zu Köln*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Chirurgie erteilt.

Dr. Sandra **Liakopoulos**, *Universität zu Köln*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Augenheilkunde erteilt.

Prof. Dr. Jens **Waschke**, *Universität Würzburg*, hat einen Ruf an die *Universität München* auf eine Professur für Anatomie angenommen.

Zahnheilkunde

Dr. med. dent. Britta A. **Jung**, *Universitätsmedizin Mainz* habilitierte sich im Fachbereich Kieferorthopädie, und

es wurde ihr die Lehrbefugnis für das Fach Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde erteilt.

PD Dr. Karl-Friedrich **Krey**, *MME, Universität Leipzig*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Kieferorthopädie erteilt.

PD Dr. med. dent. Hans-Joachim **Nickenig**, *M.Sc., Universität zu Köln*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde erteilt.

Ihre **Meldung über Habilitationen und Berufungen** können Sie auch per E-Mail senden an: burkhardt@forschung-und-lehre.de

Anzeige

PUTZ Umzüge.de

Unser guter Ruf zum Nulltarif: **0800-0 820 920**



Qualitäts-Garantie

Rahmenvertrag
Bundeswehr und Auswärtiges Amt



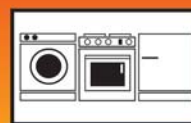
Persönliche Beratung vor Ort



Ein- und Auspacken des gesamten Hausrates



Elektro- und Wasseranschlüsse



Kücheneinbau und -umbau



Renovierungsarbeiten und Entsorgung



Endreinigung der gesamten Wohnung

Professoren-HOTLINE

0173 - 3 44 77 55

Hamburg · München

Partner VDV www.puetz-umzuege.de
Profi-Fussballer puetz-umzuege@t-online.de

Berlin · Dresden · Köln/Bonn

KISSWIN.DE

Information und Beratung zur
wissenschaftlichen Karriere

Doktoranden- Seminar

Wege in die Wissenschaft – Promotion

Das eintägige Seminar thematisiert die Phase zwischen Studium und Promotion und richtet sich ebenso an Hochschulabsolventen/-innen wie an Promovierende in einer frühen Phase der Promotion.

- Verschiedene Wege zur Promotion (Lehrstuhl/Institut, Stipendien, Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, FH-Abschluss, Wirtschaft/Industrie, Graduiertenschulen)
- Entscheidungsfindung pro/contra Promotion
- Planung und Ablauf der Promotion
- Finanzierungsmöglichkeiten

↳ www.kisswin.de/seminare



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

DURCHGEFÜHRT VOM



Informations- service

Forschung & Lehre will den Lesern weitere Informationsquellen erschließen und übersendet gegen eine Kostenpauschale (V-Scheck o. Überweisung auf Kto.-Nr. 0 268 367 200, BLZ 370 800 40, Dresdner Bank Bonn; angegebener Betrag incl. Portokosten) folgende Unterlagen:

A 232 | Hochschulrahmengesetz i.d. Fassung vom 19. Januar 1999, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 12. April 2007, keine aml. Fassung, 19 Seiten, 3,- €.

A 257 | Gesetz zur Änderung arbeitsrechtlicher Vorschriften in der Wissenschaft („Wissenschaftszeitvertragsgesetz“) vom 12. April 2007 und Stellungnahme des DHV, 8 Seiten, kostenlos.

A 264 | Landeshochschulgesetz **Baden-Württemberg**, 88 Seiten, 6,50 €.

A 282 | Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter und der Hochschulzulassung (Entwurf, Januar 2010) **Baden-Württemberg** und Stellungnahme des DHV, 30 Seiten, 3,- €.

A 286 | Gesetz zur Reform der Universitätsmedizin und zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und weiterer Gesetze (Entwurf, 22.10.2010) **Baden-Württemberg** und Stellungnahme des DHV, 93 Seiten, 6,50 €.

A 274 | Gesetzentwurf zur Änderung des **bayerischen** Hochschulrechts (August 2010), Freistaat **Bayern**, 56 Seiten, 6,50 €.

A 287 | Gesetz zum Neuen Dienstrecht in **Bayern** vom 5. August 2010, 171 Seiten, 8,- €.

A 284 | Hochschulgesetz **Bremen** vom 9. Mai 2007, zuletzt geändert am 22. Juni 2010, 64 Seiten, 6,50 €.

A 288 | Gesetzentwurf des Senats der Freien und Hansestadt **Hamburg** zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 10. November 2010 und Stellungnahme des DHV, 75 Seiten, 6,50 €.

A 289 | Entwurf einer Verordnung zum Neuerlass nebenberuflich-rechtlicher Vorschriften **Hamburg** (Stand 17. Januar 2011) und Stellungnahme des DHV, 31 Seiten, 4,50 €.

A 283 | Viertes Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und Gesetz zur Errichtung der Universitätsmedizin Greifswald, **Mecklenburg-Vorpommern**, (Entwurf, Stand 9. März 2010) und Stellungnahme des DHV, 97 Seiten, 6,50 €.

A 285 | Hochschulgesetz **Rheinland-Pfalz** vom 21. Juli 2003, zuletzt geändert am 9. Juli 2010, 75 Seiten, 6,50 €.

A 276 | Gesetzentwurf der Regierung des **Saarlands** zur Änderung des Universitätsgesetzes u.a. und Stellungnahme des DHV, 52 Seiten, 6,50 €.

Bestellungen bitte an:
Forschung & Lehre,
Rheinallee 18-20, 53173 Bonn,
Fax: 0228/9026680
E-Mail: infoservice@forschung-und-lehre.de

Stellenmarkt Veranstaltungen Stiftungen | Preise



Stellenanzeigen aktuell

Professuren

Geistes- und Sozialwissenschaften

Allgemeine Betriebswirtschaftslehre mit bes. Berücksichtigung der strategischen Unternehmensentwicklung (Donau-Universität Krems)	557
Alte Geschichte (Universität Siegen)	563
Angewandte Organisationskommunikation, Wissensmanagement und/oder Informationsdesign (Donau-Universität Krems).....	557
Deutsches und Europäisches Privatrecht und ein Grundlagenfach (möglichst Rechtsgeschichte) (Universität Münster)	561
Germanistische Linguistik (Universität Bonn)	562
Japanische Sprache (Universität Bonn)	559
Management im Gesundheitswesen (Donau-Universität Krems).....	557
Medieval History of the Islamic World (Universität Bonn).....	559
Staats- und Verwaltungsrecht (Universität Zürich).....	557
Systematische Theologie (Universität Bonn)	557
Völkerrecht und Staatsrecht (Universität Zürich)	557

Naturwissenschaften

Anatomie (Universität Zürich)	560
Baulicher Brandschutz (Technische Universität Kaiserslautern)	563
Chemische Technologie (Technische Universität Chemnitz)	563
Dermatologie mit Schwerpunkt Angioödemforschung – Stiftungsprofessur – (Charité – Universitätsmedizin Berlin)	561
Dermatologie mit Schwerpunkt Pruritusforschung – Stiftungsprofessur – (Charité – Universitätsmedizin Berlin)	561
Experimentelle Geowissenschaften (Universität Bayreuth).....	562
Experimentelle Radiologie (Medizinische Hochschule Hannover)	557
Festkörpermechanik (Technische Universität Braunschweig).....	563
Informatik (Universität Koblenz-Landau)	564
Medizinische Physik in der Radiodiagnostik und Biophysik (Deutsches Krebsforschungszentrum und Universität Heidelberg).....	566
Medizinische Physik in der Therapie und Strahlenphysik (Deutsches Krebsforschungszentrum und Universität Heidelberg).....	565

Periimplantäre und orale Infektionen (Medizinische Hochschule Hannover).....	564
Praktische Informatik (Universität Bonn).....	556
Psychoakustik (Universität Erlangen-Nürnberg).....	562
Robuste Leistungshalbleitersysteme (Universität Stuttgart).....	556
Semantische Audiosignalverarbeitung (Universität Erlangen-Nürnberg)	562
Sprachcodierung (Erlangen-Nürnberg)	562
Sustainable Agroecosystems (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich)	559
Werkstoffsysteme für den Fahrzeugleichtbau (Universität Siegen)	558

Juniorprofessuren

Geistes- und Sozialwissenschaften

Pädagogik mit dem Schwerpunkt Schulentwicklung (Technische Universität Kaiserslautern).....	568
---	-----

Naturwissenschaften

Optimization (Technische Universität Darmstadt).....	567
Praktische Informatik mit Schwerpunkt „Bildbasierte Modellierung und Synthese“ (Universität Bonn).....	561

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Grundlagen moderner Architektur und Entwerfen (Universität Stuttgart).....	569
Landscape Ecology (Universität Bonn).....	568
Wald- und Forstwirtschaft (Hochschule Weihenstephan-Triesdorf).....	569

Weitere Ausschreibungen

Leitende Ärztin/Leitender Arzt (Medizinische Hochschule Hannover)	567
Research Assistant (Universität Tübingen)	569
Universitätspräsident/Universitätspräsidentin (Universität des Saarlandes)	569
Wissenschaftliche/r Leiter/in der Abteilung „Fachinformation für Sozialwissenschaften“ (GESES – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften und Universität Koblenz-Landau)	564

Wissenschaftspreise

BKK Innovationspreis Gesundheit 2011 (BKK Landesverband Hessen)	Umschlagseite 2
Hochschullehrer/in des Jahres (Deutscher Hochschulverband)	515
Nachwuchswissenschaftler/in des Jahres 2011 (academics.de – Das Karriereportal der Wissenschaft von DIE ZEIT und Forschung & Lehre)	509
Wolfgang-Heilmann-Preis für humane Nutzung der Informationstechnologie (Integrata-Stiftung).....	517

Veranstaltungen

DHV-Symposium 2011 – Was lenkt den Menschen? (Deutscher Hochschulverband).....	531
Doktoranden-Seminar (IMA/ZLW/IfU der RWTH Aachen, KISSWIN).....	554
Medizin und Technik. Risikobewusstsein und ethische Verantwortung infolge technologischen Fortschritts (Die Junge Akademie)	514

STELLENANZEIGEN | PREISE

Bewerbungsfrist
läuft noch bis:

Forschung & Lehre 6 | 2011

Experimentalphysik (Technische Universität Chemnitz).....	15.07.11
Human Metabolomics (Universität Bonn).....	31.07.11
Kognitive Psychologie und ihre Anwendung in der Technik (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich).....	31.07.11
Koreanistik (Universität Bonn).....	30.07.11
Mikrowellentechnik (Universität Ulm).....	15.08.11
Rektor/Rektorin (Pädagogische Hochschule Weingarten).....	01.08.11

Eckert. Der Forschungspreis

(Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung).....31.07.11

Forscher-Alumni – Ideenwettbewerb

(Alexander von Humboldt-Stiftung).....08.07.11

Holberg International Memorial Prize 2012

(Ludwig Holberg Memorial Fund).....15.09.11

NEO2011 – Innovationspreis

(TechnologieRegion Karlsruhe).....04.07.11

Forschung & Lehre 5 | 2011**Deutscher Hochschulbaupreis 2012**

(Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung,
Deutsche Universitätsstiftung, Eberhard-Schöck-Stiftung).....30.09.11

Sofja Kovalevskaja-Preis

(Alexander von Humboldt-Stiftung).....01.09.11

Forschung & Lehre 4 | 2011**Harkness Fellowships 2012-13 (Commonwealth Fund,**

Robert Bosch Stiftung und B. Braun-Stiftung).....12.09.11



Universität Stuttgart

An der Universität Stuttgart ist in der Fakultät für Informatik, Elektrotechnik und Informationstechnik zum 1. Januar 2012 oder früher die

**W3-Professur
„Robuste Leistungshalbleitersysteme“**

zu besetzen. Die Professur ist mit dem Aufbau und der Leitung eines neuen Instituts verbunden. Die Professur soll das Gebiet der robusten integrierten leistungselektronischen Halbleitersysteme in Forschung und Lehre und deren Einsatz für automobiler Anwendungen, Energiewandlung und Maschinenautomation vertreten. Als Teil des „Robert Bosch Zentrum für Leistungselektronik (<http://www.rbzentrum.de/>)“ ist die Professur für die intensive Zusammenarbeit mit den am RBZ beteiligten Professuren der Hochschule Reutlingen verantwortlich und übernimmt eine Brückenfunktion zwischen den RBZ-Standorten Stuttgart und Reutlingen.

Forschungsschwerpunkte können sein:

- Modellierung, Simulation und robuste Designoptimierung von integrierten Leistungshalbleitersystemen
- Integrierte Leistungshalbleitersysteme mit äußerst geringer EMV-Abstrahlung
- Integrierte Leistungshalbleitersysteme für hohe Betriebstemperaturen
- Höhenstrahlungsfeste integrierte Leistungshalbleitersysteme
- Neue Technologien für die Aufbau- und Verbindungstechnik für Hochstrom- und Hochtemperaturanwendungen

Zu den Lehraufgaben gehört die Beteiligung an der Ausbildung von Studierenden der Bachelor- und Master-Studiengänge „Elektrotechnik und Informationstechnik“ und „Erneuerbare Energien“ der Universität Stuttgart sowie des Master-Studiengangs „Leistungs- und Mikroelektronik“ der Hochschule Reutlingen.

Es gelten die Einstellungsbedingungen der §§ 47 und 50 des Landeshochschulgesetzes Baden-Württemberg.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum **20. Juli 2011** zu richten an das **Dekanat der Fakultät 5 der Universität Stuttgart, Pfaffenwaldring 47, 70569 Stuttgart**. Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an bewerbung-ihf@f-iei.uni-stuttgart.de.

Die Universität Stuttgart verfügt über ein Dual Career Programm zur Unterstützung der Partnerinnen und Partner berufener Personen. Nähere Informationen unter: www.uni-stuttgart.de/dual-career/

Die Universität Stuttgart möchte den Anteil der Frauen im wissenschaftlichen Bereich erhöhen und ist deshalb an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung vorrangig eingestellt.



Am Institut für Informatik der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ist eine

W2-Professur für Praktische Informatik

wiederzubesetzen.

Gesucht ist eine Persönlichkeit, die in möglichst vielen der Gebiete

- Computer Vision,
- Mustererkennung,
- Maschinelles Lernen und
- Anwendungen entsprechender Methoden in den Natur- und Lebenswissenschaften

wissenschaftlich hervorragend ausgewiesen ist.

Die Stelleninhaberin/Der Stelleninhaber soll das Fachgebiet in der Forschung und Lehre angemessen vertreten. In der Lehre wird eine Beteiligung am Bachelorstudiengang Informatik und am Schwerpunkt „Graphics, Vision, Audio“ im Masterstudiengang Computer Science erwartet.

Voraussetzung ist die Habilitation in Informatik oder eine gleichwertige wissenschaftliche Qualifikation. Die Einstellungsbedingungen richten sich nach § 36 HG (NRW).

Frauen werden nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum **31. August 2011** zu richten an den **Vorsitzenden der Fachgruppe Informatik, Römerstraße 164, 53117 Bonn**.

**Die nächsten
Erscheinungstermine:**

Ausgabe 8/2011 29. Juli 2011

Ausgabe 9/2011 31. August 2011

Forschung
& Lehre

Alles was die Wissenschaft bewegt

Donau-Universität Krems

Universität für Weiterbildung



Die **Donau-Universität Krems** stellt sich der gesellschaftlichen Herausforderung lebenslangen Lernens: Gegründet 1995, ist sie bis heute die einzige staatliche Universität in Europa, die sich auf postgraduale Weiterbildung spezialisiert hat.

An der Donau-Universität Krems gelangen folgende Stellen zur Besetzung

- > **Universitätsprofessur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre mit besonderer Berücksichtigung der strategischen Unternehmensentwicklung**
- > **Universitätsprofessur für angewandte Organisationskommunikation, Wissensmanagement und/oder Informationsdesign**
- > **Universitätsprofessur für Management im Gesundheitswesen**

Zu den Aufgaben der zukünftigen Professorinnen/Professoren gehören die engagierte Vertretung des jeweiligen Fachgebietes in Forschung und Lehre, die Übernahme von Managementaufgaben und die kontinuierliche Weiterentwicklung des Lehrangebotes in einem auf postgraduale Weiterbildung ausgerichteten Gesamtsystem. Gesucht werden daher kommunikative und teamfähige Persönlichkeiten mit ausgewiesener fachlicher Kompetenz und anerkannter Forschungs- und Publikationstätigkeit. Habilitation oder gleichzuhaltende Qualifikation sowie internationale Lehr- und Forschungserfahrungen werden vorausgesetzt.

Ausführliche Informationen und Bewerbungsvoraussetzungen erhalten Sie unter www.donau-uni.ac.at/professuren



Wir freuen uns auf die Bewerbung bis zum 31.08.2011 an die Donau-Universität Krems, z. Hd. Rektor Univ.-Prof. Dr. Jürgen Willer, Dr. Karl-Dorrek-Straße 30, 3500 Krems, Austria.



An der **Evangelisch-Theologischen Fakultät** der **Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn** ist zum Wintersemester 2012/2013 eine

W3-Professur für das Fach Systematische Theologie

(Nachfolge Prof. Dr. Martin Laube)

zu besetzen.

Die Bewerberin bzw. der Bewerber muss in der Lage sein, die pflichtmäßigen Lehrveranstaltungen im gesamten Bereich der Systematischen Theologie turnusmäßig zu halten. Erwartet wird eine entsprechende Mitwirkung an akademischen, kirchlichen und staatlichen Prüfungen.

Dienstsitz ist das mit der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn durch Kooperationsvertrag verbundene Institut für Evangelische Theologie an der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln. Die Lehre wird in Bonn und Köln, überwiegend im Rahmen der Lehrerausbildung in Köln, erbracht.

Voraussetzung für die Einstellung sind eine Habilitation bzw. gleichwertige wissenschaftliche Leistungen. Die Einstellungsvoraussetzungen richten sich nach § 36 Hochschulgesetz (HG NRW).

Frauen werden nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt.

Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Kopien der Prüfungszeugnisse, der Promotions- und Habilitationsurkunden, Verzeichnis der Veröffentlichungen und Sonderdrucke der wichtigeren Arbeiten) bis zum **15.07.2011** an den **Dekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät, Am Hof 1, 53113 Bonn**, zu richten.



Universität Zürich

Rechtswissenschaftlichen Fakultät

An der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich sind per 1. Februar 2012 eine

Assistenzprofessur für Völkerrecht und Staatsrecht (100 %)

sowie eine

Assistenzprofessur für Staats- und Verwaltungsrecht (100 %)

zu besetzen. Die Stellen sind auf drei Jahre befristet. Es besteht die Möglichkeit zur Verlängerung um weitere drei Jahre.

Bewerbungsvoraussetzungen sind eine sehr gute Promotion und ein Habilitationsprojekt. Bewerbungen bereits habilitierter Bewerberinnen und Bewerber sind ebenfalls willkommen. Die Berufungskommission legt besonderen Wert auf Originalität des wissenschaftlichen Werkes und didaktische Befähigung.

Von den Stelleninhaberinnen oder -inhabern wird die Fähigkeit zur Vertretung ihrer Fächer in Forschung und Lehre erwartet. Die genauen Stellenprofile werden in Ansehung der Bewerberlage und des Ausbildungsstandes der berufenen Forscherinnen oder Forscher festgelegt. Noch nicht habilitierte Bewerberinnen und Bewerber können im Fall der Berufung damit rechnen, dass ihnen neben den Aufgaben in Lehre und akademischer Selbstverwaltung genügend Zeit für die Arbeit an der Habilitationsschrift verbleibt.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung mit Lebenslauf, Publikationsliste und Evaluationen Ihrer Lehrveranstaltungen per Post (nicht elektronisch) bis zum 19. August 2011 an:

Universität Zürich, Dekanat der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, Rämistrasse 74/2, 8001 Zürich.

Für Fragen steht Ihnen Prof. Dr. Oliver Diggelmann (oliver.diggelmann@rwi.uzh.ch; Tel. +41 44 634 2033) zur Verfügung.

Die Einreichung von Schriften in Druckform wird gegebenenfalls gesondert erbeten.



Medizinische Hochschule
Hannover

An der Medizinischen Hochschule Hannover ist im Institut für Diagnostische und Interventionelle Radiologie (Direktor: Prof. Dr. med. Frank Wacker) eine

UNIVERSITÄTSPROFESSUR FÜR EXPERIMENTELLE RADIOLOGIE

im unbefristeten außertariflichen Angestelltenverhältnis entsprechend BesGr. W2 BBesO zum 01.01.2012 zu besetzen.

Wir suchen eine herausragende Persönlichkeit mit dem Forschungsschwerpunkt Magnetresonanztomographie/MR Physik, die ein Forschungsprogramm zur Umsetzung von innovativen Techniken der Bildgebung im Institut für Diagnostische und Interventionelle Radiologie aufbaut.

Das neu entstehende Imaging Center des Zentrums für Radiologie wird hierfür zur Verfügung stehen. Eine weitere Aufgabe der Professur ist die Unterstützung des Institutes beim Aufbau einer Bildgebungseinheit am Hannover Center of Translational Medicine (HCTM). Partner im HCTM sind das Fraunhofer Institut für Toxikologie und Experimentelle Medizin, die MHH und das Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung.

Die Bewerberin oder der Bewerber soll ein breites Fachwissen und Methodenspektrum im Bereich der präklinischen und klinischen MRT aufweisen und in der Lage sein, dies zur Entwicklung und Optimierung neuartiger MRT-Methoden mit klinischer Relevanz einzusetzen. Eine durch internationale Publikationen nachgewiesene Qualifikation in der Entwicklung von kliniknahen MRT-Verfahren und deren früher klinischer Anwendung ist erforderlich. Wünschenswert sind Erfahrungen im Bereich der Lungenbildgebung mittels MRT, der quantitativen MRT sowie der ultraschnellen MRT, auch für Interventionsführung. Kenntnisse in der computerunterstützten Bildanalyse sind hilfreich.

Einstellungsvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium einer Natur- oder Ingenieurwissenschaft bzw. einer Lebenswissenschaft inkl. Medizin und die Habilitation oder gleichwertige wissenschaftliche Leistungen.

Engagement in der studentischen Lehre nach der Approbationsordnung Humanmedizin im Modellstudiengang „Hannibal“ der MHH wird vorausgesetzt. Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt. Die MHH strebt eine Erhöhung des Anteils von Professorinnen an und fordert deshalb Frauen nachdrücklich auf, sich zu bewerben. Bewerberinnen und Bewerber müssen die Einstellungsvoraussetzungen gem. § 25 Niedersächsisches Hochschulgesetz erfüllen. Einzelheiten können auf Anfrage erläutert werden.

Bewerbungen in Schrift- und elektronischer Form mit tabellarischem Lebenslauf, Urkunden, wissenschaftlichem Werdegang, vollständigem Nachweis der Lehrerfahrung und vollständigem, gegliedertem Schriftenverzeichnis mit einer Auswahl von Sonderdrucken der fünf wichtigsten Publikationen werden bis **28. Juli 2011** erbeten an den

Präsidenten der
Medizinischen Hochschule Hannover
Carl-Neuberg-Str. 1 · D-30625 Hannover
Tel.: 0511 532-6012



www.mh-hannover.de



Die Universität Siegen ist mit ca. 14.000 Studierenden, 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon ca. 1.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine innovative und interdisziplinär ausgerichtete Universität. Sie bietet mit einem breiten Fächerspektrum von den Geistes- und Sozialwissenschaften über die Wirtschaftswissenschaften bis zu den Natur- und Ingenieurwissenschaften ein hervorragendes Lehr- und Forschungsumfeld mit zahlreichen inter- und transdisziplinären Forschungsprojekten.

An der Universität Siegen ist im Department Maschinenbau der Naturwissenschaftlich-Technischen Fakultät eine

Universitätsprofessur (Bes.-Gr. W3 BBesO)

für Werkstoffsysteme für den Fahrzeugleichtbau

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen. Die Professur wird unbefristet eingerichtet und zunächst als Stiftungsprofessur der Firma Muhr und Bender KG finanziert.

Die Professur ist am Institut für Werkstofftechnik angesiedelt und ist mitverantwortlich für die Lehre im Bereich der Materialwissenschaft und Werkstofftechnik in den Bachelor- und Masterstudiengängen Maschinenbau, Fahrzeugbau, Wirtschaftsingenieurwesen und International Project Engineering and Management.

Im Zentrum der Forschung sollen Werkstoffsysteme und -kombinationen (z. B. Stahl-Leichtmetall-Faserverbundwerkstoff) stehen, die im Hinblick auf Gewichts- und Kosteneinsparung für den Fahrzeugbau attraktiv sind. Die sich aus der Kombination verschiedener Werkstoffe ergebenden wissenschaftlichen Fragestellungen sind theoretisch und experimentell zu bearbeiten. Hierbei soll die Beanspruchungsoptimierung, beispielsweise durch Tailored Properties, Herstellverfahren sowie adäquate Verbindungstechnologien im Vordergrund stehen. Erwartet werden praktische und wissenschaftliche Erfahrung in mehreren der folgenden Themenkomplexe: Werkstoffauswahlmethoden für den Leichtbau, Stahl- oder Metallverarbeitung, systematische Entwicklung von Multimaterialsystemen und Tailored Properties, Verbindungstechnologien (insbesondere Schweißen), Eigenschaften der Kontaktflächen zwischen unterschiedlichen Werkstoffen, Korrosion (bzw. erforderliche Korrosionsschutzmaßnahmen), Verschleiß, Betriebsfestigkeit und Risikobewertung (z. B. nach Vorschädigung). Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Stifter der Professur, der regionalen und überregionalen Industrie und nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen wird erwartet.

Voraussetzungen sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium, eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die durch die Qualität einer hervorragenden Promotion nachgewiesen wird, zusätzliche wissenschaftliche Leistungen, die ausschließlich und umfassend im Berufungsverfahren bewertet werden, sowie umfangreiche Lehrerfahrung und der Nachweis didaktischer Kompetenz. Die zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen werden im Rahmen einer Juniorprofessur, einer Habilitation oder einer Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. wissenschaftlicher Mitarbeiter an einer Hochschule oder außeruniversitären Forschungseinrichtung oder im Rahmen einer sonstigen wissenschaftlichen Tätigkeit erbracht.

Des Weiteren werden Forschungserfahrung aus Industrietätigkeit oder Projektstätigkeit mit der Industrie in verantwortlicher Position und didaktische Fähigkeiten vorausgesetzt. Die Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit in Selbstverwaltungsgremien der Universität und bei der Weiterentwicklung von Studiengängen, insbesondere beim Aufbau eines neuen Masterstudiengangs „Materialwissenschaft und Werkstofftechnik“, wird erwartet.

Die Universität Siegen strebt eine Erhöhung des Anteils der Frauen in Forschung und Lehre an. Entsprechend qualifizierte Wissenschaftlerinnen werden um ihre Bewerbung gebeten. Die Universität Siegen bietet gute Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren. Bewerbungen geeigneter Schwerbehinderter sind erwünscht.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugniskopien, Verzeichnis der Schriften und Darstellung der bisherigen Forschungs- und Lehrtätigkeit) richten Sie bitte bis zum **24.08.2011** an den **Dekan der Fakultät IV der Universität Siegen, 57068 Siegen**.

Informationen über die Universität Siegen finden Sie auf unserer Homepage www.uni-siegen.de.

WISSENSCHAFTLER & FORSCHER IM AUSTAUSCH

Über Krisen im Wissenschaftsalltag

| DISKUTIEREN SIE MIT. |

academics.de/blog

ETHEidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Professor of Sustainable Agroecosystems

The future Department of Environmental Systems Science at ETH Zurich invites applications for a Professor to develop and lead a research group in Sustainable Agroecosystems. The new Professor will be expected to develop an internationally recognized research program in agroecosystem science. His or her research will lead to new tools and concepts to assess and manage agroecosystems at the farm to landscape scale. The overall goal in this professorship will be to increase the resource efficiency of food production while minimizing the negative impacts of agricultural production on the environment.

The new colleague will be expected to engage in extensive research and teaching collaborations with other professorships sharing similar interests at ETH Zurich, within the ETH domain and with relevant institutions. The new professor will be expected to teach undergraduate level courses (German or English) and graduate level courses (English) in the field of agroecosystems science.

Please apply online at www.facultyaffairs.ethz.ch. Your application should include your curriculum vitae, a list of publications, a statement of your research and teaching interests, and the names and contact information of three possible referees. The letter of application should be addressed to the **President of ETH Zurich, Prof. Dr. Ralph Eichler**. The closing date for applications is **31 August 2011**. With a view towards increasing the number of women in leading academic positions, ETH Zurich specifically encourages women to apply.




universität**bonn**

The University of Bonn's School of Humanities invites applications for the position of

Associate Professor of Medieval History of the Islamic World

Applicants should have a PhD and Habilitation or an equivalent academic qualification (second major publication or series of articles) in medieval Islamic history with particular emphasis on Mamluk Studies. Applicants should also be competent in interdisciplinary research and open to transcultural issues.

The successful applicant will initially be a member of the DFG (German Research Foundation) funded Annemarie-Schimmel-Kolleg for Mamluk Studies (4 years, can probably be extended to 8 years). At the end of the period covered by the programme a tenure track procedure is conceivable. If successfully evaluated, the candidate should be willing and able to fulfill his/her administrative and teaching duties as well as to do research in the widest possible terms within the University of Bonn's School of Humanities.

Successful applicants are expected to have a working knowledge of German or to acquire it within 2 years after their appointment.

Salary: W 2 on the German professional scale

Candidates must comply with the general conditions of employment according to § 36 of the Higher Education Act of North Rhine-Westphalia (Hochschulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen).

The University of Bonn is an equal opportunity employer. Preference will be given to suitably qualified women or handicapped people, all other considerations being equal.

Applications (CV, list of lectures held and courses taught, full list of publications, copies of certificates) should be sent to the Dean of the School of Humanities: **Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, Am Hof 1, D-53113 Bonn**

Closing date: **September 12th, 2011**



universität**bonn**

In der **Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn** ist zum 01.04.2013 eine

W 2-Professur für Japanische Sprache

wiederzubesetzen.

Die/Der zu Berufende soll das Fach in Forschung und Lehre mit Schwerpunkten in den Bereichen Sprachwissenschaft, Sprachlehrforschung und/oder Übersetzungswissenschaft vertreten. Zu den Aufgaben der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers gehören u. a. Betreuung des Japanisch-Unterrichts im BA-Studiengang des IOA, im MA-Studiengang „Orientalische und Asiatische Sprachen (Übersetzen)“, die Mitwirkung am Promotionsstudiengang der Bonn International Graduate School/OAS, die Leitung des Arbeitsbereiches Ostasiatische Sprachen der AOAS und die Mitarbeit in den Selbstverwaltungsgremien der Hochschule. Erfahrungen im Einwerben von Drittmitteln sind erwünscht.

Vorausgesetzt werden eine einschlägige Promotion und Habilitation oder habilitationsadäquate Leistungen, Forschungsprojekte und Lehrerfahrungen (möglichst auch in Japan) und die Bereitschaft zur interdisziplinären Zusammenarbeit. Die Mitwirkung an der weiteren Entwicklung sprachwissenschaftlicher Studiengänge der Fakultät wird erwartet. Deutschkenntnisse (muttersprachlich oder gleichwertig) sind erforderlich.

Die Einstellungsbedingungen richten sich nach § 36 HG NRW.

Frauen werden nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt.

Die Universität Bonn erwartet, daß die/der zu Berufende bereit ist, den Lebensmittelpunkt nach Bonn oder in die Region zu legen.

Bewerberinnen bzw. Bewerber werden gebeten, ihre Unterlagen (Lebenslauf, Schriftenverzeichnis, Verzeichnis der Lehrveranstaltungen, Lehrvaluationen, Zeugnis- und Urkundenkopien) bis zum **12. September 2011** dem **Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, Am Hof 1, D-53113 Bonn**, einzureichen.



**Universität
Zürich** UZH

Medizinische Fakultät

An der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich ist auf den 1. August 2012 eine attraktive Position am Anatomischen Institut zu besetzen:

Professur für Anatomie

(Professorship in Functional Anatomy and Cell Biology)

Ihr Profil:

- International anerkannter Leistungsausweis in bio-medizinischer Forschung
- Integrative und kooperative Persönlichkeit
- Deziertes Interesse zu Interdisziplinarität und Arbeit in Netzwerken
- Bereitschaft zur Anatomischen Lehre

Jüngere Kandidaten und Kandidatinnen, welche zunächst auf der Stufe Assistenzprofessur mit tenure track berufen würden, sind willkommen.

Die Medizinische Fakultät der Universität Zürich strebt eine Erhöhung des Anteils von Professorinnen an und wird deshalb Aspekte der Gender Equality im Berufungsprozess berücksichtigen.

Wir bitten Sie, schriftliche Bewerbungen (**im Doppel sowie auf CD**) für diese Position bis 31. Juli 2011 an das Dekanat der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich, Berufungskoordination, Pestalozzistrasse 3, CH-8091 Zürich zu richten. Für allfällige Auskünfte wenden Sie sich bitte an den Präsidenten der Berufungskommission, Prof. Dr. F. Verrey, Physiologisches Institut, Winterthurerstrasse 190, CH-8057 Zürich (Tel. +41 44 635 50 44 / 46, E-Mail: verrey@access.uzh.ch) oder an Prof. Dr. O. Ullrich, Anatomisches Institut, Winterthurerstrasse 190, CH-8057 Zürich (Tel. +41 44 635 53 10, E-Mail: oliver.ullrich@anatom.uzh.ch)

Die Bewerbungsunterlagen müssen die im «Merkblatt über Berufungsverfahren» aufgeführten Angaben einschliesslich eines Forschungsplans für die nächsten 5 Jahre enthalten.

Das Merkblatt kann per Internet unter

<http://www.med.uzh.ch/FormulareundRichtlinien/Bewerbung.html> bezogen werden.



Hochschulen
im
Blick

**Forschung
& Lehre**

Alles was die Wissenschaft bewegt





An der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine

W3-Professur für Deutsches und Europäisches Privatrecht und ein Grundlagenfach (möglichst Rechtsgeschichte) (W 3 BBesO)

zu besetzen.

Es handelt sich um die vorgezogene Wiederbesetzung des Lehrstuhls von Professor Dr. R. Schulze.

Die/Der zukünftige Stelleninhaberin/Stelleninhaber soll beide Fächer in Forschung und Lehre in ihrer gesamten Breite vertreten. Die Bereitschaft und Fähigkeit zur Kooperation mit dem Exzellenzcluster „Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne“ sowie mit einem geisteswissenschaftlichen Sonderforschungsbereich sind erwünscht.

Voraussetzung für die Einstellung sind wissenschaftliche Leistungen, die im Rahmen einer Juniorprofessur, einer Habilitation oder einer Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin oder als wissenschaftlicher Mitarbeiter an einer Hochschule oder einer außeruniversitären Einrichtung oder im Rahmen einer wissenschaftlichen Tätigkeit in Wirtschaft, Verwaltung oder in einem anderen gesellschaftlichen Bereich im In- und Ausland erbracht worden sind.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen, Schriftenverzeichnis und Verzeichnis der bisher durchgeführten Lehrveranstaltungen werden per E-Mail oder auf dem Postweg bis zum **29.07.2011** erbeten an den

Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
 Universitätsstraße 14-16 - 48143 Münster
 dekan03@uni-muenster.de

www.uni-muenster.de



UNIVERSITÄTSMEDIZIN BERLIN

GLIEDKÖRPERSCHAFT DER FREIEN UNIVERSITÄT UND DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Im CharitéCentrum 12 für Innere Medizin und Dermatologie sind in der Klinik für Dermatologie, Venerologie und Allergologie ab sofort folgende Stellen zu besetzen:

Universitätsprofessur für Dermatologie mit Schwerpunkt Pruritusforschung - Stiftungsprofessur -

(Kennziffer: Prof. 381/2011)

Universitätsprofessur für Dermatologie mit Schwerpunkt Angioödemforschung - Stiftungsprofessur -

(Kennziffer: Prof. 382/2011)

jeweils befristet auf 5 Jahre, Vergütung entsprechend BesGr. W2 BBesG

Gesucht werden international ausgewiesene Persönlichkeiten mit langjährigen Erfahrungen in der Dermatologie und Allergologie, insbesondere in der Betreuung von Juckreiz- bzw. Angioödempatienten/-innen. Dabei wird eine herausragende grundlagenwissenschaftliche und klinische Expertise im Bereich der klinischen Allergieforschung sowie auf dem Gebiet der experimentellen Allergologie und Immunologie erwartet. Bewerber/-innen sollten umfassende Kenntnisse über in vivo Mausmodelle sowie über molekulare und zelluläre immunologische Mechanismen haben, welche durch entsprechende hochrangige Publikationen nachgewiesen sein sollten.

Zu den Aufgaben der jeweiligen Stiftungsprofessur gehören:

- Aufbau eines nationalen und internationalen Zentrums für Pruritus- bzw. Angioödemforschung
- Vorbereitung von Antragsstellungen auf nationale und internationale Forschungsverbünde (z. B. klinische Forschergruppe, SPP, SFB, EU-Förderung)
- Leitung klinischer, insbesondere Investigator-initiiertes Studien
- Betreuung von Doktoranden/-innen und Master-Studenten/-innen
- Erarbeitung von innovativen Aus- und Fortbildungskonzepten
- Leitung der Pruritus- bzw. Angioödem-Sprechstunde

Erfahrungen in der Einwerbung von Drittmitteln sowie eine hohe Bereitschaft zur interdisziplinären Zusammenarbeit und aktiven Mitarbeit in Forschungsverbänden der Charité (www.charite.de/forschung) werden erwartet. Vorausgesetzt werden besonderes Engagement in der Lehre und gute didaktische Fähigkeiten. Erfahrungen mit innovativen Lehrkonzepten sind erwünscht.

Einstellungsvoraussetzungen: Gem. § 100 BerHG Juniorprofessur bzw. Habilitation oder äquivalente wissenschaftliche Leistungen und Lehrbefugnis oder gleichwertige Qualifikation, Anerkennung als Ärztin/Arzt für Dermatologie mit Zusatzbezeichnung Allergologie.

Die Charité strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen am wissenschaftlichen Personal an und fordert Frauen nachdrücklich auf, sich zu bewerben. Bei gleichwertiger Qualifikation werden Frauen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten vorrangig berücksichtigt. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

Schriftliche Bewerbungen bitten wir unter Beachtung der Vorgaben im Internet (http://www.charite.de/charite/organisation/karriere/stellenboerse/bewerbungshinweise_fuer_professuren/) bis zum 29.07.2011 zu richten an

Charité - Universitätsmedizin Berlin
 Prof. Dr. Annette Grüters-Kieslich, Dekanin
 10098 Berlin

Parallel wird die Bewerbung (Kurzfassung) per E-Mail an professur-bewerbung@charite.de erbeten.



Am Institut für Informatik der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ist eine

Juniorprofessur (W1)

Praktische Informatik mit Schwerpunkt „Bildbasierte Modellierung und Synthese“

zum nächstmöglichen Termin zu besetzen. Die Juniorprofessur soll das Gebiet umfassend in Forschung und Lehre vertreten.

Gesucht wird eine wissenschaftlich ausgewiesene Persönlichkeit mit Erfahrungen in folgenden Gebieten:

- Appearance Modelling
- Physically based Rendering
- Computational Photography
- Computational Optics

Die Einstellungsvoraussetzungen richten sich nach § 36 Hochschulgesetz (HG NRW).

Frauen werden nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum **31.07.2011** zu richten an den **Vorsitzenden der Fachgruppe Informatik, Römerstraße 164, 53117 Bonn.**

Forschung & Lehre

ALLES WAS DIE WISSENSCHAFT BEWEGT

Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihrem Institut für Integrierte Schaltungen betreiben gemeinsam die „International Audio Laboratories Erlangen“, in denen die theoretischen Grundlagen und zukünftigen Anwendungsfelder neuer Audiotechniken erforscht werden sollen. Hierbei findet eine enge und vertraglich geregelte langfristige Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen statt. Im Endausbau werden in dieser international einmaligen Einrichtung mehr als 50 Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler tätig sein.

In diesem Rahmen besetzt die Technische Fakultät am Department für Elektrotechnik-Elektronik-Informationstechnik zum nächstmöglichen Zeitpunkt drei Professuren:

W3-Professur für Semantische Audiosignalverarbeitung

Die Professur soll das Gebiet der semantischen Verarbeitung von Audiosignalen in Forschung und Lehre vertreten. Besondere Schwerpunkte sollen hierbei die intelligente und objektorientierte Analyse, die semantische Bearbeitung sowie entsprechende Synthese komplexer Audiosignalgemische sein.

W2-Professur für Psychoakustik

(befristet auf fünf Jahre)

Die Professur soll in Forschung und Lehre das Gebiet der psychoakustischen Modellierung der menschlichen Hörwahrnehmung einschließlich ihrer kognitiven Aspekte vertreten. Schwerpunkte können hierbei räumliche auditorische Klangattribute, auditorische Szenenanalyse und deren Simulation oder subjektive Signalqualität sein, wie sie bei der psychoakustisch orientierten Audiosignalbearbeitung und -codierung auftreten.

W2-Professur für Sprachcodierung

(befristet auf fünf Jahre)

Die Professur soll das Gebiet der Sprachcodierung in Forschung und Lehre vertreten. Besondere Schwerpunkte sollen hierbei auf modernen Methoden zur niederbitratigen kombinierten Sprach- und Audiocodierung, zur Sprachcodierung mittels „Analyse durch Synthese“ sowie zur Modifikation von Sprachsignalen liegen.

Einstellungsvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium, pädagogische Eignung, Promotion und zusätzliche wissenschaftliche Leistungen. Letztere werden durch Habilitation oder gleichwertige wissenschaftliche Leistungen, die auch außerhalb des Hochschulbereichs erbracht sein können, nachgewiesen oder im Rahmen einer Juniorprofessur erbracht.

Erwartet wird die Teilnahme an der akademischen Selbstverwaltung sowie Engagement zur Einwerbung von Drittmitteln.

Bei einer Berufung in das Beamtenverhältnis dürfen Bewerberinnen/Bewerber zum Zeitpunkt der Ernennung das 52. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Ausnahmen in dringenden Fällen kann das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen zulassen (vgl. Art. 10 Abs. 3 Satz 2 BayHSchPG). Die Universität Erlangen-Nürnberg besitzt das Berufsrecht.

Die Universität Erlangen-Nürnberg trägt das Zertifikat „audit familiengerechte hochschule“ und bietet Unterstützung für Dual-Career-Paare an. Sie strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung und Lehre an und bittet deshalb Wissenschaftlerinnen nachdrücklich um ihre Bewerbung.

Die Universität Erlangen-Nürnberg vertritt ein Konzept der intensiven Betreuung der Studierenden und erwartet deshalb eine hohe Präsenz der Lehrenden an der Universität.

Schwerbehinderte Bewerberinnen oder Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf mit Lichtbild, Verzeichnis der Schriften, Vorträge und Lehrveranstaltungen, ggf. Sonderdrucke und beglaubigte Kopien von Zeugnissen und Urkunden) werden bis zum **30.7.2011** an den Dekan der Technischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg, Martensstraße 5a, 91058 Erlangen, erbeten.

**Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg**



www.uni-erlangen.de

**Forschung
& Lehre**

Alles was die Wissenschaft bewegt

**Der nächste
Anzeigenschlusstermine:**

Ausgabe 8/2011 20. Juli 2011

Ausgabe 9/2011 22. August 2011



**UNIVERSITÄT
BAYREUTH**

Die Universität Bayreuth ist eine forschungsorientierte Universität mit international kompetitiven und interdisziplinär ausgerichteten Profildfeldern in Forschung und Lehre. Am Bayerischen Geoinstitut der Universität Bayreuth ist zum 1. Oktober 2011 eine

W3-Professur für Experimentelle Geowissenschaften

im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu besetzen.

Gesucht wird eine/ein international renommierte/r Wissenschaftler/in aus dem Gebiet der experimentellen Geochemie, experimentellen Geophysik und Materialforschung. Bewerbungen aus Nachbargebieten, wie Hochdruck-Geomikrobiologie oder der Untersuchung planetarer Materialien mit modernen analytischen Methoden sind ebenfalls willkommen. Der Forschungsschwerpunkt soll einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis des Erdinneren und der Planeten liefern.

Von der Stelleninhaberin/Vom Stelleninhaber wird eine Beteiligung an der Lehre, insbesondere in der Ausbildung von Doktoranden, im Master-Studiengang „Experimental Geoscience“ sowie in der Grundausbildung für Geoökologen erwartet. Ein besonderes Engagement in der Entwicklung internationaler wissenschaftlicher Kooperationen wird erwartet.

Einstellungsvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium, pädagogische Eignung, Promotion und Habilitation oder der Nachweis gleichwertiger wissenschaftlicher Leistungen, die auch in einer Tätigkeit im Rahmen einer Juniorprofessur oder außerhalb des Hochschulbereichs erbracht sein können. Zum Zeitpunkt der Ernennung darf das 52. Lebensjahr noch nicht vollendet sein. Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst kann in dringenden Fällen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen Ausnahmen zulassen (vgl. auch Art. 10 Abs. 3 S. 2 BayHSchPG).

Die Universität Bayreuth strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung und Lehre an und bittet deshalb Wissenschaftlerinnen nachdrücklich um ihre Bewerbung. Die Universität Bayreuth wurde im Jahr 2010 von der Hertie-Stiftung als familiengerechte Hochschule reauditiert.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse, Schriftenverzeichnis, Beschreibung der Arbeitsgebiete und bisherigen Lehrtätigkeit sowie einer Skizze geplanter Forschungsvorhaben) werden **bis zum 31. Juli 2011** an den Dekan der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften, Universität Bayreuth, 95440 Bayreuth, erbeten.

universitätbonn****

In der **Philosophischen Fakultät** der **Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn** ist zum 01.04.2013 eine

W3-Professur für Germanistische Linguistik

wiederzubesetzen.

Die/Der zu Berufende soll das Fach in seiner gesamten Breite in Forschung und Lehre vertreten und zwar sowohl in der Theorie als auch in der Empirie. Die Arbeitsschwerpunkte sollen in der Linguistik der deutschen Gegenwartssprache liegen. Eine Kooperation mit bestehenden Forschungsaktivitäten wird erwartet, ebenso die Mitarbeit in der akademischen Selbstverwaltung und die aktive Beteiligung an der Weiterentwicklung von Studiengängen. Erfahrungen im Einwerben von Drittmitteln sind erwünscht.

Einstellungsvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium, pädagogische Eignung, Promotion und darüber hinaus zusätzliche wissenschaftliche Leistungen, die durch eine Habilitation bzw. habilitationsadäquate Leistungen nachgewiesen sind.

Die Einstellungsvoraussetzungen richten sich nach § 36 HG NRW.

Frauen werden nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt.

Die Universität Bonn erwartet, dass die/der zu Berufende bereit ist, den Lebensmittelpunkt nach Bonn oder in die Region zu legen.

Bewerberinnen bzw. Bewerber werden gebeten, ihre Unterlagen (Lebenslauf, Schriftenverzeichnis, Verzeichnis der Lehrveranstaltungen, Lehrvaluationen, Zeugnis- und Urkundenkopien) bis zum **12. September 2011** dem **Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, Am Hof 1, 53113 Bonn**, einzureichen.



Die Universität Siegen ist mit ca. 14.000 Studierenden, 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon ca. 1.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine innovative und interdisziplinär ausgerichtete Universität. Sie bietet mit einem breiten Fächerspektrum von den Geistes- und Sozialwissenschaften über die Wirtschaftswissenschaften bis zu den Natur- und Ingenieurwissenschaften ein hervorragendes Lehr- und Forschungsumfeld mit zahlreichen inter- und transdisziplinären Forschungsprojekten.

In der Fakultät I - Philosophische Fakultät - der Universität Siegen ist zum Sommersemester 2012 eine

Universitätsprofessur (Bes.-Gr. W2) für Alte Geschichte

zu besetzen.

Die zukünftige Stelleninhaberin/der zukünftige Stelleninhaber soll die „Alte Geschichte“ in Forschung und Lehre in ihrer ganzen Breite vertreten.

Die Bewerberinnen/Bewerber sollten sowohl in der griechischen als auch in der römischen Geschichte ausgewiesen sein. Großer Wert wird gelegt auf inhaltliche Breite in Forschung und Lehre, international eingebundene Forschungsarbeiten, interdisziplinäre Forschungsansätze und Kooperationen sowie die Mitwirkung und Weiterentwicklung von bestehenden Forschungsaktivitäten des Faches und der Fakultät, insbesondere an und von Themen transnationaler und transkultureller Geschichte.

Vorausgesetzt werden ein abgeschlossenes Hochschulstudium, eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die durch eine hervorragende Promotion nachgewiesen wird, zusätzliche wissenschaftliche Leistungen, die ausschließlich und umfassend im Berufungsverfahren bewertet werden, sowie umfangreiche Lehrerschaft, der Nachweis didaktischer Kompetenz sowie die Bereitschaft zur Mitwirkung an der Entwicklung innovativer Studiengänge. Die zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen werden im Rahmen einer Juniorprofessur, einer Habilitation oder einer Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. wissenschaftlicher Mitarbeiter an einer Hochschule oder außeruniversitären Forschungseinrichtung oder im Rahmen einer sonstigen wissenschaftlichen Tätigkeit erbracht.

Die Bereitschaft zur aktiven und konstruktiven Mitarbeit in den Selbstverwaltungsgremien der Universität sowie Erfahrung in der durch Drittmittel geförderten Forschung werden erwartet.

Die Universität Siegen strebt eine Erhöhung des Anteils an Frauen in Forschung und Lehre an. Entsprechend qualifizierte Wissenschaftlerinnen werden um ihre Bewerbung gebeten. Die Bewerbung geeigneter Schwerbehinderter ist erwünscht. Die Universität Siegen bietet gute Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Bewerbungen in postalischer und elektronischer Form mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, wissenschaftlicher Werdegang, Zeugnisse, Schriftenverzeichnis, hochschuldidaktische Qualifikationen, Liste der Lehrveranstaltungen, Liste der eingeworbenen Drittmittel) richten Sie bitte bis zum **11. August 2011** an das **Dekanat der Fakultät I, Universität Siegen, D-57068 Siegen**. Auskunft erteilt: Frau Prof. Dr. Barbel Kuhn (baerbel.kuhn@uni-siegen.de)

Informationen über die Universität Siegen finden Sie auf unserer Homepage www.uni-siegen.de.



Im Fachbereich Bauingenieurwesen der Technischen Universität Kaiserslautern ist voraussichtlich zum 01.04.2012 die

W2 - Professur „Baulicher Brandschutz“ neu zu besetzen.

Die zu berufene Person soll in Nachfolge der Professur „Bauphysik“ (inkl. Technische Gebäudeausrüstung und Baulicher Brandschutz) in Fokussierung auf den „Baulichen Brandschutz“ dieses Fachgebiet in Lehre und Forschung vertreten. Dazu gehört auch die inhaltliche Leitung des Fernstudiengangs „Baulicher Brandschutz und Sicherheitstechnik“ der TU Kaiserslautern.

Die TU Kaiserslautern bietet ein innovatives Umfeld und sehr gute Einrichtungen für experimentelle Untersuchungen im Brandschutz mit neuem Großbrandofen. Von den Bewerberinnen und Bewerbern werden Forschungserfahrungen zum Brandverhalten von Baustoffen und zum Feuerwiderstand von Bauteilen erwartet.

Voraussetzung zur Einstellung ist eine überdurchschnittliche Promotion. Die Bereitschaft zur Mitarbeit in interdisziplinären Forschungsvorhaben sowie zum Einwerben von Drittmitteln wird vorausgesetzt.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollten neben entsprechender wissenschaftlicher Qualifikation und praktischer Erfahrung besondere didaktische Fähigkeiten und Erfahrung in der Lehre sowie die Bereitschaft zu interdisziplinärer Zusammenarbeit aufweisen.

Das Land Rheinland-Pfalz und die Technische Universität Kaiserslautern vertreten ein Betreuungskonzept, bei dem eine hohe Präsenz der Lehrenden am Hochschulort erwartet wird. Die Bereitschaft zur Mitarbeit in der Verwaltung der Hochschule wird vorausgesetzt.

Neben den allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen gelten die in § 49 des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz geregelten Einstellungsbedingungen. Der Text ist auf der Homepage der Technischen Universität Kaiserslautern hinterlegt (<http://www.uni-kl.de/wcms/na1-rechtsvorschrift.html>).

Die Technische Universität Kaiserslautern ermutigt qualifizierte Akademikerinnen nachdrücklich, sich zu bewerben. Bewerberinnen und Bewerber mit Kindern sind willkommen. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt (bitte Nachweis beifügen).

Bewerbungen sind mit Lebenslauf, Schriftenverzeichnis, Darstellung des wissenschaftlichen Werdeganges sowie Nachweis bisheriger Forschungsaktivitäten und Leistungen in der Lehre bis zum **09.09.2011** zu richten an: **Technische Universität Kaiserslautern, Dekan des Fachbereichs Bauingenieurwesen, Paul-Ehrlich-Str. 14, 67663 Kaiserslautern**



In der Fakultät für Maschinenbau der Technischen Universität Carolus-Wilhelmina zu Braunschweig ist eine

Professur (BesGr. W3) für das Fachgebiet „Festkörpermechanik“

sofort zu besetzen. An der Technischen Universität Braunschweig (gegründet 1745) mit 13.000 Studierenden sind Ingenieur- und Naturwissenschaften als Kernwissenschaften eng vernetzt mit den Wirtschafts- und Sozial-, Geistes- und Erziehungswissenschaften. Die TU Braunschweig ist Partner in der Allianz der Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) und der TU9 German Institutes of Technology. Braunschweig ist als Europas „Forschungsregion Nr. 1“ attraktiv für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie ihre Familien.

Die Professur umfasst die Wahrnehmung in Forschung und Lehre im o. g. Fachgebiet mit den Schwerpunkten:

- Multiskalensimulation von Materialien (Molekulardynamik, Kristallplastizität etc.)
- Effiziente numerische Methoden
- Kontinuumsmechanik

Bewerberinnen und Bewerber sollten mindestens auf zwei der oben angeführten Forschungsgebiete über vertiefte Erfahrungen verfügen.

Die Lehre ist in Abstimmung mit den anderen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern für Studierende des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Wirtschaftsingenieurwesens Maschinenbau durchzuführen.

Es gelten die Einstellungsbedingungen nach § 25 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes. Es werden ein entsprechendes Hochschulstudium mit Promotion, einschlägige Forschungstätigkeit mit herausragenden wissenschaftlichen Leistungen (Habilitation oder äquivalente Leistungen), Industrieerfahrung, Führungspraxis, didaktische Befähigung und die Bereitschaft zu interdisziplinärer Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Fakultät erwartet, insbesondere wird die Bereitschaft vorausgesetzt, dass Sie sich in die Zusammenarbeit der Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) in Forschung und Lehre einbringen.

Die TU Braunschweig strebt eine Erhöhung des Frauenanteils an und fordert qualifizierte Wissenschaftlerinnen deshalb nachdrücklich zur Bewerbung auf, die bei gleichwertiger Qualifikation in der Regel bevorzugt berücksichtigt werden sollen. Die Stelle ist teilzeitfähig. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt. Bewerberinnen und Bewerber, die zum Zeitpunkt der Ruferteilung das 50. Lebensjahr bereits vollendet haben und nicht bereits im Beamtenverhältnis stehen, werden grundsätzlich im Angestelltenverhältnis eingestellt.

Weitere Auskünfte können beim Vorsitzenden der Berufungskommission, Herrn Prof. Dr.-Ing. Peter Horst, Tel. 0531/391-9901, eingeholt werden.

Schriftliche Bewerbungen richten Sie bitte bis zum **15.07.2011** an den **Dekan der Fakultät für Maschinenbau, Herrn Prof. Dr.-Ing. Arno Kwade, Schleinitzstraße 20, 38106 Braunschweig**.



Am Institut für Chemie der Fakultät für Naturwissenschaften der Technischen Universität Chemnitz ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine

Universitätsprofessur für Chemische Technologie (W3)

zu besetzen.

Bewerberinnen/Bewerber sollen das Gebiet der funktionalen Materialien für die chemische Technologie in der Lehre in allen Studiengängen der Fakultät sowie im Servicebereich für Studierende anderer Fakultäten in voller Breite vertreten. Darüber hinaus soll der/die zukünftige Stelleninhaber/ Stelleninhaberin die Lehre über das eigene Fach hinaus ergänzen. Eine aktive Mitarbeit bei der Weiterentwicklung bzw. Neugestaltung von Bachelor- und Masterstudiengängen mit materialwissenschaftlichem Profil und in der akademischen Selbstverwaltung wird erwartet. Die Bewerberin/der Bewerber muss international anerkannte Leistungen in Form von Publikationen nachweisen können, Erfahrung in der Einwerbung und Durchführung von Drittmittelprojekten aufweisen und die Fähigkeit und Bereitschaft zur Durchführung von Lehrveranstaltungen auch in englischer Sprache mitbringen.

Die Arbeitsgebiete der Bewerberinnen/Bewerber sollen die vorhandenen Arbeitsrichtungen am Institut für Chemie sinnvoll ergänzen und übergreifende Forschungsschwerpunkte der Universität stärken. Die wissenschaftliche Ausrichtung sollte entsprechend der Schwerpunkte der Fakultät für Naturwissenschaften vorzugsweise an der Schnittstelle zwischen funktionalen Materialien, Nanotechnologie und Chemischer Technologie angesiedelt sein. Die Bereitschaft zur inter- und intrafakultären Kooperation mit anderen Fachgebieten der Fakultät sowie die Mitarbeit in vorhandenen und entstehenden kooperativen Forschungsschwerpunkten in den Bereichen Magnetismus, Sensorik, Energieumwandlung, Katalyse und/oder neue Materialien mit definierter Mikro- bzw. Nanostruktur wird erwartet. Zudem steht die Professur in Verbindung mit der zukünftigen Bildung eines neuen Forschungsschwerpunktes „Technologische Aspekte der Materialwissenschaften“ an der Fakultät für Naturwissenschaften.

Die Einstellungsbedingungen ergeben sich aus § 58 SächsHSG. Die für die Stelle erforderlichen wissenschaftlichen Leistungen können durch eine Juniorprofessur, eine Habilitation oder durch eine gleichwertige wissenschaftliche Tätigkeit erbracht werden sein.

Die Technische Universität Chemnitz strebt die Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung und Lehre an. Qualifizierte Wissenschaftlerinnen werden deshalb ausdrücklich eingeladen, sich zu bewerben. Bewerbungen schwerbehinderter Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, wissenschaftlicher Werdegang, Publikationsverzeichnis, Liste der betreuten Lehrveranstaltungen, Ergebnisse von Lehrbewertungen, Qualifikationsnachweise in Kopie, Konzeptpapier über zukünftige Forschungsschwerpunkte inklusive möglicher Kooperationen am Standort, Kopien von bis zu drei ausgewählten Publikationen, Angaben zur bisherigen Drittmittelerwerbungen und zu Forschungs Kooperationen) richten Sie bitte bis zum **31.08.2011** an: **Technische Universität Chemnitz, Dekan der Fakultät für Naturwissenschaften, 09107 Chemnitz**

gesis

Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaftler



UNIVERSITÄT
KOBLENZ · LANDAU

In einem gemeinsamen Berufungsverfahren von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften mit der Universität Koblenz-Landau ist die Stelle eines/einer

Wissenschaftlichen Leiters/Leiterin der Abteilung „Fachinformation für Sozialwissenschaften“

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zunächst auf die Dauer von fünf Jahren zu besetzen. Gleichzeitig erfolgt die Berufung auf eine entsprechend befristete

Universitätsprofessur (W3)

im „Institut für Wirtschafts- und Verwaltungsinformatik“ am Fachbereich Informatik der Universität Koblenz-Landau.

Die Modalitäten der Ausgestaltung der Position werden zwischen den Beteiligten einvernehmlich abgestimmt. Dienort zur Wahrnehmung der Abteilungsleitung ist Köln. An der Universität ist eine Lehrverpflichtung von zwei SWS für die Dauer der Bestellung vorgesehen. Die Einstellungs-voraussetzungen für die Professur an der Universität Koblenz-Landau richten sich nach den Bestimmungen des Hochschulgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz.

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (www.gesis.org) erbringt forschungsbasierte Dienstleistungen für die Sozialwissenschaften. Mit Grundlagenforschung entwickelt und verbessert GESIS sozialwissenschaftliche Untersuchungsansätze und Forschungsinstrumente. Kernaufgaben der Abteilung „Fachinformation für Sozialwissenschaften“ sind die strukturierte Erfassung der Wissensproduktion der deutschen Sozialwissenschaften, deren Bereitstellung für die Fachcommunities und damit verbundene Forschung und Entwicklung. Das „Institut für Wirtschafts- und Verwaltungsinformatik“ befasst sich mit Methoden und Techniken zur Unterstützung des Entwurfs, der Implementierung und der Nutzung von Informations- und Kommunikationssystemen. Es bietet damit die Voraussetzungen, um eine Brücke zwischen Sozialwissenschaften und Informatik zu schlagen.

Die Aufgabe der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers ist die Leitung eines multidisziplinären Teams. Erwartet wird zudem eigene exzellente Forschung. Der Forschungsschwerpunkt der ausgeschriebenen Stelle liegt im Bereich der Informationswissenschaft und Informationssysteme mit Bezügen zu den Sozialwissenschaften und den Kerngebieten der Fachinformation: Wissensproduktion und -erschließung, Wissenschaftsmonitoring, Bibliometrie, Szientometrie, Anreiz- und Feedbackmechanismen (zur besseren Einbindung der Fachcommunity). Kenntnisse von Methoden aus der empirischen Sozialforschung sind von Vorteil.

Die Bewerberin / der Bewerber sollte ein(e) international ausgewiesene(r) Informationswissenschaftler/-in, Informatiker/-in oder Sozialwissenschaftler/-in sein. Erfahrungen im Bereich von Forschungsinfrastrukturen sind von großem Vorteil. Sie/Er sollte ferner Erfolge bei der Einwerbung von Drittmitteln aus nationalen und internationalen Förderprogrammen vorweisen können. Erfahrungen mit Management- und Organisationsprozessen sowie mit internationalen Kooperationen sind unabdingbare Voraussetzung.

GESIS und die Universität Koblenz-Landau möchten den Anteil an Frauen in Führungspositionen erhöhen und begrüßen daher die Bewerbung von qualifizierten Frauen. Die Beachtung der Schwerbehindertenrichtlinien und der Vorschriften des Gesetzes über Teilzeitarbeit ist gewährleistet. GESIS ist durch das „audit berufundfamilie“ zertifiziert.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 05.08.2011 erbeten an den Präsidenten von GESIS, Postfach 12 21 55, D-68072 Mannheim oder in elektronischer Form an daniela.niederauer@gesis.org.

SPITZENMEDIZIN IN HANNOVER

M_HH

Medizinische Hochschule
Hannover

An der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) ist am Niedersächsischen Zentrum für Biomedizintechnik (NZBMT) eine

UNIVERSITÄTSPROFESSUR FÜR PERIIMPLANTÄRE UND ORALE INFEKTIONEN

im außertariflichen Angestelltenverhältnis entsprechend BesGr. W2 BBesO zum nächstmöglichen Zeitpunkt für 5 Jahre zu besetzen.

Zu den Aufgaben der zukünftigen Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers gehört die erfolgreiche klinische und experimentelle Forschung auf dem Gebiet der periimplantären und oralen Infektionen. Der Schwerpunkt soll auf der Erforschung der Pathophysiologie, Therapie und Prävention implantatassoziiertes und oraler Biofilme sowie der systemischen Effekte oraler Infektionen liegen.

Die Bewerberin oder der Bewerber soll eine durch internationale Publikationen nachgewiesene Qualifikation in der Erforschung periimplantärer und oraler Infektionen sowie der Interaktion zwischen bakteriellen Biofilmen und humanen Geweben in der Grundlagenforschung und Klinik aufweisen und erfolgreiche Drittmittelinwerbung in diesem Bereich vorweisen können.

Einstellungsvoraussetzungen sind ein zahnmedizinisches/medizinisches oder naturwissenschaftliches Studium, die Habilitation oder gleichwertige wissenschaftliche Leistungen.

Besonderes Engagement in der Lehre, insbesondere in der Graduiertenschule (Hannover Biomedical Research School HBRS) der MHH, wird vorausgesetzt.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

Die MHH strebt eine Erhöhung des Anteils von Professorinnen an und fordert deshalb Frauen nachdrücklich auf, sich zu bewerben.

Bewerberinnen/Bewerber müssen die Einstellungsvoraussetzungen gem. § 25 Niedersächsisches Hochschulgesetz erfüllen. Einzelheiten können auf Anfrage erläutert werden.

Bewerbungen in Schrift- und elektronischer Form mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnissen, wissenschaftlichem und klinischem Werdegang, vollständigem Nachweis der Lehr- erfahrung, Vorlage eines Lehrkonzeptes und vollständigem, gegliedertem Schriftenverzeichnis mit einer Auswahl von Sonderdrucken der fünf wichtigsten Publikationen werden bis **28. Juli 2011** erbeten an den

Präsidenten der
Medizinischen Hochschule Hannover
Carl-Neuberg-Str. 1 · D-30625 Hannover
Tel.: 0511 532-6012

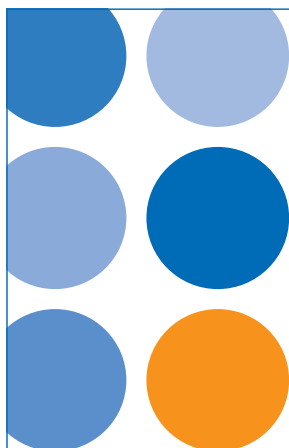


www.mh-hannover.de



Forschung
& Lehre

Alles was die Wissenschaft bewegt



dkfz. DEUTSCHES
KREBSFORSCHUNGSZENTRUM
IN DER HELMHOLTZ-GEMEINSCHAFT



Medizinische Fakultät Heidelberg

In Zusammenarbeit mit der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg schreibt das Deutsche Krebsforschungszentrum die

W₃-Professur für Medizinische Physik in der Therapie und Strahlenphysik

Das Deutsche Krebsforschungszentrum ist die größte biomedizinische Forschungseinrichtung Deutschlands. Mit mehr als 2.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreiben wir ein umfangreiches wissenschaftliches Programm auf dem Gebiet der Krebsforschung.

aus. Mit dieser Stelle ist die Leitung der Abteilung Medizinische Physik in der Strahlentherapie im Forschungsschwerpunkt „Bildgebung und Radioonkologie“ (Nachfolge Prof. Wolfgang Schlegel) verbunden.

Bewerberinnen und Bewerber sollen einen Hochschulabschluss in Physik und eine abgeschlossene Habilitation (oder vergleichbare wissenschaftliche Leistungen) vorweisen können. Herausragende wissenschaftliche Arbeiten auf den Gebieten der Medizinischen Physik in der Strahlentherapie mit dem Schwerpunkt der Präzisions-Strahlentherapie mit Photonen und/oder Ionen sind weitere Voraussetzung. Erwartet werden profunde Erfahrungen mit der 3D-Therapieplanung, modernen Verfahren der Dosimetrie, stereotaktischen Strahlentherapie, 3D-Konformationstherapie, IMRT und IGRT. Kenntnisse in der Partikel-Therapie und der Strahlenbiologie sind von Vorteil. Erwünscht sind weiterhin Erfahrungen in der Translation von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die Klinik, im Qualitäts- und Risikomanagement sowie der Kommunikation von Wissenschaft in die Öffentlichkeit.

In enger Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen des Forschungsschwerpunkts sowie der klinischen, insbesondere der radioonkologischen Abteilung des Universitätsklinikums Heidelberg und der Heidelberger Ionen-Therapie (HIT) sollen die physikalischen und strahlenbiologischen Grundlagen der Strahlentherapie erforscht und neue physikalisch/technische Verfahren der Strahlentherapie entwickelt und evaluiert werden. Der/die erfolgreiche Bewerber/in sollte sich am Aus- und Weiterbildungsprogramm „Medizinische Physik“ und an dem Online-Masterstudiengang „Advanced Physical Methods in Radiotherapy“ der Medizinischen Fakultät Heidelberg der Universität Heidelberg beteiligen.

Geboten wird eine ausgezeichnete technische Ausstattung, u. a. 2 Linearbeschleuniger, Mitbenutzung von 7T-, 3T- und 1,5T-MR- sowie CT- und PET/CT-Tomographen der neuesten Generation als auch Experimentiermöglichkeiten an der HIT-Ionentherapieanlage.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **bis zum 31.07.2011** an den Dekan der Medizinischen Fakultät Heidelberg der Universität Heidelberg, Herrn Prof. Dr. C. R. Bartram, Im Neuenheimer Feld 672, 69120 Heidelberg und an den Vorstandsvorsitzenden und Wissenschaftlichen Stiftungsvorstand des Deutschen Krebsforschungszentrums, Herrn Prof. Dr. O. D. Wiestler, Im Neuenheimer Feld 280, 69120 Heidelberg zu richten.

Die Universität Heidelberg und das DKFZ haben sich zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil unter dem akademischen Personal weiter zu erhöhen und möchten daher qualifizierte Frauen dazu anhalten und möchten daher qualifizierte Frauen dazu anhalten, sich zu bewerben. Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.




dkfz.
**DEUTSCHES
KREBSFORSCHUNGSZENTRUM
IN DER HELMHOLTZ-GEMEINSCHAFT**

Medizinische Fakultät Heidelberg

In Zusammenarbeit mit der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg schreibt das Deutsche Krebsforschungszentrum die

W3-Professur für Medizinische Physik in der Radiagnostik und Biophysik

Das Deutsche Krebsforschungszentrum ist die größte biomedizinische Forschungseinrichtung Deutschlands. Mit mehr als 2.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreiben wir ein umfangreiches wissenschaftliches Programm auf dem Gebiet der Krebsforschung.

aus. Mit dieser Stelle ist die Leitung der Abteilung Medizinische Physik und Biophysik in der Radiologie im Forschungsschwerpunkt Bildgebung und Radioonkologie (Nachfolge Prof. Dr. rer. nat. Dr. med. Wolfhard Semmler) verbunden.

Bewerber und Bewerberinnen sollen habilitiert sein oder vergleichbare wissenschaftliche Leistungen vorweisen können. Wir erwarten eine hervorragende internationale wissenschaftliche Reputation auf dem Gebiet der Medizinischen Physik mit Fokus auf biomedizinischen Methoden in der onkologischen Diagnostik und Innovationen der molekularen und funktionellen Bildgebung. Erwartet wird eine ausgewiesene Expertise in einem oder mehreren der folgenden Arbeitsgebiete: MRT, Ultrahochfeld-MRT, CT, PET/CT und PET/MRT. In enger Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen des Forschungsschwerpunkts sowie den klinischen, insbesondere den radiologischen Einrichtungen der Universitätsklinik Heidelberg und Mannheim sollen innovative methodische Entwicklungen und Einsatzmöglichkeiten bildgebender onkologischer Verfahren vorgenommen bzw. evaluiert werden.

Die Universität Heidelberg und das DKFZ haben sich zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil unter dem akademischen Personal weiter zu erhöhen und möchten daher qualifizierte Frauen dazu anhalten, sich zu bewerben. Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.

Geboten wird eine ausgezeichnete technische Ausstattung u. a. 7T-, 3T- und 1,5T-Ganzkörper-MR-Tomographen, CT und PET/CT der neuesten Generation und US-Geräte.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **bis zum 31.07.2011** an den Dekan der Medizinischen Fakultät Heidelberg, Herrn Prof. Dr. C. R. Bartram, Im Neuenheimer Feld 672, 69120 Heidelberg und an den Vorstandsvorsitzenden und Wissenschaftlichen Stiftungsvorstand des Deutschen Krebsforschungszentrums, Herrn Prof. Dr. O. D. Wiestler, Im Neuenheimer Feld 280, 69120 Heidelberg zu richten.



DHV-Newsletter

Der DHV-Newsletter, der Mitgliedern und Nichtmitgliedern in gleicher Weise offen steht, erscheint monatlich. Er informiert unter anderem über Aktuelles aus Hochschulpolitik und Hochschulrecht sowie über Termine und Neuerscheinungen im Internet und auf dem Buchmarkt. Das Abonnement des DHV-Newsletters ist kostenlos. Voraussetzung ist, dass der Geschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse bekannt ist. Zur Bestellung genügt eine formlose E-Mail mit dem Stichwort „Bestellung“ an: newsletter@hochschulverband.de oder ein Eintrag über den Link <http://www.hochschulverband.de/newsletter>



The Graduate School of Computational Engineering (CE) at Technische Universität (TU) Darmstadt has been recognized as a center for top-level research and scientific excellence by the highly competitive "Excellence Initiative" of the German Federal and State Governments in 2007. Within the framework of the Graduate School the TU Darmstadt intends to further strengthen its expertise in the field of Computational Engineering and invites applications for a

Junior Professorship (W1) for Optimization

(Code. No. 225)

in the Department of Mathematics.

Candidates should have expertise in at least one of the following areas:

- Optimization and optimal control of partial differential equations
- Discrete-continuous optimization and optimal control

The Graduate School is embedded into an excellent environment at TU Darmstadt consisting of the Computational Engineering Research Center, a variety of Research and Research Training Groups, Collaborative Research Centres and existing BSc/MSc study programs in Computational Engineering.

The candidates will have excellent opportunities for interaction within this stimulating, interdisciplinary environment and are expected to develop a high quality research program. The Graduate School will support the activities by PhD scholarships related to each position in order to establish a Junior Research Group.

Participation in graduate teaching is expected. Teaching languages are English or German.

Applications are invited from outstanding young scientists with a strong scientific qualification (including an outstanding dissertation) and proper teaching skills. Periods of preparation for the dissertation and of employment as a researcher should not be longer than six years.

The initial appointment is limited to three years and can be extended after a successful evaluation of the research and teaching records. A tenure track option is available for a position as Associate Professor (W2) after six years under the condition the Graduate School will be extended to a second period in the process of the third round of the "Excellence Initiative" of the German Federal and State Governments in 2012. All positions will be filled at the earliest convenience.

The Technische Universität Darmstadt intends to increase the number of female faculty members and encourages female candidates to apply. In case of equal qualifications applicants with a degree of disability of at least 50 or equal will be given preference.

Qualified applicants must submit a letter of application, a curriculum vitae, research and teaching plan, research and teaching records and a list of at least three references with complete contact information under the given code number to the following address: Graduate School of Computational Engineering, Prof. Dr. rer. nat. M. Schäfer, Dean, Technische Universität Darmstadt, Petersenstr. 30, 64287 Darmstadt, Germany, e-mail: schaefer@fnc.tu-darmstadt.de, web: www.graduate-school-ce.de

Application deadline: 31-Jul-2011

www.forschung-und-lehre.de



Medizinische Hochschule Hannover

Im Zentrum Pharmakologie/Toxikologie, Institut für Klinische Pharmakologie der Medizinischen Hochschule Hannover, ist eine Stelle als

LEITENDE ÄRZTIN/ LEITENDER ARZT

für die Phase I/II Station am Klinischen Forschungszentrum Hannover im unbefristeten außertariflichen Angestelltenverhältnis zum nächstmöglichen Termin zu besetzen.

Das Klinische Forschungszentrum Hannover wird von den Kooperationspartnern Medizinische Hochschule Hannover, Fraunhofer Institut für Toxikologie und experimentelle Medizin und Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung Braunschweig gemeinsam errichtet und betrieben.

Am Klinischen Forschungszentrum Hannover werden zukünftig innovative Medikamente, Impfstoffe und Implantate in frühen Phasen der klinischen Entwicklung am Menschen mittels modernster Techniken untersucht. Darüber hinaus wird das Klinische Forschungszentrum als Plattform für avancierte mechanistisch orientierte klinische Studien zur Verfügung stehen. Im Klinischen Forschungszentrum werden eine Forschungsstation mit bis zu 30 Betten für klinische Studien der Phasen I und II, ein Zentrum für Bildgebung, ein interdisziplinärer Funktionsbereich sowie eine Forschungsambulanz entstehen. Ziel ist es, die Region als führenden Standort für klinische Forschung weiter zu stärken.

Ihre Hauptaufgabe ist es, die Infrastruktur der Forschungsstation für klinische Studien der Phasen I und II aufzubauen und verantwortlich zu leiten. Darüber hinaus soll die Stelleninhaberin/der Stelleninhaber bei der Konzeption von klinischen Studien mitwirken und die Einwerbung von öffentlichen Drittmitteln sowie Industrieaufträgen aktiv unterstützen.

Die Stelle ist dem Institut für Klinische Pharmakologie der Medizinischen Hochschule zugeordnet. Eine sehr enge Kooperation mit den Kliniken der Medizinischen Hochschule, dem Hannover Clinical Trials Center und den klinischen Forscherinnen und Forschern des Fraunhofer Instituts sowie des Helmholtz-Zentrums ist unabdingbar.

Sie sind Fachärztin/Facharzt für Klinische Pharmakologie oder weisen eine vergleichbare Qualifikation auf. Leitungserfahrung in akademischen Institutionen und/oder in der Industrie sollte bestehen. Erfahrung mit der professionellen Durchführung von Phase-I Studien setzen wir voraus. Da ein breites Spektrum an klinischen Forschungsprojekten anfallen wird, sind Erfahrungen mit der Durchführung von Industriestudien und akademischen klinischen Forschungsprojekten gleichermaßen gewünscht. Führungsqualitäten, Teamfähigkeit und Kommunikationstalent gehören zu Ihren Stärken.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

Die MHH strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen an und fordert deshalb Frauen nachdrücklich auf, sich zu bewerben.

Bewerbungen in Schrift- und elektronischer Form mit tabellarischem Lebenslauf, wissenschaftlichem und klinischem Werdegang, vollständigem Nachweis der Lehrerfahrung, Vorlage eines Lehrkonzeptes und vollständigem, gegliedertem Schriftenverzeichnis mit einer Auswahl von Sonderdrucken der fünf wichtigsten Publikationen werden bis 28.07.2011 erbeten an den

Präsidenten der Medizinischen Hochschule Hannover
Carl-Neuberg-Str. 1
D-30625 Hannover
Tel.: 0511 532-2820



www.mh-hannover.de



Im Fachbereich Sozialwissenschaften der Technischen Universität Kaiserslautern ist eine

Juniorprofessur (W 1) für „Pädagogik mit dem Schwerpunkt Schulentwicklung“

zum 01.10.2011 zu besetzen.

Erwartet werden Lehre und Forschung zu den pädagogischen Themen der Bildungswissenschaften im Rahmen der Lehrerbildung und dem Masterprogramm Schulentwicklung der TU Kaiserslautern.

Die Forschungsschwerpunkte sollen sich auf die Entwicklung und Erprobung nachhaltiger Strategien der Schulentwicklung sowie auf die Transformation von Schulen zu lernenden Organisationen und die damit verbundenen Konsequenzen für die Unterrichts- und Führungskräfteentwicklung beziehen. Erwartet wird eine Forschungs- und Lehrpraxis, die dabei in besonderer Weise die Fragen des Umgangs mit Heterogenität (insbesondere Gender) im schulischen Unterrichts- und Führungsalltag fokussiert, und sich um die Entwicklung von Konzepten einer inklusiven Pädagogik im schulischen, aber auch universitären Alltag bemüht.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollten eigene empirische Forschungs- oder Entwicklungsarbeiten in einem Schwerpunktbereich der pädagogischen Schulforschung vorweisen können.

Die Besetzung der Stelle erfolgt zunächst im Beamtenverhältnis auf Zeit für drei Jahre und kann nach positiver Evaluation um weitere drei Jahre verlängert werden. Gegebenenfalls besteht zudem die Möglichkeit einer endgültigen Übernahme auf eine Lebenszeitprofessur im Tenure Track-Verfahren, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür (u. a. § 50 Absatz 2 Satz 3 Hochschulgesetz Rheinland-Pfalz) erfüllt sind.

Das Land Rheinland-Pfalz und die TU Kaiserslautern vertreten ein Betreuungskonzept, bei dem eine hohe Präsenz der Lehrenden am Hochschulort erwartet wird. Die Bereitschaft zur Mitarbeit an der Verwaltung der Hochschule wird vorausgesetzt.

Neben den allgemeinen Voraussetzungen gelten die in § 54 des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz geregelten Einstellungsvoraussetzungen. Der Text ist auf der Homepage der TU Kaiserslautern hinterlegt (<http://www.uni-kl.de/wcms/ha1-rechtsvorschrift.html>).

Das Auswahlverfahren wird an die Bestimmungen des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz über die Berufung von Professorinnen und Professoren angelehnt.

Die Stelle dient der Erhöhung des Anteils weiblicher Lehrender an der TU Kaiserslautern und ermutigt deshalb qualifizierte Akademikerinnen nachdrücklich, sich zu bewerben. Diese Stelle wird im Rahmen des Juniorprofessorinnen-Förderprogramms ausgeschrieben und zielt darauf ab, die Gleichstellung von Frauen und Männern in Hochschulen zu unterstützen, die Repräsentanz von Frauen auf allen Qualifikationsstufen im Wissenschaftssystem nachhaltig zu verbessern und die Anzahl der Wissenschaftlerinnen in den Spitzenfunktionen im Wissenschaftsbereich zu steigern. Kann die Stelle nicht mit einer Bewerberin besetzt werden, kann eine Förderung der Juniorprofessur aus dem Juniorprofessorinnen-Förderprogramm nicht erfolgen. Bewerberinnen mit Kindern sind willkommen. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt (bitte Nachweis beifügen).

Bewerber/innen senden bis zum **25.07.2011** ihre Bewerbungen mit den Unterlagen (Lebenslauf mit wissenschaftlichem Werdegang, Zeugnisse, Schriftenverzeichnis, Verzeichnis der bisher durchgeführten Lehrveranstaltungen) an den **Dekan des Fachbereiches Sozialwissenschaften der TU Kaiserslautern, Herrn Prof. Dr. Thomas Schmidt, Postfach 3049, 67653 Kaiserslautern.**



The **Department of Geography** at the **University of Bonn, Germany**, invites applications for the position as

Senior Researcher (Wissenschaftlicher Mitarbeiter) in the field of „Landscape Ecology“ (paid according to E 13 TV-L)

The position is to be filled starting with January 1st, 2012.

Responsibilities and functions:

- Management of the dendroecology laboratory
- Personal and scientific commitment in the activities of the research team
- Acquisition of third-party funds
- International scientific publication activity
- Teaching (4 academic hours per week)
- Participation in the mentoring and support program of the department
- Your postdoctoral qualification (Habilitation) will be supported

Preconditions for employment:

- University degree
- Excellent dissertation
- Expertise, methodological rigour, and proprietary knowledge in the field of dendroecological analytics (lab and field)
- Skills in plant physiology and experience in alpine ecology are appreciated

Further information about the *Climatology and Landscape Ecology Group* can be found at: <http://www.geographie.uni-bonn.de/loeffler>

The initial contract runs for 3 years with the possibility of renewal for another 3 years. The recruitment and the extension will be subject to personal performance and personal requirements.

The University of Bonn is an equal opportunity employer. Preference will be given to suitably qualified women or handicapped people, all other considerations being equal.

Applicants for the academic position are expected to submit a cover letter, CV, list of publications, and indicate three referees. They should provide copies of up to 5 of their papers, and submit a description of their own research interests.

Address applications to (index 13-11.3.13): **Professor Jörg Löffler, University of Bonn, Department of Geography, Meckenheimer Allee 166, 53115 Bonn, Germany**

Digital applications to: joerg.loeffler@uni-bonn.de

The deadline for applications is **September 30th, 2011.**

Neu: Veröffentlichen Sie Ihre Stellenanzeigen flexibel und zeitnah.

Forschung & Lehre ✓
+ academics.de ✓
+ forschung-und-lehre.de ✓



Online-Stellenanzeigen werden für eine erfolgreiche Rekrutierung von Fach- und Führungskräften immer wichtiger. Nutzen Sie die günstige **Kombination** der Print/Online-Veröffentlichung, um Ihre Stellenanzeige flexibel, zeitnah und effizient zu veröffentlichen.

Forschung & Lehre bietet Ihnen jetzt einen **zusätzlichen kostenlosen** Service an: Ihre Anzeige kann auf Wunsch **bereits zwei Wochen vor dem Erscheinungstermin in Forschung & Lehre** auf academics.de und forschung-und-lehre.de veröffentlicht werden.

Sie haben Fragen zu unserem neuen Angebot? Rufen Sie uns an unter 0228/902 66-23 oder schicken Sie uns eine E-Mail an anzeigen@forschung-und-lehre.de.

HOCHSCHULE WEIHENSTEPHAN-TRIESDORF UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES



Die Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Weihenstephan-Triesdorf ist eine der bedeutendsten grünen Hochschulen im deutschen und europäischen Raum. Sie verfügt über ein einzigartiges, alle Lebensgrundlagen umfassendes Fächerspektrum. Rund 5000 Studierende studieren an drei Standorten (Weihenstephan, Triesdorf und Straubing).

An der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf ist an der **Fakultät Wald und Forstwirtschaft** zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle als

Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in

(BesGr. TV-L E 13 – Teilzeitbeschäftigung 50 %)

(Kennziffer 185)

zu besetzen für die Dauer von drei Jahren. Die Möglichkeit zur Promotion ist gegeben.

Aufgabenschwerpunkte:

Inhaltliche und organisatorische Unterstützung von Lehre und Forschung mit eigenständiger Durchführung von Lehrveranstaltungen im Studiengang „Management erneuerbarer Energien“. Mitarbeit in Forschungsprojekten (**Themen: Daten-Qualität und Geschäftsprozessoptimierung**).

Einstellungsvoraussetzungen sind:

1. mit überdurchschnittlichem Erfolg abgeschlossenes einschlägiges Hochschulstudium
2. gute Kenntnisse in Wirtschaftsinformatik, SAP oder Informatik
3. fortgeschrittene Programmierkenntnisse sind vorteilhaft
4. gute Kenntnisse in Betriebswirtschaftslehre
5. pädagogische Eignung

Wir erwarten:

- Fähigkeit zum selbstständigen Arbeiten
- Organisationstalent und Kommunikationsfähigkeit
- hohes Engagement und Flexibilität

Nähere Informationen können Sie der Homepage der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf unter www.hswt.de/fh/stellen.html entnehmen.

www.academics.de



Universität Stuttgart

Am Iigma (Institut für Grundlagen moderner Architektur und Entwerfen) der Fakultät für Architektur und Stadtplanung ist frühestens zum 01.10.2011 die Stelle eines/einer

Akademischen Mitarbeiters / Akademischen Mitarbeiterin

der Entgeltgruppe TV-L 13 (50 %) befristet auf 3 Jahre mit der Möglichkeit einer Verlängerung um weitere 3 Jahre zu besetzen.

Aufgaben: verantwortliche Mitarbeit in der konzeptionellen Entwurfslehre und selbstständige Durchführung architekturtheoretischer Seminare. Erwartet werden vertiefte Kenntnisse in den modernen Architektur- und Entwurfstheorien.

Voraussetzungen: abgeschlossenes Universitätsstudium der Fachrichtung Architektur, internationale Kontakte. Erwartet wird, dass der Wohnsitz im Großraum Stuttgart gewählt wird.

Bewerbungsfrist: 05.07.2011. Wir bitten Sie, Ihre Bewerbungsunterlagen als pdf-Datei in A4 nicht größer als 3MB an folgende E-Mail-Adresse zu senden: sekretariat@igma.uni-stuttgart.de (www.uni-stuttgart.de/igma). Nach Abschluss des Auswahlverfahrens werden die Dateien gelöscht.

Die Universität Stuttgart möchte den Anteil der Frauen erhöhen. Frauen werden deshalb ausdrücklich zur Bewerbung aufgefordert. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung vorrangig eingestellt. Die Einstellung erfolgt durch die Zentrale Verwaltung.



UNIVERSITÄT
DES
SAARLANDES

An der Universität des Saarlandes ist die Stelle des/der

Universitätspräsidenten/Universitätspräsidentin

zum 1. November 2012 zu besetzen.

Die Universität des Saarlandes (www.uni-saarland.de) ist eine Volluniversität mit etwa 18.000 Studierenden sowie 4.900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In einem hochschulfreundlichen Umfeld genießt sie ein hohes Maß an Autonomie. Für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes ist die Universität von großer Bedeutung. Drei Schwerpunkte charakterisieren die Universität: Europa-Orientierung, NanoBioMed sowie Informatikwissenschaften. Ihr innovatives Potenzial bringt die Universität in die Mitwirkung an der Exzellenzinitiative des Bundes und in zahlreiche Drittmittelprojekte ein. Die Universität ist vor Ort eng vernetzt mit zwei Max-Planck-Instituten, zwei Fraunhofer-Instituten, zwei Leibniz-Instituten, einem Helmholtz-Institut, dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz u. a.

Der Universitätspräsident/Die Universitätspräsidentin leitet die Universität nach Maßgabe des Saarländischen Universitätsgesetzes in eigener Zuständigkeit und Verantwortung und vertritt sie nach außen. Zum Universitätspräsidenten/Zur Universitätspräsidentin kann gewählt werden, wer eine abgeschlossene Hochschulbildung besitzt und sich aufgrund einer mehrjährigen verantwortlichen beruflichen Tätigkeit, insbesondere in Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung oder Rechtspflege, qualifiziert hat. Um sich den Herausforderungen des Amtes erfolgreich stellen zu können, sollte er/sie verantwortungsbewusst, engagiert, umsetzungsstark, kommunikativ und wettbewerbsbewusst sein. Der Universitätspräsident/Die Universitätspräsidentin sollte in einer mit dem Profil der Universität korrespondierenden Fachrichtung Wissenschaft aus eigener Erfahrung kennen. Es wird erwartet, dass er/sie die Entwicklung der Universität zusammen mit den verschiedenen Gruppierungen in Lehre, Forschung und Dienstleistung vorantreibt und maßgeblich mitgestaltet. Erforderlich ist die Vertrautheit mit

- den Hauptaufgaben des Universitätsmanagements (strategische Planung, Organisation, Personalführung, Finanzwesen, Qualitätssicherung, Evaluation der Lehre),
- den Grundsätzen von Forschung, Lehre und Dienstleistungen an einer Universität,
- sowie den nationalen und internationalen universitären Entwicklungen.

Der Universitätspräsident/Die Universitätspräsidentin wird gemäß § 17 Universitätsgesetz aufgrund eines Wahlvorschlags vom Universitätsrat und vom Senat gewählt und vom Minister für Wirtschaft und Wissenschaft ernannt oder bestellt. Die Vergütung bzw. Besoldung erfolgt nach der Besoldungsgruppe W3 SBesO. Zusätzlich erhält der Universitätspräsident/die Universitätspräsidentin Funktionsleistungsbezüge. Die Amtszeit beträgt mindestens 4 und höchstens 6 Jahre. Eine Wiederwahl ist möglich. Die Universität des Saarlandes strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen an und fordert Frauen ausdrücklich zur Bewerbung auf. Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum **30. September 2011** unter Angabe der Kennziffer W412 erbeten an: **Universität des Saarlandes, An den Vorsitzenden der Findungskommission, Professor Dr. Ulrich Gäbler, z. Hd. Dr. Johannes Abele – persönlich/vertraulich, Campus A2 3, 66123 Saarbrücken**

Auskünfte erteilt der Vorsitzende der Findungskommission:
Professor Dr. Ulrich Gäbler
ulrich.gaebler@unibas.ch
Tel.: +49(0)681 302 4796



EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



MATHEMATISCH-
NATURWISSENSCHAFTLICHE
FAKULTÄT

Eberhard Karls Universität Tübingen is looking for a

Research Assistant (E13 TV-L)

covering the areas of machine learning, artificial intelligence, cognitive models, neuro-computation, and robotics to assist at the chair for "Cognitive Modeling", Department of Computer Science at the Eberhard Karls Universität Tübingen. Starting date is 01. September 2011, with a duration of 5 years and with optional extension. Application deadline is **01. July 2011**.

Description: The chair of "Cognitive Modeling" will be established on the 1st of September 2011 under the lead of Prof. Dr. Martin V. Butz. The team is searching for a young, post-doctoral researcher with strong programming capabilities in several languages (e.g. Matlab/Mathematica/R/Python/Java/C/C++/CUDA) and research experience in several of the following topics: **machine learning - neural networks/neuroevolution - ODE-based or similar simulators/robotics - cognitive modeling - computational linguistics - experimental/behavioral psychology**

Basic knowledge of German is necessary. A doctoral degree in computer science or related subjects is desired. PhD applicants may be considered given sufficient qualifications. The main duty will be in research. A small amount of teaching will be required as well. Applicants belonging to a minority group in the field will receive priority selection, given equal qualification.

Application: Please send your formal application in English including a current CV, list of publications, and letter of interest in pdf format to: butz@informatik.uni-tuebingen.de

Further information about the current team: <http://www.coboslab.psychologie.uni-wuerzburg.de/>

STELLEN // AKTUELLES // KARRIERETIPPS

Finden Sie Ihre persönliche Erfolgsformel



Zu Ende gedacht



Ich beginne meinen Tag...
unter der Dusche.

Meine besten Einfälle habe ich...
unter der Dusche und am Schreibtisch.

Wenn ich einen Rat brauche...,
schreibe ich das Problem erst mal auf.

Am meisten ärgere ich mich...
über enttäuschtes Vertrauen und auch über mangelnde Sorgfalt.

Das nächste Buch, das ich lesen will...
ist Javier Marías, Band 3 von „Dein Gesicht morgen“.

Wenn ich das Fernsehen anschalte...,
schaue ich Nachrichten und schalte dann wieder aus.

Energie tanke ich...
in der Natur und mit sehr guten Freunden.

Wenn ich mehr Zeit hätte...:
Zeit ist doch ein gerecht verteiltes Gut.

Mit einer unverhofften Million würde ich...
in keinem Fall ins Spielcasino gehen.

Ich frage mich manchmal...,
ob wir wertschätzen, dass wir in Mitteleuropa sehr privilegiert leben.

Die Wahrheit zu finden...
ist menschliches Streben und – Gott sei Dank – nicht möglich.

Das Bewusstsein von der eigenen Vergänglichkeit...
impliziert: carpe diem.

Kreativität entsteht...
durch Freiheit, Unabhängigkeit.

Freude an meinem Beruf...
hatte ich mein Leben lang.

Die Zeit meines Studiums...
war eine gute, unbeschwerte Zeit.

Wissenschaftler sind Menschen...
auf der Suche nach Erkenntnisfortschritt und manchmal etwas verrückt.

Wenn ich Wissenschaftsministerin wäre...,
würde ich die Halbwertszeiten von Hochschulgesetzen mindestens verdoppeln.

Der Fortschritt von Wissenschaft und Technik...
sollte als Motor der Zukunft deutlicher wahrgenommen werden.

STECKBRIEF

Professor Dr. Ursula Gather

Alter: 58

Familiäres: verheiratet, zwei Söhne

Berufliches: Mathematikstudium, 1979 Promotion, 1984 Habilitation, Internationale Gastprofessuren, seit 1986 an der Technischen Universität Dortmund, Lehrstuhl für Mathematische Statistik und industrielle Anwendungen.

Seit 2008 Rektorin der TU Dortmund. Seit 2010 Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der NRW-Universitäten und Mitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften. Seit 2011 HRK-Vizepräsidentin Studium und Lehre.

Zahlreiche Auszeichnungen, u.a.: Springorum-Münze, Borchers-Plakette, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Förderpreis.

Exkursion

Wir brauchen den Gemüseausstieg – jetzt!

Zu den Berichten über die Energiewende: Nachdem die Ehec-Bakterien, die mutmaßlich aus mit Gülle gedüngtem Gemüse stammen, in kurzer Zeit mehr als zwanzig Todesopfer gefordert haben, fürchtet sich ganz Deutschland vor einer Epidemie. Die Bundeskanzlerin hat sofort reagiert und, gegen den Protest von Bauer Großmann, ein dreimonatiges Moratorium für gedüngtes Gemüse verordnet.

In dieser Zeit soll eine Gurkensicherheitskommission überprüfen, ob in Deutschland verkauftes Gemüse gegen Ehec-Befall, andere schwere Krankheitserreger und den Absturz eines großen Verkehrsflugzeugs abgesichert ist und wie schnell die Vitaminwende – weg von Gemüse und hin zu Vitaminpillen – realisierbar ist. Gleichzeitig beraten Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Religion in einer Ethikkommission, ob der deutschen Bevölkerung das Restrisiko des Essens von Gemüse weiterhin zugemutet werden kann. Die Grünen fordern einen Ausstieg aus dem Gemüseanbau bis 2015, weil die Pharmaindustrie bis da-

hin den gesamten Gemüsebedarf mit Vitaminpillen decken kann – falls sie mit jährlich 250 Milliarden Euro subventioniert wird.

Mittlerweile konnte die Anti-Gemüse-Partei mehrere Landtagswahlen gewinnen; die Gurkensicherheitskommission kam zur Erkenntnis, dass es nirgends hundertprozentige Sicherheit gibt, und die Ethikkommission hält den Ausstieg aus dem Gemüseanbau innerhalb eines Jahrzehnts für möglich. Daher beschloss die Bundesregierung jetzt den schrittweisen Ausstieg aus dem Gemüseanbau. Gemüse der bereits stillgelegten Bauernhöfe kommt nicht wieder auf den Markt, bis 2015 wird der Gurkenanbau eingestellt, es folgen 2017 Tomaten, 2019 Salat und Karotten, 2021 Erbsen und schließlich Ende 2022 die restlichen Sorten.

Jens Bohnen

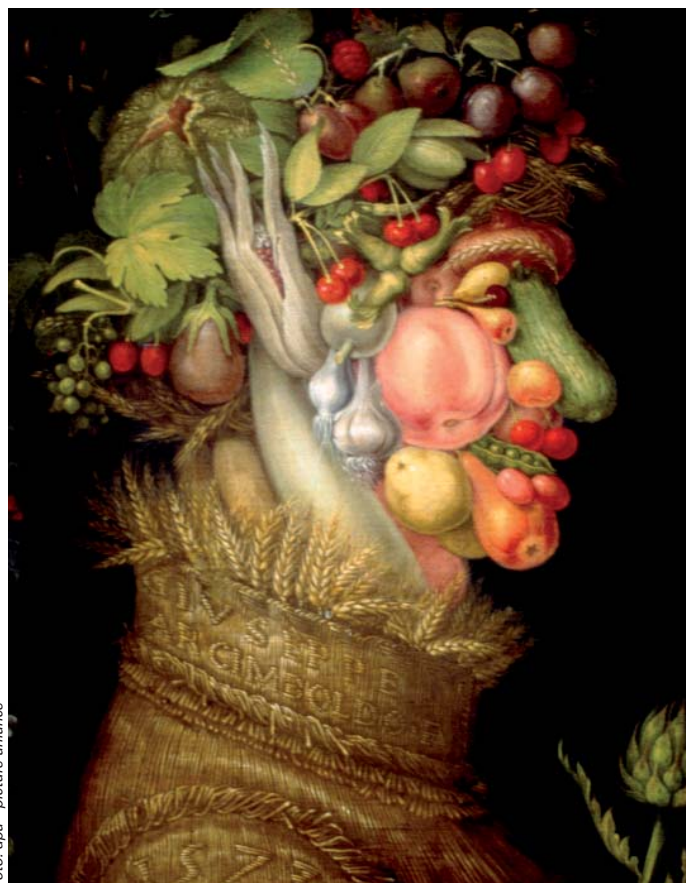


Foto: dpa – picture-alliance

Der Sommer (1563), von Giuseppe Arcimboldo, Louvre

Zuerst erschienen in F.A.Z vom 9.6.2011; Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors